

if

Zeitschrift für Innere Führung



BUNDESWEHR

Nr. 3 | 2020

Fokus

Die Führungsakademie
nimmt Afrika unter
die Lupe

Energie

Mehr Effizienz
für Armeen der EU

Weiche

Belarus zwischen
Russland und dem
Westen

Pandemie als Führungsaufgabe

Die Krise als Herausforderung
und Chance für die Bundeswehr



BUNDESWEHR

if - Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT Information für die Truppe gegründet.



Thema: Die Bundeswehr ist wie Staat und Gesellschaft im ersten Halbjahr 2020 von der Corona-Pandemie in vielerlei Hinsicht herausgefordert. Wie krisenreaktions- und handlungsfähig sind die Streitkräfte im Umgang mit COVID-19? Das vorliegende Feature betrachtet aktuelle und perspektivische Einschätzungen sowie Fakten mit Blick auf die Aspekte Ausbildung, Führung und sicherheitspolitische Konsequenzen für die Bundeswehr. (row)

Titel: Montage: Bundeswehr/Daniela Hebbel, Fotos: Getty Images/BlackJack3D, Bundeswehr/Jonas Weber



Führung

Florian Schöne et al

Afrika – Ein Kontinent im Aufbruch 5

Ein Studienprojekt der Führungsakademie der Bundeswehr

Dan Krause

Stabilisierung im Treibsand 15

Über Illusionen, Fehler und Erfolgsbedingungen westlicher Stabilisierungsbemühungen

Innere Führung

Wilke Rohde

Die Bundeswehr und das Virus 24

Die Corona-Pandemie als militärische Führungsaufgabe

Bürger und Staat

Ditte Juul Joergensen und Massimo Maraziti

Energieeffizienz 31

Enormes Potential im europäischen Verteidigungsbereich

Welt

Igal Avidan

Die Corona-Krise in Israel 37

Chance für Interessenausgleich mit den Palästinensern

Aschot Manutscharjan

Der Grenzgänger 44

Belarus zwischen Moskau und Brüssel

Geschichte

Michael Fuckner

Gewissen vor Ehre 51

Vom Aufbaugeist der Bundesmarine in den Anfangsjahren der Bundeswehr

Rubriken

Meinung 4

Ulrich Baumgärtner: Der Menschheit verpflichtet

Essay 58

Harald Stutte:
Der ersten Corona-Welle hat Afrika getrotzt

Aufgeschlagen 70

Uwe Brammer: Die Himmeroder Denkschrift

Mediale 72

Impressum 77

Schlaglicht 78

Indische Kampagnen-Antwort auf COVID-19



Der Menschlichkeit verpflichtet

Mit Solidarität und vereinten Kräften stehen wir als Bundeswehr gegen die Pandemie gemeinsam für unsere Gesellschaft ein.

Seit März ist COVID-19 das vorherrschende Thema. Viele von uns haben voller Sorge zu unseren europäischen Nachbarn geschaut, auf Bilder von überfüllten Krankenhäusern mit völlig erschöpftem Personal und waren betroffen wegen der vielen Menschen, die dort an dieser neuartigen Infektion gestorben sind. Wir mussten uns darauf einstellen, auch in Deutschland mit ähnlichen medizinischen, aber auch ethischen und gesellschaftlichen Herausforderungen und einer Überlastung des Gesundheitssystems konfrontiert zu werden.

Die Bundeswehr war von Anfang an „mittendrin“ in dieser schwierigen Lage, die von besonderer Komplexität, Dynamik und Unsicherheit gekennzeichnet war, was die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Pandemie, ihre Entwicklung und die möglichen Folgen für die Gesellschaft betraf. Dabei waren klare Entscheidungen, Richtlinien und Vorgaben durch Führungskräfte, auch der Bundeswehr, notwendig. Da unsere Bundeswehrkrankenhäuser Teil der zivilen Gesundheitsversorgung sind, war es keine Frage, sie entsprechend der Vorgaben vom Gesundheitsministerium konsequent auf die Behandlung von COVID-19-Patientinnen und Patienten auszurichten, um das deutsche Gesund-

heitssystem zu stärken. Der intensive Austausch mit dem Robert-Koch-Institut und die Mitarbeit im Lagezentrum des Bundesministeriums für Gesundheit waren hierbei essentiell. Es mussten schnell Intensivbehandlungs- und Beatmungskapazitäten erhöht werden, dafür Fachpersonal und Material verlagert sowie Abläufe angepasst werden. Ebenso wichtig war es, den Kernauftrag des Sanitätsdienstes der Bundeswehr: „Gesundheitsversorgung der Soldatinnen und Soldaten“ hier zu Hause und in den Einsätzen nicht aus dem Auge zu verlieren! Planungs-, Führungs- und Managementaufgaben zur Gesundheitsversorgung liefen im neu etablierten „Einsatzführungszentrum Bundeswehr“ im Kommando Sanitätsdienst zusammen. Damit wurde mir als Inspekteur ermöglicht, meine Gesamtverantwortung für die GesVersBw wahrzunehmen. Diese Führung und Verantwortung aus einer Hand gibt es im Zivilen nicht. Daraus resultieren möglicherweise in der Gesellschaft wahrgenommene Widersprüche in der Bewältigung der Krise. Aufgrund seiner medizinischen Kompetenzen, aber auch wegen seines Leitgedankens: „Der Menschlichkeit verpflichtet!“ richten sich an den Sanitätsdienst der Bundeswehr besondere Erwartungen. Dieser Leitgedanke ist Ausgangspunkt für unser Führen und Handeln, er

trägt auch mich, die Soldaten und Bundeswehrangehörige. Innere Führung macht den Einfluss einer qualitativ hochwertigen sanitätsdienstlichen Versorgung auf die Moral und auf das Vertrauen in die Bundeswehr ebenso deutlich, wie die Notwendigkeit zur engen vertrauensvollen Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Jetzt, da die Pandemie vermeintlich abklingt, jedoch keineswegs überwunden ist und es noch kein Zurück zu altem Verhalten gibt, steht die (Innere) Führung vor einer großen Herausforderung: In der schrittweisen Lockerung von Maßnahmen geht es darum, Verständnis und Handlungssicherheit zu schaffen, um die militärisch notwendigen Ausbildungen, Übungen und Veranstaltungen zu ermöglichen, und gleichzeitig Fürsorge und Verantwortung für den Schutz der Angehörigen der Bundeswehr, ihrer Familien und der Gesellschaft vor einer Infektion zu gewährleisten. Die Innere Führung ist ein zeitlos gültiges Koordinatensystem, das uns in dieser schwierigen Situation den Weg weisen kann.

Ulrich Baumgärtner

Jahrgang 1960, ist Generaloberstabsarzt, promovierter Allgemeinmediziner und seit September 2018 Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr.

Foto oben: picture alliance/dpa/Thomas Frey

Afrika – Ein Kontinent im Aufbruch

Ein Studienprojekt der Führungsakademie der Bundeswehr



Flutkatastrophen wie diese in Mogadischu im November 2019 vernichten über Nacht die Existenzen tausender Menschen. Eine Katastrophe mit weitreichenden Konsequenzen in Somalia und der gesamten Region.

Wassermangel, Flutkatastrophen, Epidemien, Krieg und Terror – das sind nur einige der Herausforderungen in den Krisenregionen Afrikas. Ein Lehrgang an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) beschäftigt sich seit 2018 im Auftrag des Generalinspektors mit interdisziplinären Lösungsansätzen. Ein besonderes Projekt mit zukünftigem Nutzen für das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), das einen Blick hinter die Kulissen der Ausbildung junger General- und Admiralstabsoffiziere in Hamburg lohnt.

Die Gewalt, mit der die Wassermassen im April 2018 die Stadtgrenze Mogadischus erreichen, hat niemand in diesem Ausmaß kommen sehen. Nicht die UN, nicht die Regierung Somalias und erst recht nicht die Zivilbevölkerung. Sintflutartige Regenfälle lassen die Flüsse nicht nur hier, sondern auch in weiten Teilen Kenias und Äthiopiens ansteigen und spülen nach monatelanger Dürre die nächste Katastrophe nach Ostafrika. 700.000 Menschen sind betroffen, 215.000 verlieren

ihre Heimat und ihre Existenz. Monatelange und kostenaufwändige Saat- und Pflanzprojekte, die den Bauern der Region eine reiche Ernte bescheren sollten, scheitern. Wie so oft in Krisenregionen kommt ein Unheil selten allein, mitunter löst eine Katastrophe kaskadenförmig die nächste aus. Die Flut zieht nicht nur Existenzverlust und Cholera-Epidemien, sondern auch Angst und Terror nach sich. Im gleichen Jahr ermordet die Boko Haram in Nigeria eine Krankenschwester des Roten

Kreuzes, ein Übergriff unter vielen der Terrormiliz. Im Einsatzraum der Bundeswehr in Mali greifen staatliche Sicherheitskräfte auf die Zivilbevölkerung über. Das Beispiel der Flutkatastrophe in Ostafrika und die „Gleichzeitigkeit“ unterschiedlicher Krisen zeigen, wie vielschichtig die Zusammenhänge und Herausforderungen sind, mit denen die Bundeswehr und ihre internationalen Partner in Missionen, wie der EU Training Mission Mali (EUTM Mali) oder der

Größenvergleich

Europa und Afrika im Vergleich, Mercator-Projektion

EUROPA

10.189.745 km²

6,82 % der Landmasse der Erde

AFRIKA

30.375.489 km²

20,32 % der Landmasse der Erde

Foto: Bundeswehr/Sebastian Wike

» General Eberhard Zorn,
Generalinspekteur der Bundeswehr:

Das BMVg wird die Ergebnisse der Studienphase beispielsweise für die Weiterentwicklung des Bundeswehr-Ansatzes im Rahmen des EUTM Mali Einsatzes verwenden, dessen Mandat erst im April durch die EU für vier Jahre und dessen deutscher Beitrag im Mai durch den Deutschen Bundestag verlängert wurde. Die Ausgestaltung des deutschen Engagements in der Sahel-Zone wird also auch durch die Ergebnisse dieser Studienphase beeinflusst werden.

Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

multidimensionalen integrierten Stabilisierungsmission (MINUSMA) in Mali konfrontiert sind. Welchen Beitrag kann die Bundeswehr leisten, um den vielfältigen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Afrika gemeinsam mit den afrikanischen Staaten in Zukunft begegnen zu können? Diese Frage steht im Fokus eines Studienprojekts mit dem Titel „Afrika – Ein Kontinent im Aufbruch“, mit dem sich der Lehrgang General- und Admiralstabdienst (LGAN) an der FüAkBw in Hamburg seit Oktober 2018 beschäftigt. Der vorliegende Bericht über das durch den Generalinspekteur der Bundeswehr beauftragte Projekt verdeutlicht nicht nur, wie vielschichtig und komplex die Problemlagen in Afrika und die damit verbundenen Herausforderungen für die Bundeswehr und ihre Partner sind, sondern

ermöglicht auch einen Einblick, wie die Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer an der FüAkBw 2020 ausgebildet werden.

Ausgangspunkte für eine sicherheitspolitische Betrachtung Afrikas. Alles ist mit allem verbunden, direkt oder indirekt, wie bei einem Mobile. Dabei ist in der Realität nicht immer ersichtlich, wie die Elemente miteinander verbunden sind. Weiterhin betrachtet man möglicherweise unbewusst nur einen Ausschnitt des Mobiles, sodass Verbindungen aus dem Blick geraten. Kommen Elemente des Mobiles in Bewegung, kann dies viele Gründe und Auswirkungen haben. Die Instabilität ist groß, das Mobile ist durch viele Parameter bestimmt. Bewusste Eingriffe können zu

einer unvorhergesehenen Dynamik führen. Die Analogie des Mobiles zur Komplexität des Auftrages wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie sind Ursache und Wirkung auseinander zu halten? Welche Maßnahmen sind geeignet, Ursachen zu bekämpfen und welche lindern lediglich Symptome? Wie ist das afrikanische Mobile mit der Europäischen Union (EU) und der Bundesrepublik Deutschland verbunden?

Verkannte Vielfalt. Die eurozentrischen Karten lassen zuweilen vergessen, dass der afrikanische Kontinent im Vergleich ungefähr dreimal so groß ist wie Europa. Auf ihm befinden sich 54 Staaten mit ca. 3.000 Ethnien und ebenso vielen Sprachen. Allein dies würde ein riesiges Mobile erzeugen, bildet aber nur einen Bruchteil dessen ab, was den Nachbarkontinent Europas ausmacht. Hinzu zu denken ist die klimatische, biologische und gesellschaftliche sowie religiöse Diversität. Trotz dieser Vielfalt wird der Kontinent von den Medien häufig wenig differenziert auf den Begriff „Afrika“ reduziert und wie ein nahezu monolithischer Block dargestellt. Die Probleme, mit denen die Staaten



„Seit Oktober 2018 entwickeln die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des LGAN im Auftrag des BMVg in Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze zur ganzheitlichen Bewältigung der Krisen in Afrika.“

Foto: Bundeswehr/Lene Bartel

» Oberst i. G. Hammerstein

Die Studienphase als Bestandteil des LGAN bereitet die Teilnehmenden auf ihre weiteren Tätigkeiten als Generalstabsoffiziere u.a. als Referenten in Kommandobehörden oder dem BMVg vor. Die Teilnehmer lernen auch große Projekte mit Leitungsrelevanz bis ins Detail zu strukturieren und gleichzeitig strategische Themen mit hoher Komplexität zu durchdringen, um schließlich einen militärischen Ratschlag für die Führung zu erarbeiten.



Foto: Bundeswehr/Lene Bartel

Afrikas und die Afrikanische Union (AU) als supranationale Organisation zu kämpfen haben, unterliegen dieser „Ein-Afrika-Logik“ nicht. In der Symptomatik sind sie zwar vergleichbar. Gewalttätige extremistische Organisation, wie al-Shabaab in Somalia, Boko-Haram in Nigeria, Jamaat Nasr al-Islam wal Muslimin in Mali, die Piraten im Golf von Guinea und die am Horn von Afrika ähneln sich, wie die Folgen, welche die Ebola-Epidemien an der Westküste Afrikas und in der Demokratischen Republik Kongo teilweise noch immer bewirken. Den Ursachen kann nur mit vertieftem Wissen begegnet werden. Um im Sinne der Stärkung der Eigenverantwortung vor Ort (Ownership) Unterstützung leisten zu können, ist es auch für die Helfer notwendig, ein solides Verständnis für die Problemstrukturen vor Ort zu entwickeln. Es ist zwar richtig, dass nur auf Basis von lokaler Kompetenz ein Beitrag zu effektiven, eigenverantworteten Problemlösungsansätzen entstehen kann, eine zielführende Beratung der verantwortlichen Stellen, →



Lesetipps:

Arnold, Guy: Africa. A Modern History: 1945-2015, London: Atlantic Books, 2017.

Herbst, Jeffrey: States and Power in Africa. Comparative Lessons in Authority and Control. New Edition, Princeton, Oxford: Princeton University Press, 2014.

Development Concepts and Doctrine Centre: Strategic Trends. Regional Survey - Africa out to 2045., London: Ministry of Defence, 2016.

Die Bundesregierung: Eine vertiefte Partnerschaft mit Afrika. Fortschreibung der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung, Techn. Ber., Berlin, 2019.

European Commission: Science for the EU-AU Partnership. Building knowledge for sustainable development, Brüssel: Joint Research Centre, 2017, URL <https://www.africa-eu-partnership.org/sites/default/files/documents/africainreportonline.pdf>.

European Union: The European Union and the African Union. Key Partners, in: (2019), URL https://www.africa-eu-partnership.org/sites/default/files/documents/factsheet_eu-au-21-1-2019.pdf.

LGAN 2018 - Der Lehrgang General-/Admiralstabsdienst National



Foto: Bundeswehr/Katharina Reggmann

Durchführungsort:
Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg

Dauer:
Oktober 2018 - September 2020

Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer:
108, davon 3 Beamte und 18 internationale (NATO/EU/Schweiz)

Themen (Ausschnitt):
Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Gesellschaftswissenschaften, Operative Führung (DEU/NATO), Ethik, Stabsarbeit auf ministerieller Ebene

muss dennoch auf einem soliden Wissen beruhen. Für das Projekt war es daher notwendig, dieses Wissen zusammenzuführen, um die Zusammenhänge zu erkennen und Rückschlüsse ziehen zu können.

Ausbildung als Schlüssel zum Umgang mit Herausforderungen. Ein auslösender Impuls im Mobile kann viele Ursachen haben: Terrorismus, Finanzkrisen oder Epidemien, um nur einige exemplarisch zu nennen. Die verantwortlichen Frauen und Männer, seien sie Entscheidungsträgerinnen und -träger auf strategischer Ebene oder im Felde, müssen demnach in der Lage sein, die Zusammenhänge zu verstehen. Sie müssen Korrelationen (Zusammenhänge) und Kausalität (Ursache und Wirkung-Beziehung) auseinanderhalten können. Sie müssen also die Fähigkeit besitzen zu beurteilen, ob zwei Elemente direkt auf einander wirken oder nur zufällig

gleichzeitig in Bewegung gerieten. Nur auf diese Weise können sie zu zweckmäßigen Schlüssen kommen, die operationelle Anforderungen sowie gesellschaftliche und politische Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen. Eine qualitativ hochwertige, ganzheitliche und themenspezifische Ausbildung auf akademischem Niveau mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten und Detailtiefe ist die Voraussetzung für die General- und Admiralstabsdienstoffiziere, um in Zukunft in

der Praxis als Führerinnen und Führer vor Ort die Lage sachgerecht bewerten und angemessene Entscheidungen treffen zu können. Das wird im Rahmen des LGAN 2018 an der FüAkBw im Rahmen der zweijährigen Studienphase mit dem Thema „Afrika – Ein Kontinent im Aufbruch?!“ erreicht. Es geht neben den Ergebnissen für das BMVg vor allem auch um die Auseinandersetzung der Lehrgangsteilnehmenden mit einem sicherheitspolitischen Thema von strategischer Bedeutung und die damit verbundene Frage nach der Methode des Vorgehens.

Akteure und Interessen im Blick.

Europa und Afrika sind nicht nur aufgrund geographischer Nähe, sondern auch durch die gemeinsame Geschichte miteinander verbunden. Auch wegen der vielen wirtschaftlichen und politischen Vernetzungen ist der afrikanische Kontinent für die EU und Deutschland aus sicherheitspolitischer Sicht von besonderer Bedeutung. Im Rahmen der „Joint Africa EU Strategy“ konzentriert Europa das Engagement auf die „Africa – European Union Partnership“. Die fünf Hauptfelder sind das Investment in Menschen (insbesondere Bildung), Resilienz, die Bereitstellung von Finanzmitteln sowie Migration. Die EU und ihre Staaten zielen auf eine nachhaltige Entwicklung, welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil stärkt. 2017 stand die EU für 36% des Gesamt-

handels (China 16%) und 40% der Direktinvestitionen (China 5%). Unterstützt werden die Bemühungen durch zivile und militärische Missionen, wie die EUTM Mali, EUTM Zentralafrikanische Republik, EUTM Somalia und EU NAVFOR Atalanta. Die Bundesregierung erstellt seit 2011 Konzepte zum ressortgemeinsamen Umgang mit dem Kontinent. Die Ministerien haben den afrikanischen Kontinent in den Fokus genommen. Sie haben Initiativen wie den „Marschallplan mit Afrika“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), den „Compact with Africa“ der G20, welcher im Bundesministerium der Finanzen (BMF) betreut wird, sowie die „Initiative Pro!Afrika“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) gestartet. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) engagiert

sich unter anderem in Fragen der Prävention von Epidemien im Westen Afrikas, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in der Weiterentwicklung der Landwirtschaft im Norden und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Förderung der Gesundheits- und der Klimafor-schung insbesondere im Westen und Süden. Die Zusammenarbeit erfolgt zum größten Teil über substaatliche Organisationen, wie die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Daneben engagieren sich auf dem afrikanischen Kontinent auch außereuropäische Staaten. Die USA, welche strategische Militärbasen unterhalten, sich aber unter der Agenda „America first“ weniger stark in Afrika engagieren wollen. Russland, welches seinen Einfluss vor

Ort vergrößert und beispielsweise mit der paramilitärischen „Gruppe Wagner“ afrikanische Streitkräfte ausbildet. Die Volksrepublik China unterhält vielschichtige Beziehungen auf dem Kontinent und betreibt politische sowie militärische Schulungen. Die Chinesen erhöhen im Rahmen der Seidenstraßen-Initiative (Belt and Road Initiative) ihren Zugriff auf afrikanische Seehäfen. Die Volksrepublik baut Straßen und Gleisverbindungen (vornehmlich von Abbaugebieten diverser Rohstoffe zu logistischen Einrichtungen) und stellt hohe Kredite zur Verfügung, die Abhängigkeiten schaffen. Dazu kommen weitere Akteure, die derzeit weniger im öffentlichen Fokus stehen. Die Türkei begründet Beziehungen insbesondere durch religiöse Maßnahmen, wie den Aufbau von Moscheen, und die Staaten der arabischen Halbinsel →

Die „Gruppe Wagner“ - russisches Privatunternehmen

Die „Gruppe Wagner“ ist im (militärischen) Sicherheitssektor aktiv. Das Unternehmen operiert verdeckt und hat, öffentlich zugänglichen Quellen zufolge, an Operationen auf der Krim, im Osten der Ukraine, in Zentralafrika und Syrien teilgenommen.

Vgl. Marten, Kimberly: Russia's use of semi-state security forces: the case of the Wagner Group, in: Post-Soviet Affairs 35/3, 2019, S. 181-204, URL: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2019.1591142?scroll=top&needAccess=true>

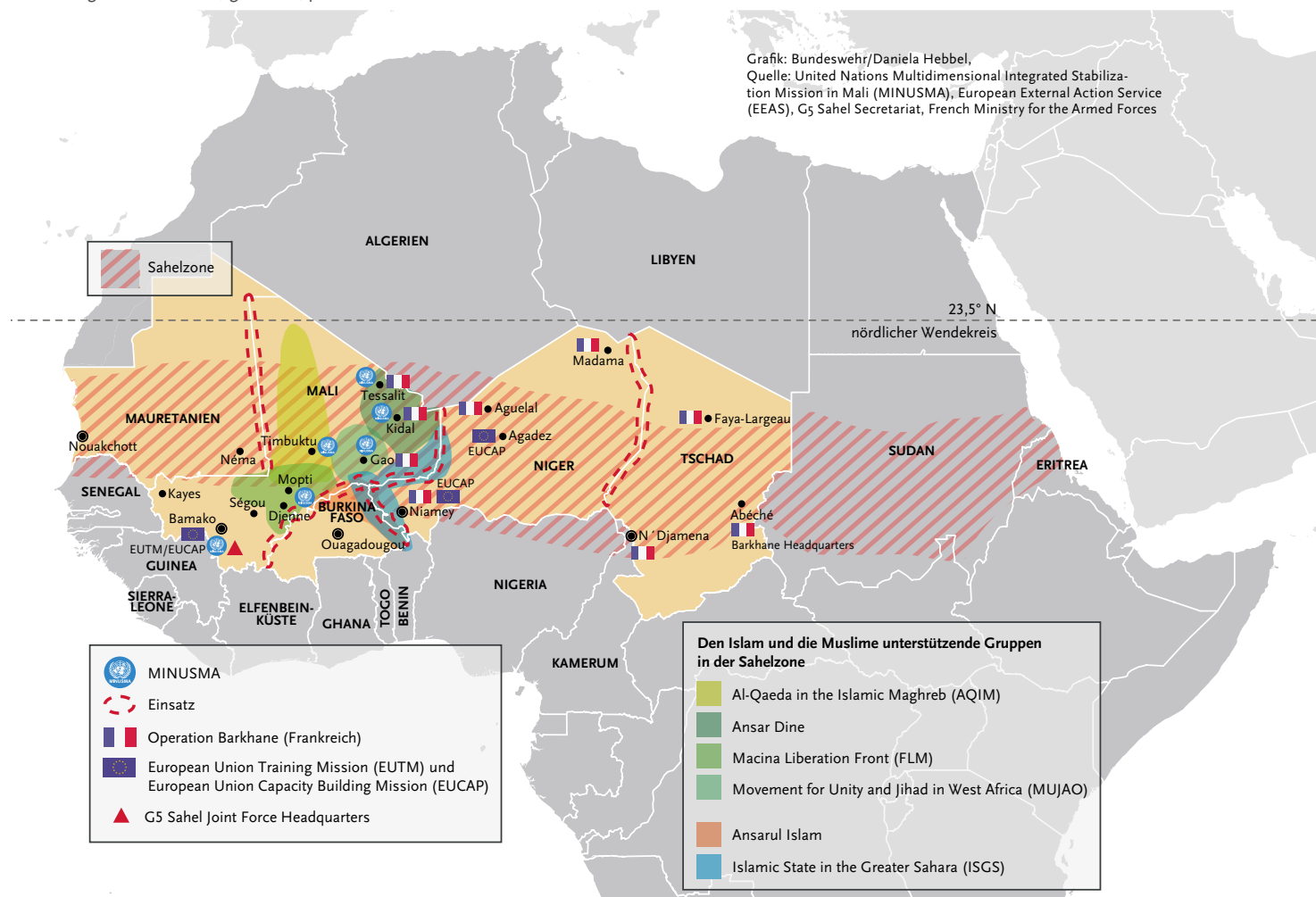


Eine verbesserte Energieversorgung zum Beispiel durch Solarstromanlagen, wie hier auf einem Feld in Äthiopien, könnte dazu beitragen, die zu erwartenden schweren Folgen der Corona-Pandemie zu mildern. Die Projektgruppen des LGAN analysieren die Projekte der EU und anderer Player mit dem Ziel der Feststellung eines Lagebildes und der daraus resultierenden Entwicklung von Handlungsempfehlungen für das BMVg.

Foto: Getty Images/AFP/Seyllou

Sicherheitsverantwortung und Verbreitung von Terrorgruppen in der Sahelregion.

Deutschland verfolgt in der Region einen vernetzten Ansatz. Deswegen unterstützt die Bundesregierung insbesondere Mali, aber auch die anderen Sahel-Staaten bei den eigenen Anstrengungen auf dem Weg hin zu stabilen, geeinten, pluralistischen und demokratischen Staaten.



betrachten das Horn von Afrika als Teil ihrer Interessensphäre. Das Engagement gilt nicht ausschließlich den zahlreichen Rohstoffen, wie Erdöl, Erdgas, Holz und seltenen Erden, auch die durch die Bevölkerungszunahme wachsenden Absatzmärkte wecken internationale Begehrlichkeiten.

Die Annäherung an diese Gemengelage ist schwierig. Im Rahmen der wissenschaftlichen Aufarbeitung durch die Arbeitsgruppen (AGen) kam es besonders auf eine kritische Analyse der herangezogenen Quellen an. Um die Zusammenhänge zügig zu ermitteln, mussten die AGen ihr Vorgehen so anlegen, dass auf mög-

lichst vielen thematischen Ebenen mit möglichst viel Personal parallel gearbeitet werden konnte.

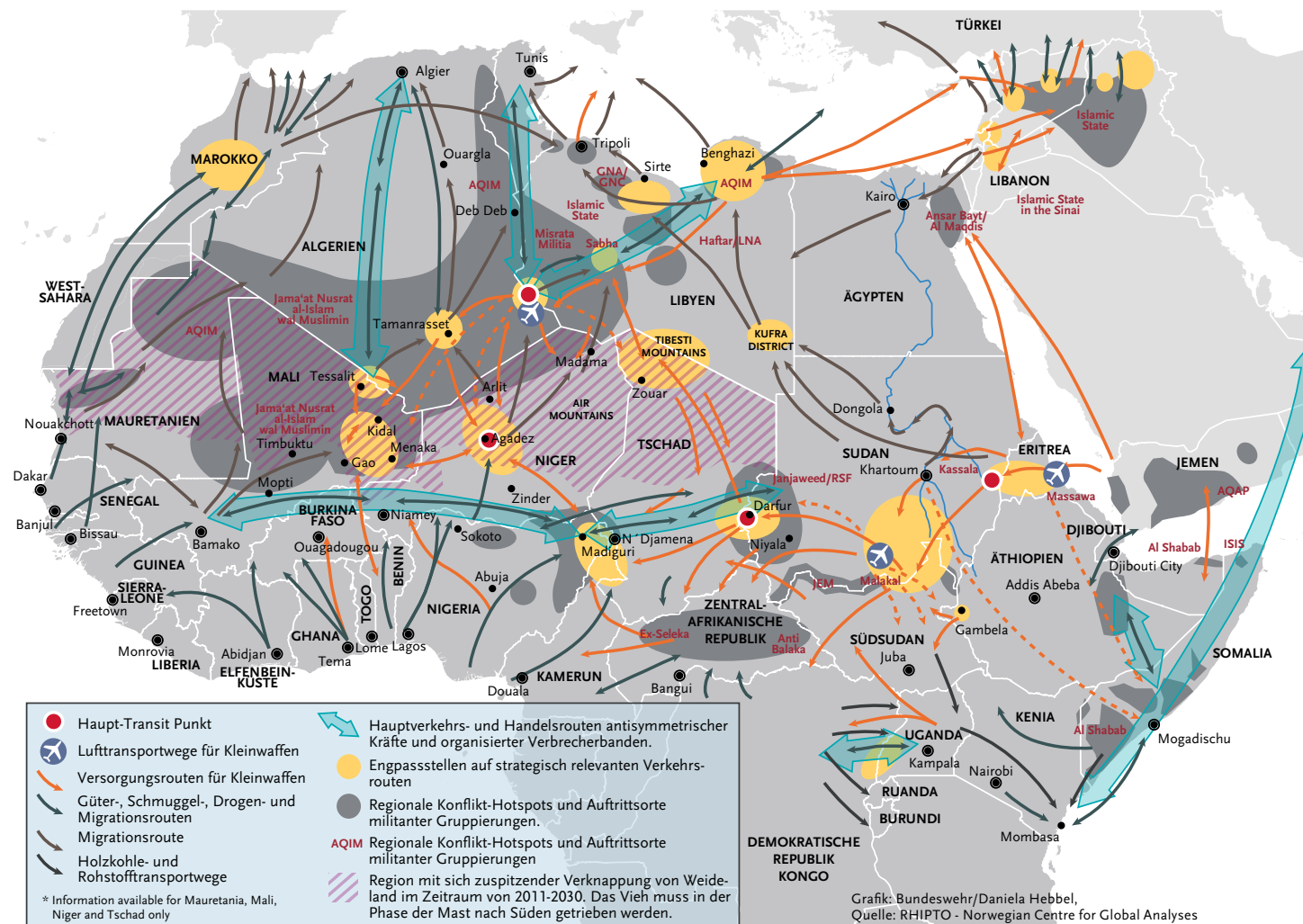
Ordnung nach Regionen und Themenrelevanz. Der Untersuchungsauftrag war auf den Norden Afrikas begrenzt und die Untersuchung orientierte sich an den sicherheitspolitischen Herausforderungen im Sinne des von der Bundesregierung herausgegebenen „Weißbuchs 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“. Die beschriebenen Leitfragen erforderten eine vielschichtige und komplexe Analyse, in der es darum ging, wie stark die Herausforderungen in unter-

schiedlichen Regionen ausgeprägt waren, wo ihre Ursachen lagen und wie die Probleme unterschiedlicher Regionen in Zukunft prognostisch aussehen könnten. Dazu wurde die Gegenwart in die Zukunft extrapoliert, d.h. die bereits vorhandenen (Mega-)Trends wurden stetig weitergedacht. Mit Blick auf die durch die AGen regional beobachteten Herausforderungen ergaben sich drei Möglichkeiten der Veränderung:

1. die Herausforderung wird nicht mehr bestehen, was bedeuten würde, dass die momentan ergriffenen Maßnahmen langfristig effektiv wären;
2. die Herausforderung bleibt mit

Transitzone Sahara

Schmuggel, Migration, Rohstoff- und Handelswege: Die vielseitigen, sich ständig verändernden Bewegungen unterschiedlicher Kräfte bilden in der Sahara, wie überall in Afrika, eine weitere wichtige Berechnungsgröße bei der Planung und Entwicklung internationaler Vorhaben, wie zum Beispiel militärischer Einsätze.



geringen Veränderungen erhalten, was darauf hindeutet, dass die Maßnahmen ihr Ziel teilweise verfehlen; 3. die Herausforderung wird stärker, was auf ein voraussichtliches Versagen, der momentan angewandten Maßnahmen hindeuten würde.

Dieses Vorgehen ergab eine Auswahl, die hiernach den deutschen Interessen gegenübergestellt und bewertet wurde. Dabei traten fünf Herausforderungen besonders hervor:

- transnationaler Terrorismus,
- unkontrollierte und irreguläre Migration,
- Gefährdung der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-,

Transport- und Handelslinien und der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung (kurz: „Handelslinien“),

- Pandemien und Seuchen sowie
- Externe Akteure (insb. China und Russland).
- Die Zuordnung der Herausforderungen zu den AGen folgte einer Schwerpunktsetzung, die sich aus den regionalen Analysen ergeben hatte. So setzte sich die AG Sahel beispielsweise mit dem transnationalen Terrorismus auseinander. Der Sahel ist aber nicht die einzige Region, die von diesem Phänomen betroffen ist - Nigeria, als Teil der

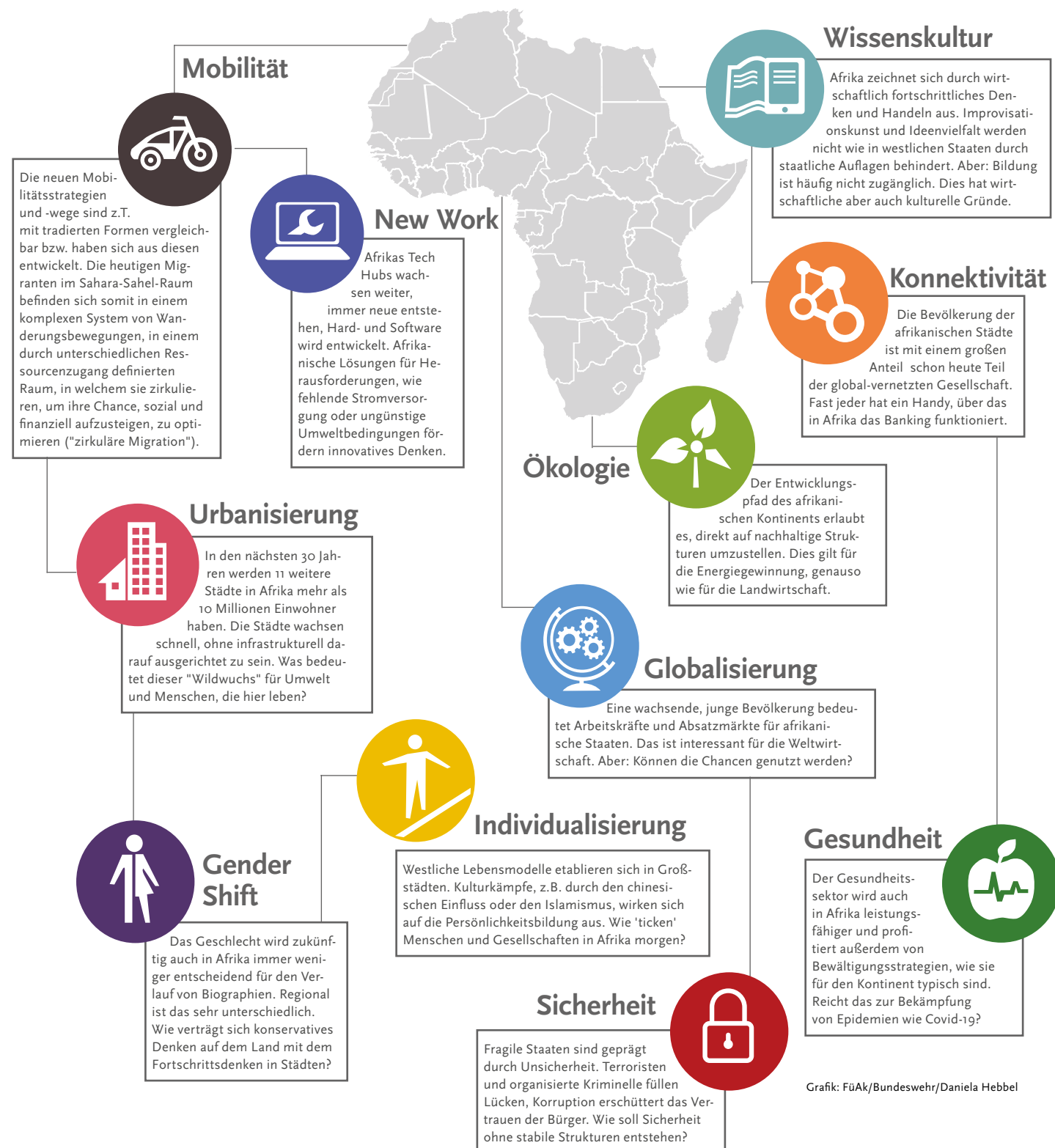
Region Golf von Guinea, kämpft bekanntlich gemeinsam mit Niger, Tschad, Kamerun und Benin in der Multinational Joint Task Force (MNJTF) gegen Boko Haram. Am Horn von Afrika ist al-Shabaab ein Verfechter des weltweiten Djihad - es ist aber gleichwohl das Gebiet, in dem die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr aktuell eingesetzt sind. Die Entscheidung für diese Themenzuordnung war daher naheliegend.

Die Arbeitsschwerpunkte der AGen im Überblick:

- AG Sahel vertiefte die

Megatrends

Afrika ist Teil weltweiter, langfristiger und nachhaltig wirkender Entwicklungen und Veränderungen, die sich in Megatrends abbilden lassen. Als "Tiefenströmungen des Wandels" (vgl. zukunftsinstitut.de) bilden Megatrends bestehende Entwicklungskonstanten innerhalb von Gesellschaften und Nationen auf sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ebene ab. Um den Aufbruch des afrikanischen Kontinents zu gestalten und zielgerichtet beeinflussen zu können, müssen Akteure internationaler Bündnisse, wie EU, NATO oder die Vereinten Nationen die lokalen Gegebenheiten und Umsetzungsgrade der Megatrends vor Ort kennen.



Grafik: FüAk/Bundeswehr/Daniela Hebbel



Foto: privat

» Oberst i.G. Prof. Dr. phil. habil. Matthias Rogg

Das GIDS wird die geleistete Arbeit der Studienphase übernehmen und nach den Vorgaben des BMVg weiterführen. Das BMVg hat mit den Ergebnissen der Studienphase einen Fundus an neuen Perspektiven, Erkenntnissen in neuen Zusammenhängen und Handlungsempfehlungen, welche für die Ausgestaltung der ministeriellen Arbeit einen wertvollen Beitrag leisten werden.

Thematik des transnationalen Terrorismus

- AG Nordafrika betrachtete die unkontrollierte und irreguläre Migration innerhalb Afrikas und in Richtung Europa.
- AG Horn von Afrika thematisierte das Wirken externer Akteure an den Beispielen Frankreich, Russland und China
- AG Westküste Afrikas fokussierte im Bereich Pandemie und Seuchen den Zusammenhang von „Health and Security“ mit Blick auf den Ebola-Ausbruch 2014 – 2016 in diesem Gebiet. Zu Beginn der thematischen Auseinandersetzung war COVID-19 noch unbekannt.
- AG Golf von Guinea erörterte, am Beispiel der Piraterie am Golf, die Wichtigkeit des Schutzes der Handelslinien im Feld „Maritime Sicherheit“ und zog Rückschlüsse auf notwendige Veränderungen insbesondere in Hinblick auf Möglichkeiten für regionale und internationale Kooperation.

Fazit für eine sicherheitspolitische Auseinandersetzung mit „Afrika“.

Der afrikanische Kontinent wird schon aufgrund der geographischen Lage weiterhin im Fokus der EU und ihrer Mitglieder stehen. Auch andere Nationen werden ihr Engagement dort weiter ausbauen. Die reelle Ausgestaltung dessen hängt

von vielen Faktoren ab. Unzählige Austauschbeziehungen und ihre Auswirkungen sind noch zu bewerten. Dies betrifft auch die Frage, wie sich die europäischen Sicherheitsinteressen unter der Bedingung des Einflusses anderer Akteure, wie China, Russland oder die Türkei, in Zukunft entwickeln. Zielführende Antworten können nur gegeben werden, wenn ein Verständnis für beide Systeme, Afrika und Europa inklusive ihrer Subsysteme, besteht. Die sicherheitspolitische Beschäftigung des LGAN mit 'Afrika' hat wesentlich zum Kompetenzaufbau der Lehrgangsteilnehmenden beigetragen. Nicht nur die Fäden, die den Kontinent im Inneren verbinden,

wurden klarer, auch jene, die den Kontinent mit Europa im Allgemeinen und Deutschland im Speziellen verknüpfen, erhielten mehr Sichtbarkeit. Die beschriebenen Impulse, die den afrikanischen Teil des sicherheitspolitischen Gesamtsystems treffen und Effekte bis nach Deutschland entwickeln könnten, wurden analysiert und die im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stehenden Mittel zur Minderung der Auswirkungen bewertet. Es wurden Ableitungen dazu getroffen, welche der Mittel an welchen Stellen eingesetzt oder verstärkt werden sollten. Die gezogenen Schlussfolgerungen werden dem Generalinspekteur der Bundeswehr im Rahmen einer Ergebnispräsentation im Sommer 2020 präsentiert. Gleichzeitig werden die Ergebnisse in einem Sammelband über das German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) verlegt. Diesen Ereignissen konnte nicht vorweggegriffen werden, daher handelt es sich bei diesem Artikel um eine schematische Darstellung der Herausforderungen, mit denen die Lehrgangsteilnehmenden des LGAN 2018 umzugehen hatten. Durch die Studienphase gelang →

» Major Sarah Schlösser:

Um die Projektarbeit über eineinhalb Jahre, immer parallel zum Lehrbetrieb, am Laufen zu halten, war es essenziell, das Ziel immer vor Augen zu haben und uns nicht in Details zu verlieren, denn das kostet wertvolle Arbeitszeit. Wir waren von Arbeitsschritt zu Arbeitsschritt stets aufs Neue gefordert, Prioritäten zu setzen, Abstimmungen fokussierter durchzuführen, insgesamt unsere Arbeitseffizienz zu steigern.

Das Prinzip der Delegation, Vertrauen in die Arbeit der Kameraden und permanente, offene Kommunikation waren der Schlüssel dafür. Egal, wie umfangreich ein Projekt ist, u.a. diese Faktoren sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Bearbeitung – jetzt und in Zukunft.



Foto: Bundeswehr/Lone Barel



Beschäftigte im Gesundheitswesen des Kono Government Hospital betreuen am 10. Dezember 2014 ein mutmaßliches Ebola-Opfer in der Isolationsstation in Koidu City, Distrikt Kono, Sierra Leone. Die Frau wurde positiv auf das Ebola-Virus getestet und in ein Ebola-Behandlungszentrum gebracht.

Foto: picture alliance/ZUMAPRES/Michael G. Seamans

es den angehenden General-/Admiralstabsoffizieren ihre Fähigkeiten in der strukturierten Erschließung eines zuvor wenig bekannten Themas sowie der Ableitung konkreter strategischer Handlungsempfehlungen weiter zu verbessern. Die Notwendigkeit von parallel arbeitenden AGen forderte zum einem das strikte Befolgen des Führungsprozesses, zum anderen unterstrich es den Nutzen des Prinzips „Führen mit Auftrag“. Die Ergebnisse sind nur ein neuer Ausgangspunkt. Das Mobile bleibt in Bewegung. Lageentwicklungen und Tendenzen müssen stets neu bewertet werden, um aussagefähige Schlussfolgerungen zu ermöglichen und im Idealfall dazu beizutragen Hochwasserkatastrophen wie in Somalia besser als bisher begegnen zu können. ■

Florian Schöne

Dr. Florian Schöne, Jahrgang 1984, ist Teilnehmer des LGAN 2018. Er steht hier stellvertretend für alle Lehrgangsteilnehmenden.

Kurz gefasst:

Das Geschehen in Afrika wird weiterhin im Fokus der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EU) und der Bundesrepublik Deutschland stehen. Für einen möglichen Einsatz der Bundeswehr ermöglicht die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema einen fundierten militärischen Ratschlag an die (politischen) Entscheidungsträger. Die Teilnehmenden des Lehrgangs General-/Admiralstabsdienst National 2018 untersuchten in ihrer Studienphase mit dem Thema: „Afrika – Kontinent im Aufbruch?!“ die sicherheitspolitischen Herausforderungen Deutschlands und

der EU im Hinblick auf den afrikanischen Kontinent und leiteten Handlungsempfehlungen für das BMVg ab.

Die Bearbeitung verlief in vier Phasen: I. Lagefeststellung, II. Regionale Betrachtung, III. Betrachtung der Herausforderungen, IV. Entwicklung von Handlungsempfehlungen für das BMVg.

Als wesentlich wurden folgende Herausforderungen identifiziert: 1. transnationaler Terrorismus, 2. unkontrollierte und irreguläre Migration, 3. Gefährdung der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien und der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung 4. Pandemien und Seuchen, 5. das Verhalten weiterer externer Akteure.

Die Präsentation der Ergebnisse soll im Sommer 2020 an der Führungsakademie der Bundeswehr erfolgen. Gleichzeitig werden die Ergebnisse in einem Sammelband über das GIDS verlegt.

Foto: Bundeswehr/Katharina Junge

Stabilisierung im Treibsand?*

Von Illusionen, Fehlern und Erfolgsbedingungen westlicher Stabilisierungsbemühungen



Foto: REUTERS/Michael Kappeler

Die internationale Gemeinschaft, allen voran die Europäische Union (EU), hat angekündigt, ihre Stabilisierungsbemühungen in der Sahel-Region verstärken zu wollen. Ein doppelter Ansatz aus Erhöhung der Sicherheitskräfte und Stabilisierung der Sicherheitslage durch nationale, regionale und internationale Operationen plus massive Entwicklungsbemühungen soll ein Abgleiten der Region ins Chaos verhindern. Wie steht es um die Erfolgsaussichten dieser Anstrengungen, welche Fehler vorangegangener Einsätze wiederholen sich? Was müsste getan und erreicht werden, um in derartigen Konflikten elementare Ziele zu erreichen bzw. wenigstens die Bedingungen für eine potentiell erfolgreiche Konfliktbearbeitung zu schaffen?

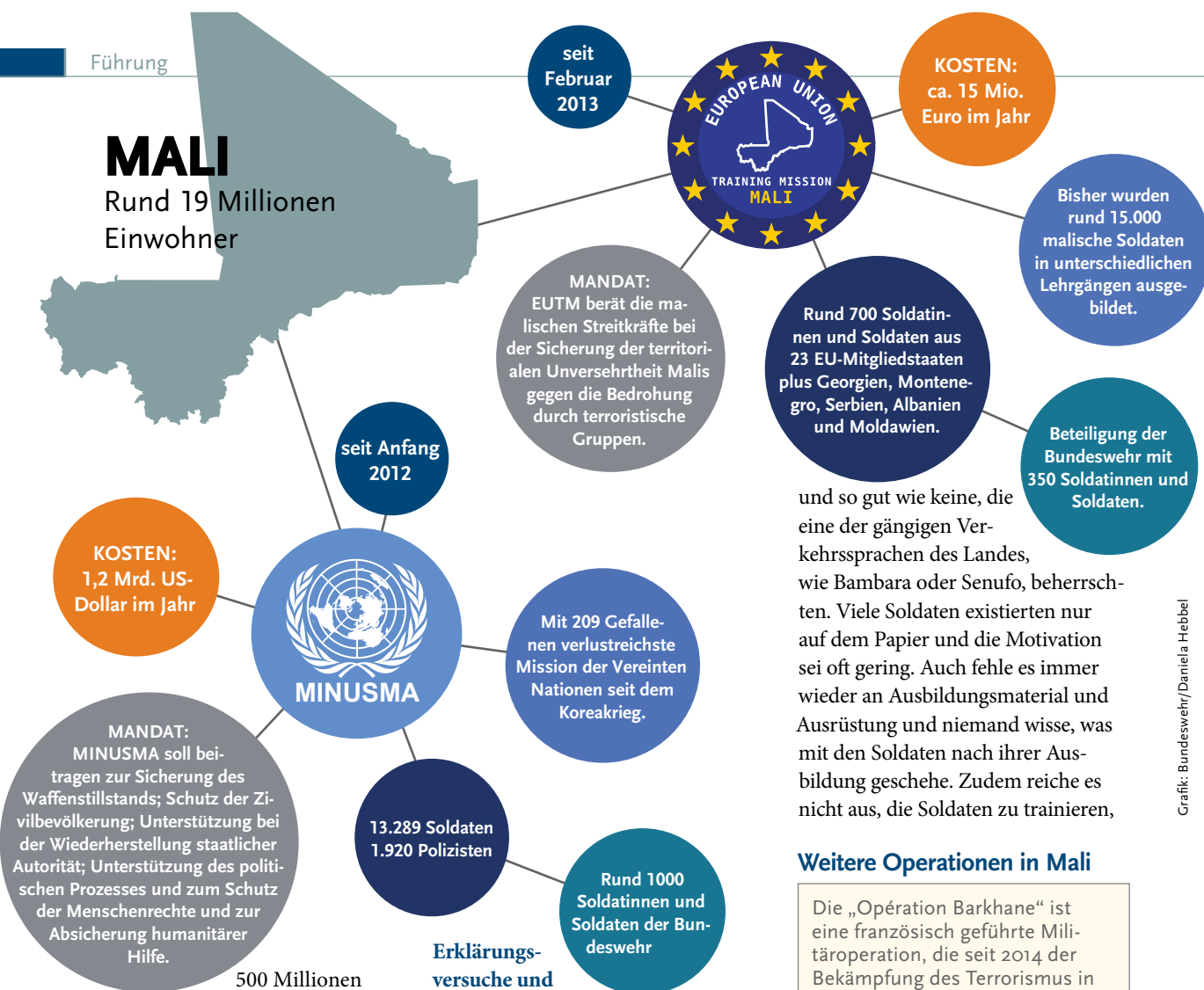
Im April 2020 kündigte die Bundesregierung an, die Kosten für ein neues Ausbildungszentrum der malischen Streitkräfte in Zentral-Mali übernehmen zu wollen. Damit soll im Rahmen der Europäischen Trainingsmission (EUTM) die Effektivität der Ausbildung erhöht und

die Fähigkeit der malischen Streitkräfte, selbst für Sicherheit sorgen zu können, verbessert werden. Von Nicht-Regierungsseite fällt die Kritik an den bisherigen Ergebnissen der internationalen Erhöhungsbemühungen heftig aus. Die malische Armee sei auch sieben Jahre nach

▲ Ein malischer Soldat trägt Gewehrtrappen, die für die Ausbildung im Rahmen der EUTM genutzt werden. Während eines Besuchs der Verteidigungsministerin bei der EU-Trainingsmission in Koulikoro/Mali im April 2016.

Beginn der EUTM nicht in der Lage, grundlegende an sie gestellte Erwartungen zu erfüllen. Von den rund 1,5 Milliarden US-Dollar, die Mali jährlich von der internationalen Gemeinschaft an Unterstützung erhält, landet eine erhebliche Summe von bis zu ➔

* Der Aufsatz basiert auf einem Beitrag des Verfassers in der Zeitschrift „loyal #2/2020 unter dem Titel „Die gleichen alten Fehler?“.



und so gut wie keine, die eine der gängigen Verkehrssprachen des Landes, wie Bambara oder Senufo, beherrschten. Viele Soldaten existierten nur auf dem Papier und die Motivation sei oft gering. Auch fehle es immer wieder an Ausbildungsmaterial und Ausrüstung und niemand wisse, was mit den Soldaten nach ihrer Ausbildung geschehe. Zudem reiche es nicht aus, die Soldaten zu trainieren,

Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

Weitere Operationen in Mali

Die „Opération Barkhane“ ist eine französisch geführte Militäroperation, die seit 2014 der Bekämpfung des Terrorismus in der Sahel-Zone dienen soll. Das Operationsgebiet umfasst neben Mali auch Burkina Faso, den Tschad, Mauretanien und Niger. Dort operiert ebenfalls die G5 Sahel Joint Force, der sicherheitspolitische Anteil der regionalen G5 Sahel-Initiative der Staaten Mali, Tschad, Niger, Burkina Faso und Mauretanien sowie die „Operation Takouba“, die den französischen Versuch darstellt, den Einsatz von Spezialkräften aus verschiedenen europäischen Streitkräften zu bündeln. Diese sollen gemeinsam mit den französischen Spezialkräften den Antiterror-Einsatz der G5 Sahel Joint Force unterstützen. Die Bundeswehr nimmt an den Operationen Barkhane und Takouba nicht teil. Die MINUSMA ist die United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali und bei der EUTM handelt es sich um die European Union Training Mission Mali.



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Parlamentarier stimmen im Deutschen Bundestag über einen Bundeswehreinsatz ab. Am 12.12.2017 hat der Bundestag über die Verlängerung von fünf Bundeswehr-Einsätzen entschieden: Im Mittelmeer, Anti-IS-Kampf, Irak, Afghanistan und Mali.

Foto: picture alliance/dpa/Wolfgang Kumm

500 Millionen US-Dollar im Unterhalt des Militärs. Trotzdem lässt sich an seinem Zustand oder der Sicherheitslage keine nennenswerte Verbesserung feststellen, trotz erheblicher regionaler und internationaler Unterstützung. Die Operationen (Barkhane, Takouba, G5 Sahel Joint Force, MINUSMA, EUTM) zählen inzwischen auch Zentral-Mali und die Grenzregionen zu den Nachbarstaaten Niger und Burkina Faso zu den Hochrisikogebieten. Seit 2013 sind über 200 VN-Soldaten in Mali gefallen. Allein in den Monaten Oktober und November 2019 wurden über 100 malische Soldaten in der Grenzregion zu Niger getötet. Auch auf der nigrischen Seite werden immer wieder Soldaten von Aufständischen getötet und Burkina Faso gilt mittlerweile als Sinnbild für den sich in Westafrika ausbreitenden Terror.

Erklärungsversuche und Mission Creep.

Wie aber lässt es sich erklären, dass es der internationalen Gemeinschaft mit immensen Anstrengungen nicht gelingt, die Sicherheitslage zu stabilisieren? Warum schaffen es westliche Staaten, die zum Teil seit 20 Jahren vor Ort sind, nicht, die Fähigkeiten der malischen Armee schneller zu erhöhen? Die bisherigen Antworten verbleiben meist auf der operativ-taktischen Ebene oder suchen die Fehler bei der lokalen Regierung. Die malische Armee befände sich im Einsatz, was die Ausbildung generell erschwere. Korruption und Vetternwirtschaft sorgten dafür, dass von den Milliardenbeträgen der internationalen Gemeinschaft viel Geld in private Taschen und dunkle Kanäle verschwinde. Es gäbe zu wenige Ausbilder bei der EUTM, noch weniger Ausbilder, die Französisch sprechen,

sie müssten auch in den Einsatz begleitet werden. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sie wurde aus ähnlichen Gründen in Afghanistan und dem Irak, aber auch schon in Vietnam 1955 bis 1975 umgesetzt. Was auch dort taktisch-operativ Sinn machte, führte bald zu höheren Verlustzahlen, dann zu einer Ausweitung des Einsatzes und schließlich zu eigenen Bodentruppen. Die schrittweise, nicht beabsichtigte, aber irgendwann kaum mehr umzukehende, kontinuierliche und beinahe unvermeidliche Ausweitung des eigenen Engagements nennt sich im Englischen „Mission Creep“. Aber kann die Lösung darin liegen, einen bisher gescheiterten bzw. ungenügende Ergebnisse produzierenden Einsatz, mit mehr Mitteln zu verbessern und entsprechend der sunk-cost fallacy-Logik in die schlechte Bilanz noch mehr Geld, Mittel und Soldaten zu investieren? Warum sollte in Mali

funktionieren, was in den vergangenen großen Stabilisierungsoperationen der USA und des Westens in Vietnam, Afghanistan und dem Irak gescheitert ist? Wenn nicht, was ist dann die Alternative? Welche Schlüsse können aus Vergleichen gezogen werden und was muss und lässt sich praktisch und konzeptionell ändern?

Primat der Innenpolitik und ungenügende Kenntnis der Konflikte.

Ein Vergleich der Stabilisierungsbemühungen in Vietnam, Afghanistan und Mali zeigt, dass das eigene Handeln vorrangig innenpolitischem Druck entspringt, einem innenpolitischen Primat unterliegt und vor dem Hintergrund und den Reaktionen der heimischen Wähler bewertet wird. Ihre Zustimmung ist wichtiger, als die für eine erfolgreiche Mission eigentlich unabdingbare Akzeptanz der lokalen Bevölkerung

und der Hauptakteure im Einsatzland, vom Grundsatz der Selbstbestimmung gar nicht zu reden. In der Folge stimmen eigene Interessen und Ziele, wie zum Beispiel Wahlen, Terrorismusbekämpfung oder die Vermeidung von Fluchtbewegungen oftmals nicht mit den Interessen und Zielen der lokalen Akteure überein oder stehen gar im Widerspruch zur Konfliktlösung. Ein weiterer Fehler besteht in einer ungenügenden Kenntnis der Konflikte. In Vietnam war es der Glaube an die „Domino-Theorie“ und die notwendige Eindämmung des Kommunismus, die wenig mit den tatsächlichen Konfliktursachen eines nationalen und antikolonialen Befreiungskampfes und Bürgerkriegs zu tun hatte. In Afghanistan waren es die Reaktion auf den Anschlag vom 11. September 2001 und der weltweite Kampf gegen den



war, dass die Priorität noch stärker auf die sicherheitspolitische Dimension zulasten entwicklungspolitischer Ziele und politischer Reformen gelegt wurde. Aber egal, wie viel Geld und Material sowie Ausbilder oder Soldaten die unterstützte Regierung erhielt, es war nie genug. Die Forderungen der jeweiligen Partner in Vietnam, Afghanistan und Mali waren und sind zumeist: mehr Geld, mehr Soldaten, mehr Training, mehr Ausrüstung, mehr und schneller. Paradoxerweise erhöhte sich damit so gut wie nie die Einsatzbereitschaft und Kampfkraft der unterstützten Streitkräfte.

Schwache Partner und die falschen Verbündeten. Ein Grund hierfür sind die lokalen Partner, die in vielen Fällen schwach, gering legitimiert und korrupt sind. Ihre schlechte

Regierungsführung wird durch die Anwesenheit potenter westlicher Geldgeber und die massenhafte Lieferung von Ausrüstung und stetige Finanzströme noch verstärkt. Die Durchführung von Reformen und die Umsetzung von politischen Maßnahmen, die nicht im Interesse dieser Partner sind, werden aufgrund der prekären Sicherheitslage immer wieder aufgeschoben. Diese Regierungen sind häufig selbst eine der Konfliktparteien, deren Legitimität auch nicht durch Wahlen erhöht werden kann. Ihr Interesse gilt zudem oft nicht einer Beendigung, sondern dem kontrollierten Erhalt des Konfliktes, weil die ausländischen Truppen Sicherheit und einen stetigen Zufluss an Geld und Ausrüstung, also Machtressourcen garantieren. Gleichzeitig werden die lokalen Kontrahenten als Dschi-

hadisten, Terroristen oder Kommunisten in die Kategorien eingeordnet, die der potentiellen Feinddefinition des Westens entsprechen. Die offiziellen staatlichen Sicherheitskräfte sind selbst Teil der Repression und Korruption. Als Instrument einer der Konfliktparteien genießen sie wenig Vertrauen und Legitimation in der Bevölkerung. Unter schlechter Führung und in Anbetracht der Option, dass die westlichen Partner mit eigenen Soldaten, Luftstreitkräften, Drohnen oder Spezialkräften zu Hilfe eilen, zeigen sie sich wenig kampfkraftig und motiviert. Dieser Zustand ist auch durch Training und Begleitung kaum zu beheben.

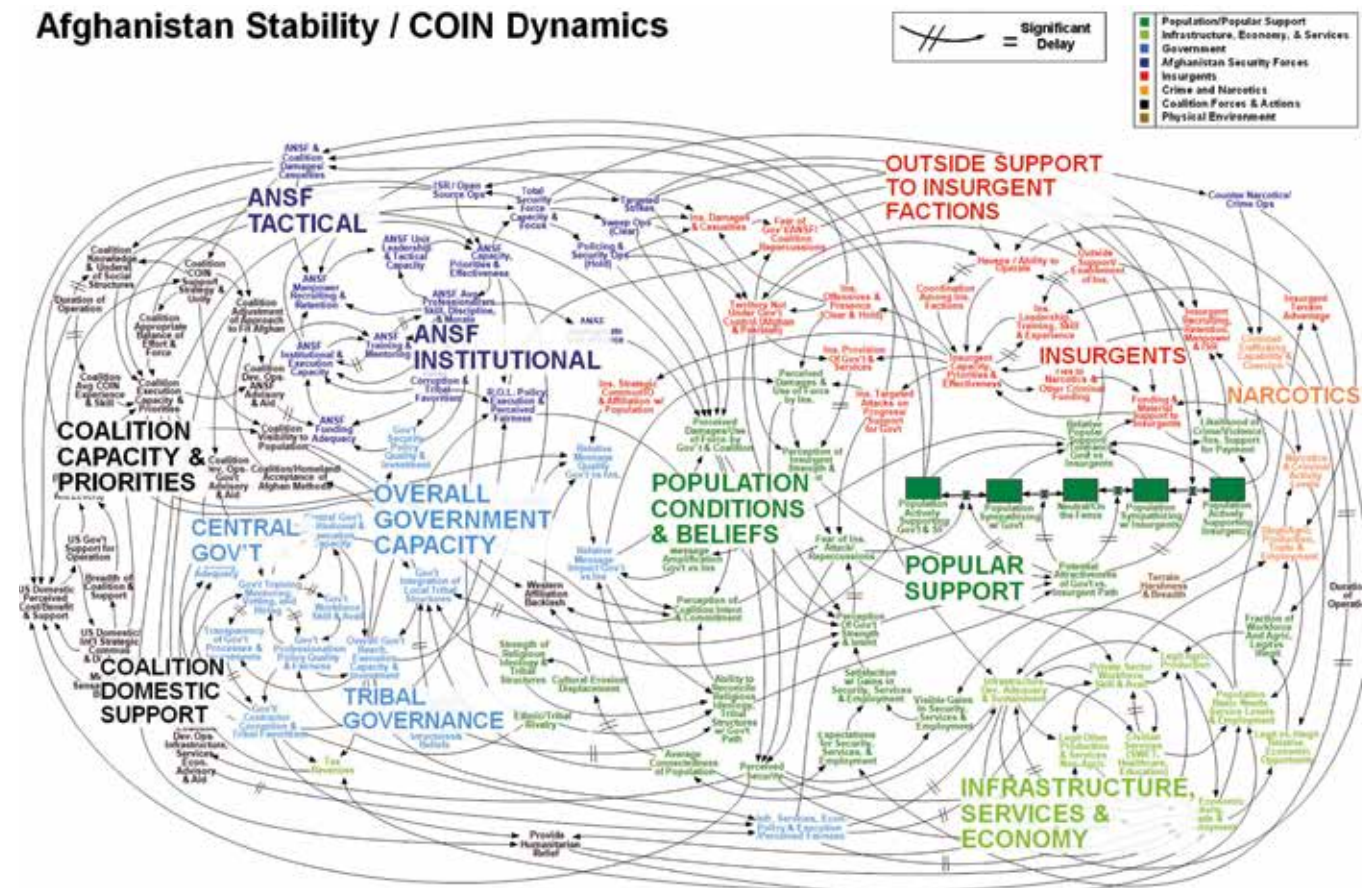
Lessons learned. Das Vietnam-Debakel wurde vielfach analysiert und manche zogen den Schluss, der Fehler in Vietnam hätte darin

Malische Soldaten bekommen Anweisungen von ihren deutschen Ausbildern während der Ausbildung zum Ammunition Operator im Rahmen der Mission EUTM Mali in Koulikoro im Juli 2019.



Foto: Bundeswehr/Sebastian Nothing

Afghanistan Stability / COIN Dynamics



Bundeswehrsoldaten sprechen mit Kindern am Straßenrand bei Pul-e Khumri, Afghanistan. Gute Beziehungen zur Bevölkerung erhöhen nicht nur die Akzeptanz des ISAF-Auftrags, sondern auch die Sicherheit der Streitkräfte.

Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert

▲ Afghanistan Stability/COIN Dynamics - Security. Office of the Joint Chiefs of Staff. 2009. Dieser Versuch, den gesellschaftlichen Subtext in Afghanistan zu verstehen, wurde in der Obama-Administration unternommen und im Einsatz angewandt.

gelegen, zu sehr auf konventionelle Kriegführung und zu wenig auf Aufstandsbekämpfung gesetzt zu haben. Counterinsurgency (COIN) gehört daher zum festen Lehrplan angehender US-Offiziere. Wie komplex ein solches Unterfangen jedoch in der Wirklichkeit umzusetzen ist, zeigt die bis heute berühmt-berühmte „Afghanistan Stability/COIN Dynamics – Security“-Folie. Sie entstammt einem Briefing unter Stanley McChrystal, Kommandierender General der NATO- und US-Truppen in Afghanistan, aus dem Sommer 2009 in Kabul. „When we understand that slide, we have won the war“, kommentierte der General unter dem Gelächter der Anwesenden. Die völlig unübersichtliche und überfrachtete Darstellung zeigt den vergeblichen Versuch, die komplizierte gesell-

schaftliche, kulturelle, politische und soziale Wirklichkeit von uns nicht ausreichend vertrauten Konflikten und Gesellschaften einzufangen und mit dem (schon in der OECD-Welt gescheiterten) Versuch der wissenschaftlich unterlegten Manipulation sozialen Verhaltens sowie ausgeklügelten militärischen Strategien zu bearbeiten. Andere Experten sehen den Ausweg aus dieser Situation in einer Strategie maximalen Drucks auf die unterstützte Regierung bzw. der Errichtung eines vorübergehenden defacto Protektorats. Als halbwegs erfolgreiches Beispiel für diese Art des Vorgehens wird häufig der Kosovo genannt. Auf einer Fläche, kleiner als Schleswig-Holstein, waren zehntausende Soldaten, Polizisten, Richter, Entwicklungshelfer und andere Beamte von NATO, EU

und VN mit immensen Ressourcen und nahezu unbeschränkten Befugnissen knapp zehn Jahre ununterbrochen tätig. Der Konflikt konnte dadurch zwar weitgehend eingedämmt werden, von einem funktionierenden Staatswesen ist das Land aber bis heute auch weit entfernt. Welches Engagement und wie viel Zeit dann in einem Land wie Mali, dreieinhalb Mal so groß wie Deutschland, notwendig wäre, um am Ende wenigstens eine stabile Sicherheitslage als Ausgangspunkt für eine dauerhaft friedliche und positive Entwicklung zu haben, lässt sich nur erahnen. Im Irak 2003 zerschlugen die USA den Regierungsapparat und seine Strukturen nahezu vollständig und versuchten, mit umfassender Machtfülle und nahezu vollständiger Protektoratsverwaltung einen Staatsaufbau

Foto: fujoimedia.eu

inklusive sicherheitspolitischer Stabilisierung. Sie scheiterten damit bekanntermaßen auf ganzer Linie.

Keine Illusionen – Prävention und Mediation in den Fokus. Angesichts der bisherigen Ergebnisse westlicher Stabilisierungsbemühungen stellt sich grundsätzlich die Frage, ob es überhaupt Sinn macht, derartig komplexe Interventionen im globalen Süden anzustrengen. Hier sollte deshalb eindeutig die Prävention in den Mittelpunkt der Anstrengungen gestellt werden. Sind Konflikte erst einmal ausgebrochen, sind erfolgreiche Stabilisierungsmaßnahmen angesichts der oben aufgezeigten Schwierigkeiten extrem schwierig zu erreichen und verdammt teuer; um ein Vielfaches teurer, als intensive, jahrzehntelange Prävention. Eine Erkenntnis, die

nicht neu ist, aber immer wieder vergessen zu werden scheint. Wird dennoch die Entscheidung für eine (begrenzte) Intervention, meist im Rahmen einer Friedensmission der VN, oder eine Ertüchtigungsmission getroffen, sollten von Beginn an Demut walten und realistische Ziele über den erstrebten Endzustand die Planung dominieren. Auch weniger komplexe militärische Ertüchtigungs- und Trainingsmissionen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie Teil einer umfassenden politischen Strategie sind, welche – und das scheint der zentrale Punkt zu sein – von den wichtigsten Akteuren vor Ort mitgetragen wird. Dabei ist es wichtig, zwei zentrale Fehler zu vermeiden. Da wäre zum einen, Entscheidungen über derartige Einsätze auf Basis von innenpo-

litischen Interessen und dem Druck durch die eigene Bevölkerung zu treffen. Natürlich ist es nicht falsch, eigene Interessen zu verfolgen, aber diese dürfen einer Lösung des Konflikts nicht im Wege stehen und außenpolitische Entscheidungen sind selten ausschlaggebend für Wahlergebnisse. Die Akzeptanz der Bevölkerung und der Hauptakteure im Einsatzland ist eine notwendige Bedingung. Zum anderen muss auf eine Strategie gesetzt werden, die konsequent einer politischen Logik der Konfliktlösung und Stabilisierung folgt. Es hat sich gezeigt, dass weder ein überzeugender militärischer Anfangserfolg, noch die Bemühungen um einen Staatsaufbau und die Bereitstellung staatlicher Leistungen mittel- und langfristig für Stabilität und ein dauerhaft sicheres Umfeld



Menschen auf einem Markt in Mali, dem Einsatzgebiet der European Union Training Mission (EUTM) in Mali/Afrika.

Foto: Bundeswehr/Andrea Bienert



MINUSMA-Friedenstruppen während der Operation Military 'FRELANA' zum Schutz der Zivilbevölkerung und ihres Eigentums. Die Operation fand vom 11. bis 12. Juli 2017 im Südwesten der Stadt Gao in Mali statt, wo eine enorme Unsicherheit herrscht. Die Friedenstruppen suchten das Gespräch mit der Zivilbevölkerung, um wichtige Informationen zur besseren Ausübung ihres Mandats zu erhalten.

Foto: UN Photo/Harandane Dicko

sorgen. Dies gelingt nur, wenn die Ursachen des Konflikts – häufig unter weitgehend unparteiischer Anleitung (Mediation) – konstruktiv bearbeitet und wenn möglich der Konflikt gelöst wird. Dazu gehört in den meisten Fällen die Beteiligung der wesentlich an dem Konflikt beteiligten Akteure, ausdrücklich einschließlich problematischer Akteure. Eine derartige Lösung mittels Abkommen, mit denen Konflikte in gewaltfreie Formen transformiert werden, erfolgt aus diversen Gründen als Grundlage für Stabilisierungseinsätze jedoch häufig nicht. In der Folge erodiert trotz erheblicher internationaler Bemühungen beim Staatsaufbau und der Lieferung von staatlichen Leistungen schon bald die Sicherheitslage. Dies führt meist zu einer Handlungslogik, die von militärischen Erwägungen und Sicherheitsfragen dominiert wird.

Eine derartige Logik ist genauso wenig in der Lage, die Gewalt zu unterbinden und ein sicheres Umfeld herzustellen, wie die fragilen staatlichen Strukturen zu stabilisieren. Keine noch so ausgeklügelte Counterinsurgency-Strategie und keine Summe an Soldaten, Polizisten oder Finanzmitteln und sei sie noch so groß, ist in der Lage, langfristig die Sicherheitslage zu stabilisieren. Hierzu müssen die politischen und sozialen Konfliktursachen bearbeitet und wenn möglich gelöst werden. Dazu sollten die internationale Gemeinschaft und die Geber Mediationsformate ausbauen, einfordern und stärken sowie Anreize und Mechanismen zur Kooperation und friedlichen Konfliktaustragung schaffen. Bedingungen, Notwendigkeiten und legitime Forderungen müssen angewendet werden – auch und gerade gegenüber der offiziellen

Regierung – und ihre Nichterfüllung muss Konsequenzen haben. Es sollte zudem sichergestellt werden, dass von den erheblichen internationalen Transfers und Leistungen alle Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen profitieren und nicht nur bestimmte ethnische Gruppen und Eliten. Politischer Wille und politisch-konsequentes Handeln sind der Schlüssel zum Erfolg. Noch besser aber wären die Priorisierung und der koordinierte Ausbau der vielfältigen präventiven Maßnahmen und Möglichkeiten, um eine gewaltsame Konfliktaustragung bereits im Vorfeld zu verhindern.

Realistische Ambitionen und der Einsatz von Militär als äußerstes Mittel. Insgesamt sollte Bescheidenheit die eigenen Ambitionen und die Beurteilung der eigenen Möglichkeiten bestimmen. Ein sicheres

und stabiles Umfeld mit einem stabilen negativen Frieden sind beachtliche Erfolge in Regionen und Ländern, die über Jahrzehnte nichts als Krieg und Gewalt erlebt haben. Erst derartige Bedingungen schaffen die Voraussetzung für langfristige Entwicklung, die dann auch einen nachhaltigen Aufbau staatlicher Strukturen und möglicherweise einen Weg zur Demokratisierung möglich machen, wenn dies von den Akteuren vor Ort gewünscht wird. Militär ist neben zivilen Kräften, Diplomatie und Polizei eines der Instrumente, die bei einer Stabilisierung zum Einsatz kommen können. Als äußerstes Mittel, zum Schutz akut bedrohter Zivilbevölkerung und zum Gewinnen von Zeit, kann sein Einsatz auch gleich zum Anfang eines Konfliktes notwendig sein. Die Ursachen des Konflikts und der Gewalt, wie Machtverteilung,

schlechte Regierungsführung, Korruption, ethnische Konflikte, Armut, Hunger und Hoffnungslosigkeit können nicht durch das Militär bearbeitet werden. Zwingend für den Erfolg von Stabilisierungseinsätzen ist die Existenz einer umfassenden Strategie mit politischen Prozessen zur Konfliktlösung unter Berücksichtigung aller Instrumente auswärtigen Handelns und der konsequenten Anwendung der vorhandenen Konzepte zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung. Die Grundlage bilden dabei eine gute und klare Lageanalyse und Kenntnis der gefährdeten Länder und Regionen sowie der Konflikte, Ursachen und Akteure. Hierzu sind erheblich mehr wissenschaftliche Expertise, Kenntnisse und vor-Ort-Analyse durch Diplomaten, zivile Mitarbeiter, Polizisten, Militärs und Experten notwendig. ■

Dan Krause

Jahrgang 1975, Hauptmann a.D., Oberstleutnant d.R., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg sowie Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS).

Kurz gefasst:

Seit Jahrzehnten bemühen sich der Westen und die internationale Gemeinschaft um erfolgreiche Stabilisierung von Konflikten im Globalen Süden. Einige wenige Erfolge stehen dabei vielen Bemühungen gegenüber, die hinter ihren Erwartungen zurück bleiben, wie in Vietnam, Afghanistan oder dem Irak. Die Stabilisierung einmal ausgebrochener und gewaltsam ausgetragener Konflikte ist komplex und mit erheblichen Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten verbunden, sie ist aber nicht unmöglich. Voraussetzung ist die Beteiligung möglichst aller Akteure und die Lösung der politischen Konflikte. Konfliktprävention und Mediation sind dringend und nachhaltig zu priorisieren und zu stärken.

Foto: privat

Die Bundeswehr und das Virus

Die Corona-Pandemie als militärische Führungsaufgabe

Seit März befindet sich die Bundeswehr bedingt durch das Corona-Virus im Krisenmodus. Es geht nicht nur um den Erhalt der Einsatzfähigkeit, sondern auch um die Unterstützung ziviler Strukturen. Wie krisenreaktionsfähig ist die Bundeswehr unter den Bedingungen von Covid-19? Was bedeutet die Pandemie für die Führung und Ausbildung des Personals und welche militär- und sicherheitspolitischen Folgen hat die globale Pandemie? Eine erste Zwischenbilanz mit Einschätzungen, Schlussfolgerungen und Perspektiven für die Bundeswehr - entwickelt aus dem Home-Office.

Kramp-Karrenbauer im April mit einem Marathon verglich.

Die Bundeswehr hilft. Anfang März flog ein Airbus A310 der Luftwaffe die ersten 102 Deutschen im Rahmen einer Luftbrücke aus der Stadt Wuhan in Zentralchina aus. Dort waren die ersten Infektionen mit dem neuartigen Corona-Virus aufgetreten. Die „fliegende Intensivstation“ der Bundeswehr, der Airbus A310 MRTT MedEvac, evakuierte auf Bitten Frankreichs und Italiens von Mitte März bis Anfang April 24 intensivmedizinisch zu betreuende Patienten nach Deutschland. Großbritannien, Jordanien und die Mongolei wurden mit Beatmungsgeräten versorgt. 15.000 Soldatinnen und Soldaten des „Einsatzkontingents CORONA“ stehen für die Unterstützung in der Pandemie bereit. Tausende halfen seit Ostern

im Rahmen des Projekts „Helfende Hände“ in der Altenpflege, beim Einkauf für Risikogruppen, sie unterstützten in Covid-19-Aufnahmезentren, Gesundheits- oder Landratsämtern, versorgten erschöpfte LKW-Fahrer auf den Autobahnen oder verstärkten logistische Lieferketten. 17.000 standen für die Hilfe im Sanitätsdienst bereit. Ähnlich wie bei der Katastrophenhilfe der vergangenen Jahre, also der Bekämpfung von Hochwasser, Waldbränden oder der Schneeräumung, hilft die Bundeswehr so den Ländern und Kommunen im Rahmen der Amtshilfe auf Grundlage des Artikels 35 des Grundgesetzes. Stabsfeldwebel Andreas Holtz (41), Klimatechniker des Ausbildungszentrums Technik Landsysteme des Heeres in Aachen, saß mit seiner Frau und den beiden Töchtern am Ostermontag in der Küche, als er erfuhr, dass er seine nächsten zwei

Foto: Getty Images/BlackJack3D

Wer in den Tagen des ausgehenden Frühjahrs 2020 einen Termin im Bundeswehrkrankenhaus (BwKrhs) in Berlin hat, muss Geduld mitbringen. Flatterband und Pylonen markieren den Weg zur Eingangsschleuse. Militärisches Wachpersonal kontrolliert den Zugang zum Krankenhaus. Für eine öffentliche Einrichtung mit einem zivilen Patientenanteil von 70 bis 80 Prozent ein außergewöhnliches Signal. Das Virus SARS (Severe Acute Respiratory Syndrome)-CoV 2 bringt auch für die Bundeswehr neue Herausforderungen, deren Belastung Verteidigungsministerin Annegret



Stabsfeldwebel Andreas Holtz (41) half nach Ostern für zwei Wochen als telefonischer Ansprechpartner für Covid-19-Patienten im Gesundheitsamt der Stadt Aachen.

Foto: Bundeswehr/Lara Drießen

Dienstwochen nicht im Büro, sondern im Gesundheitsamt der Stadt Aachen als telefonischer Ansprechpartner für Covid-19-Patienten verbringen würde. Eine kurze Einweisung durch die Kameraden im Kreisverbindungskommando, dann ging es los. Fordernd seien die Gespräche am Telefon gewesen, einige Geschichten habe er „abends mit nach Hause genommen“. Krankheitsfälle in denen Familien mit Kleinstkindern betroffen waren. Er hat aber auch die Anerkennung der Menschen gespürt, „die gemerkt haben, dass wir nicht nur da sind, um Flagge zu zeigen, sondern wirklich Hilfe leisten wollen.“

Führungsorganisation als Schlüssel. Es ist der 5. Mai 2020, 17:30 Uhr. Im Presseraum der Koblenzer Falckenstein-Kaserne sitzt Oberstarzt Dr. Johannes Backus vor einem Presseplakat des Sanitätsdienstes. Ein günstiger Moment für das Interview, denn vor dem späten Nachmittag hat der Leiter des Einsatzführungszentrums Gesundheitsversorgung (EFüZ) selten Zeit. Backus ist verheiratet, hat zwei Töchter und ist im Grundbetrieb als Abteilungsleiter für konzeptionelle Aufgaben seines Organisationsbereiches zuständig.

Er ist die „Spinne im Netz“ für die Koordination aller medizinischen Leistungen, die der Gesundheitsversorgung der Menschen in der Bundeswehr dienen, und solche, mit denen Staat, Gesellschaft, Institutionen und internationale Bündnispartner unterstützt werden. Wie krisenreaktionsfähig die Bundeswehr ist, beweist sich aus Backus' Sicht unter anderem durch den frühzeitigen und reibungslosen Aufbau einer speziell auf die Pandemie-Hilfe ausgelegten Führungsstruktur. Unterhalb des Lagezentrums CORONA im BMVg im Berliner Bendlerblock ist der Inspekteur der Streitkräftebasis (SKB) als Nationaler Territorialer Befehlshaber für den Einsatz sämtlicher Kräfte im Inland verantwortlich. In seinem Auftrag koordiniert der Kommandeur des Kommandos Nationale Territoriale Aufgaben (KdoTerrAufgBw) unter Rückgriff auf vier Führungsstäbe in Veitshöchheim, Oldenburg, Rostock und Berlin und in Zusammenarbeit mit den 16 Landeskommandos (LKdo) die Amtshilfeersuchen aus Ländern und Kommunen. Die LKdos arbeiten mit den Landesregierungen und Entscheidungsträgern bis auf kommunale Ebene zusammen. 500 Amtshilfeersuchen (Stand Redaktionsschluss) hat die Bundeswehr im Rahmen des Krisenmanagements bislang erhalten, 230 wurden erfüllt.

Die territorialen Hilfeleistungen laufen parallel zu aus dem Einsatzführungszentrum (EFüZ) des Kommandos Sanitätsdienst der Bundeswehr (KdoSanDstBw) koordinierten medizinischen Aufgaben und Anforderungen. Wie Stabsfeldwebel Holtz bei seinem Einsatz im Aachener Gesundheitsamt, erlebt auch Backus eine Verbesserung des Ansehens der Bundeswehr in der Bevölkerung. Der Oberstarzt sieht die Chance, das Verhältnis zur Gesellschaft auf einer ethischen Ebene neu zu definieren. Die medizinische Hilfe trifft in dieser Zeit auf die gesellschaftliche Angst um „Prosperität, Entwicklungsfähigkeit und Wohlstand“. Vor diesem Hintergrund sei Gesundheit „ein hohes Kulturgut“. Diese Wahrnehmung der Hilfeleistung der Streitkräfte unterscheide sich fundamental von der „traditionell skeptischen Auffassung der deutschen Bevölkerung gegenüber einem Einsatz im Inneren“, so Backus.

Einsatzfähig durch Rotation und Disziplin. Um die zusätzliche Beanspruchung der eigenen Kräfte durch Corona auch langfristig und nachhaltig zu bewältigen, hat die Bundeswehr in einigen Dienststellen 80 Prozent ihres Personals ins Home-Office geschickt. Nur das für die Krisenbewältigung systemrelevante Personal wurde im Dienst gehalten und im Rotationsverfahren ausgetauscht. Überall waren „minimale Vor-Ort-Präsenz und maximale Nutzung“ →

„Das Grundprinzip militärischer Führungsfähigkeit bewährt sich gerade und trotz der vielen Tücken und Fehler, die auftauchen, wo Menschen miteinander arbeiten. Es ist klar, dass zielgerichtetes, strukturiertes, professionelles und ruhiges Handeln ein Markenzeichen ist, dass uns als Bundeswehr auszeichnet.“ Oberstarzt Dr. Johannes Backus, Leiter des EFüZ im KdoSanDstBw.

Foto: Bundeswehr/Michael Laymann



von Home-Office und Telearbeit bei strenger Beachtung der Hygienevorschriften zur Infektionsvorbeugung“ angeordnet, erklärt Oberst i.G. Christian Nawrat vom Lagezentrum CORONA im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Nur auf diesem Weg konnten die zivilen und militärischen Kernaufgaben gewährleistet, Einsätze, Missionen und einsatzgleiche Verpflichtungen unverändert wahrgenommen und die Bundeswehr im Bedarfsfall für das Evakuieren, Retten und Befreien deutscher Staatsangehöriger bereitgehalten werden. „Um jeden Preis musste verhindert werden, dass das Virus in die Einsatzgebiete eingeschleppt wird“, so Backus.

Das für einen Einsatz vorgesehene Personal wurde daher zwei Wochen vor dem Abflug ins Einsatzgebiet in angemieteten Hotels unter Quarantäne gestellt. Auch deswegen und trotz aller Einschränkungen gelang es Deutschland, alle internationalen Verpflichtungen aufrecht zu erhalten. Aus Sicht von Oberst i.G. Dr. Matthias Rogg, Vorstand des German Institute for Strategic Studies (GIDS) an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw), ein „toller Beweis für die ergriffenen Schutzmaßnahmen und die Führungsfähigkeit“.

Anschub für die digitale Ausbildung. Mit jährlich rund 12.000 Lehrgangs-

und Trainingsteilnehmenden wäre das Zentrum Innere Führung (ZInFü) in Corona-Zeiten ein potentieller Verbreitungsort für das Virus. Bis Anfang Juni wurde der Ausbildungs- und Lehrgangsbetrieb ausgesetzt, jetzt soll er unter Beachtung eines Hygienekonzepts wieder starten. In der akuten Phase des Lockdowns verrichteten am ZInFü rund 160 der 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Dienst von zuhause. Für eine Dienststelle mit – abgesehen von der lehrgangsgebundenen Ausbildung – hohem Büroarbeitsanteil eher machbar als für Schiffsbesatzungen oder ein Gebirgsjägerbataillon. Wie

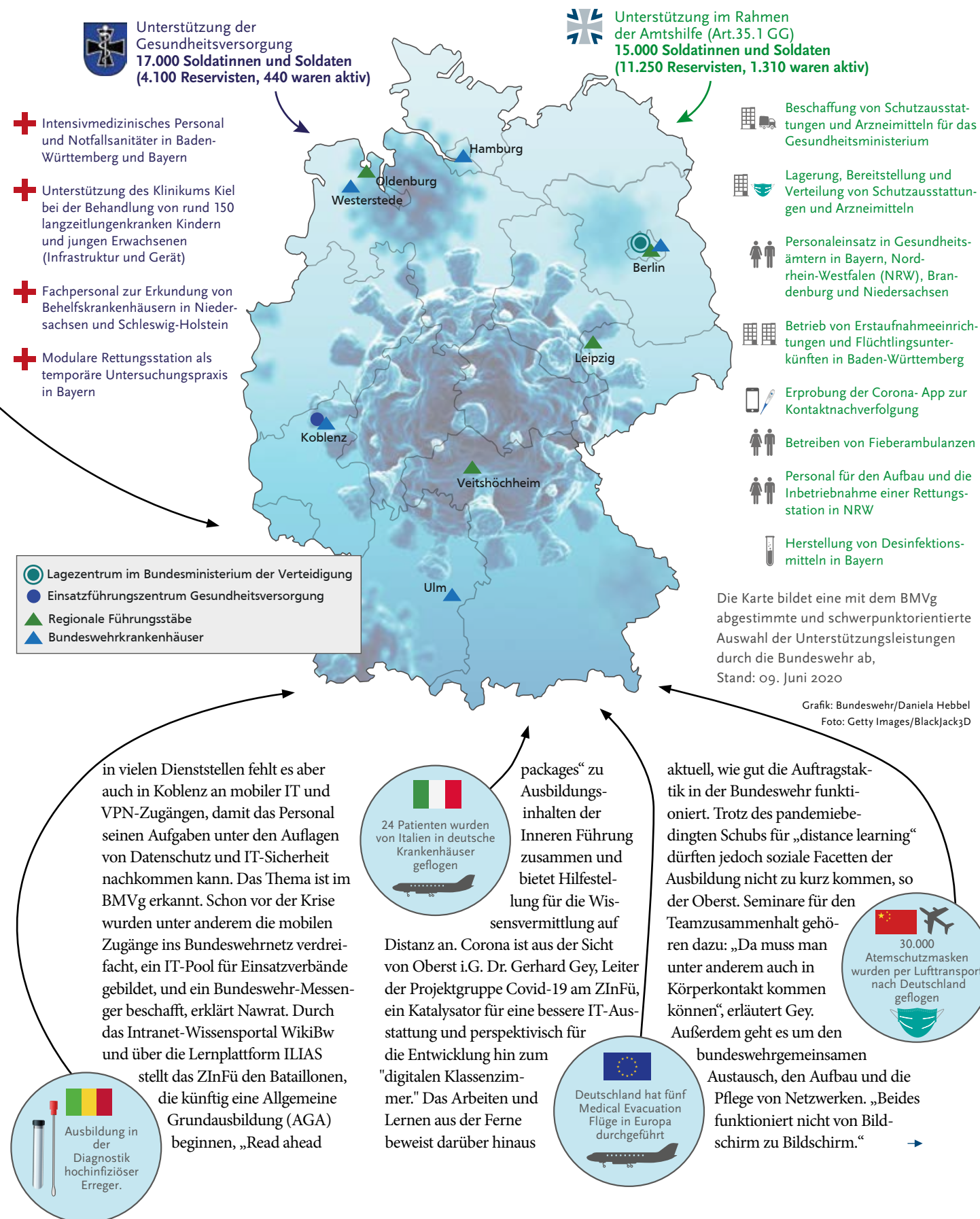


Foto: Bundeswehr/Jonas Weber

„Ich bin begeistert von den Leistungen unserer Soldatinnen und Soldaten, die - teilweise unter Inkaufnahme belastender Bedingungen - in ganz Deutschland Aufgaben bewältigen und bewältigt haben. Sie alle haben meinen Dank und Respekt verdient!“ Generalmajor Carsten Breuer (55), Kommandeur des KdoTerrAufgBw in Berlin.



Die COVID-19-Unterstützung durch die Bundeswehr



Definition:

Auftragstaktik ist eine zu Selbstständigkeit, Mitdenken und Verantwortung anleitende Führungsmethode der Bundeswehr im Sinne der Inneren Führung. Der Untergebene erhält einen Auftrag, den er nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne der Absicht seines Vorgesetzten, unter Einhaltung von Auflagen und eines Zeiteinsatzes, sowie den ihm zur Verfügung gestellten Kräften und Mitteln zur Auftragserfüllung umsetzt. Die Bedingungen von COVID-19 unterstreichen aktuell den Wert der Auftragstaktik zum Erhalt von Flexibilität und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Die Auftragstaktik hat sich besonders in den Einsätzen der Bundeswehr bewährt (vgl. z.B. von Baudissin, Soldat für den Frieden, 1969; BMVG, Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr, 2018 Kap. 6).



Foto: Bundeswehr/Marco Dorow

Lehren und Lernen auf Distanz.

In Hamburg bildet die FüAkBw Stabsoffiziere für den General- und Admiralstabdienst (LGAN) aus, ein Pflichttor für den Topführungs-kraftenachwuchs der Bundeswehr. Anfang März musste der Lehrgangsbetrieb nach der Positivtestung mehrerer Akademieangehöriger teilweise ausgesetzt werden. Seitdem studieren unter anderem die LGAN-Jahrgänge 2018 und 2019 von zuhause. Für ihren Kommandeur, Generalmajor Oliver Kohl, zählt nicht, wo die Studierenden lernen, entscheidend ist für ihn das Ergebnis. Mit dem Konzept „Führen morgen – heute lernen“ hatte die FüAkBw bereits 2019 ein Innovationsprojekt gestartet, um Ausbildung und Lehre zu digitalisieren. Digitale Vermittlung werde die Lehre im Hörsaal nie ersetzen, ist sich Kohl sicher. „Aber auf dem Weg, den wir jetzt beschreiten, gibt es kein Zurück mehr!“ In der Bundeswehr müsse der Zugriff

auf offene Ausbildungsinhalte auch mit privater IT eine Selbstverständlichkeit werden. Eine Einschätzung die auch Nawrat aus dem BMVG-Lagezentrum teilt. Wie Gey hält auch Kohl den Austausch und die Zusammenarbeit der Ausbildungseinrichtungen untereinander für wichtig, um voneinander zu profitieren: „Wenn der eine seine Fehler schon gemacht hat, dann muss der andere die nicht auch noch machen.“ Die Bundeswehr müsse sich auf ein einheitliches technisches System einigen, so der Akademiekommandeur. GIDS-Vorstand Rogg unterstreicht: „Distance learning funktioniert. Es kommt auf den schnellen Ausbau der digitalen Infrastruktur an.“ An allen Ausbildungseinrichtungen zeige sich aus Roggs Sicht derzeit eine „steile Lernkurve“.

Führen aus der Ferne. 716 Kilometer von Koblenz und 220 von Hamburg entfernt liegt an Rostocks Nord-

grenze die 5.830 Einwohner zählende große Gemeinde Sanitz. Sanitz ist Heimat der Fliegerabwehrraketengruppe (FIARakGrp) 21, die derzeit der NATO Response Forces (NRF) zugeordnet ist. Seit Anfang März ist Oberstleutnant Markus König (44) hier Kommandeur. Er trägt die Verantwortung für 700 Frauen und Männer, die sich aktuell wegen Corona im einwöchigen Schichtbetrieb abwechseln. In dieser Zeit Verantwortung zu übernehmen, „Vorbild zu sein, Vertrauen zu schaffen“, sei für ihn als militärischer Führer angesichts psychischer Belastungen und durch die räumliche Distanz zu seiner Truppe wichtiger denn je. Für ihn kommt es darauf an, dass der Teamgedanke, die Kameradschaft und tatkräftiges Anpacken auch in der Minimalpräsenzphase gelebt werden, um die Belastungen durch Corona gemeinschaftlich bewältigen zu können. „Man muss kreative und individuelle Lösungsansätze finden, um seiner

» Ruth Schmahl-Kieven, Gleichstellungsbeauftragte am Zentrum Innere Führung

„Mit der Möglichkeit des Sonderurlaubs zur Betreuung der Kinder innerhalb des öffentlichen Dienstes wird sehr flexibel auf die außergewöhnlichen Anforderungen reagiert. Nicht zu unterschätzen ist auch die Sicherheit, dass der Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst nach der Krisensituation noch vorhanden sein wird. Eine Lehre aus der Krise für zukünftige Lagen wird sein, dass die Priorität der Kinderbetreuung mehr politische Beachtung findet. Sie ist für unseren Wirtschaftsstandort Deutschland systemrelevant.“



Foto: Bundeswehr/Richard Schönbach

Stiftung, die zeigt, dass die Grenze zwischen privatem und beruflichem Leben verschwimmt. Davon berichten 50 Prozent der Befragten. Vorteile für die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit sehen Befragte, die mindestens zwei Tage pro Woche mobil arbeiten und diejenigen, die entscheiden können, ob und wann sie von zu Hause arbeiten. Die Studie bestätigt die Einschätzung von König und Backus, dass die Vereinbarkeit von Familie und Dienst deutlich mit der Akzeptanz durch die Vorgesetzten steigt.

Sicherheitspolitische Dimension.

Das Beispiel belasteter Menschen und Eltern zeigt, dass sicherheitspolitische Entwicklungen, wie eine globale Pandemie, Auswirkungen auf die Betreuung und Fürsorge als Aspekte der Inneren Führung aber auch auf die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, was wiederum die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr beeinflusst. Wie ist der Umgang mit Corona für die Bundeswehr abschließend zu bewerten? In einer global vernetzten Welt dürfte das Aufkommen einer Pandemie die Institutionen der staatlichen Sicherheitsvorsorge im Grunde nicht überraschen, zumal das Weißbuch der Bundeswehr von 2016 auf die grundsätzliche Gefahr einer Pandemie hinwies. Deutschland und die Bundeswehr haben für die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems, das eigene Ressourcenmanagement, aber auch für die Reaktionsfähigkeit in der Pandemie international viel Lob →

dienstlichen Pflicht zur Fürsorge gerecht zu werden“, erklärt König. Eine Einschätzung, die Backus aus medizinischer Sicht teilt. „Die Vorstellung, wir dünnen als Arbeitgeber aus und alles funktioniert wie bisher, ist utopisch. Nicht jeder ist gleich resilient.“ Vorgesetzte müssten auch unter der Bedingung räumlicher und teilweise sozialer Distanz immer ansprechbar sein. Individuen dürften nicht sich selbst überlassen werden. Letzteres unterstreicht Backus besonders, weil die Menschen in der heutigen Gesellschaft zunehmend die Fähigkeit verlor, sich selbst zu organisieren. Im Umgang mit

Verhaltensauffälligkeiten und psychosomatischen Belastungen, wie sie durch Isolier-, Absonderungs- oder Kasernierungsmaßnahmen vorkommen können, profitiert die Bundeswehr besonders von der Erfahrung ihrer Auslandseinsätze und von der Arbeit des psychosozialen Netzwerkes (PSN), das posttraumatisch belasteten Kameradinnen und Kameraden Hilfe anbietet.

Eltern im Stress. Lautes Geschrei und Kinderlachen klingen durch das Telefon. Stabsfeldwebel Holtz ist mit seinen Töchtern auf einem der Spielplätze in Aachen, die in Nordrhein-Westfalen seit dem 4. Mai wieder geöffnet haben. Seine Frau hat in dieser Woche die Nachmittagschicht, er war vormittags in der Dienststelle. Solange die Kitas geschlossen bleiben, erwartet Eltern, die halbtags arbeiten oder Telearbeit nutzen, eine Mehrfachbelastung. Für Ruth Schmahl-Kieven, Gleichstellungsbeauftragte am ZInFü, ist die aktuelle Lage eine Ausnahmesituation. Sie verweist auf eine Studie der Soziologin Dr. Yvonne Lott von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-

Das Engagement der Bundeswehr gegen Corona in Zahlen

Stand 09. Juni 2020

- 15.350 Reservendienstleistende haben sich gemeldet
- Von 500 Amtshilfeanträgen wurden 230 angenommen
- 364 Infizierte bei der Bundeswehr
- 700 Presseanfragen zu Covid-19
- 3.760 Liter Desinfektionsmittel hat die Bundeswehr produziert

Definition: Amtshilfe steht für die technische, personelle und logistische Hilfeleistungen ohne Eingriffsbefugnisse der Bundeswehr im Inland im Rahmen von Artikel 35.1 Grundgesetz (BMVG, April 2020).

Onlinetipp:

Ein Online-Dossier mit Stimmen und Einschätzungen der Interviewpartnerinnen und -partner zu den Auswirkungen von Covid-19 auf die Bundeswehr mit Blick auf Krisenmanagement, Führung, Digitalisierung der Ausbildung, Betreuung und Fürsorge sowie sicherheitspolitischen Aspekten finden Sie auf: www.innerefuehrung.de



Die leichten Späher des Aufklärungsbataillons 7, Feldwebel Jannis Siemer (23) und Hauptgefreiter Mats Staufenberg (21) wurden erst nach Hause geschickt, bevor sie im Covid-19-Aufnahmezentrum der Stadt Bottrop aktiv waren. Staufenberg sagt: „Für mich war das eine absolut neue Erfahrung. Wenn man mich fragen würde, ob ich das noch mal mache, sage ich definitiv ‚ja‘. Der Dienst zu Hause ist kein schlechter Dienst, erfordert Disziplin, ist auf Dauer aber sehr eintönig.“

Foto: Bundeswehr/Astrid Michelske

und diese im Sinne einer verbesserten Reaktionsfähigkeit intelligent zu vernetzen. Optimierungspotential liegt weiterhin darin, die Herstellung und Bevorratung von Medikamenten sowie Schutzausstattungen – bislang produziert in Ländern wie China und Indien – anteilig nach Deutschland zu verlagern und die Beschaffung zu flexibilisieren. Mit Blick auf die internationale Einbindung der Bundeswehr ist es für Rogg bemerkenswert, „dass Partner, wie Italien, die sich noch vor wenigen Monaten in NATO-Manövern einbringen wollten, in der Krise bei Systemkonkurrenten wie Russland und China um materielle und personelle Hilfe bitten mussten, und diese auch bekamen.“ Die

Synergieeffekte der Bündnisse und ein gesamteuropäischer Ansatz hinsichtlich des Einsatzes von Mitteln und der Lastenverteilung, wie Deutschland und Frankreich ihn Ende Mai für die EU vorschlugen, sei unabdingbar. Mit Sorge betrachtet Rogg entstehende Bruchlinien in der NATO, die er nicht zuletzt auf populistisch-nationalistische Strömungen in einzelnen Partnerländern zurückführt. Eine entscheidende Möglichkeit, dem entgegenzuwirken, sieht er im zweiten Halbjahr, wenn Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Bei welchem Kilometer sich die Bundeswehr auf der Marathondistanz im Kampf gegen Covid-19 momentan befindet, kann derzeit niemand mit Sicherheit sagen. Alle befragten Füh-

rungskräfte sind sich jedoch einig, dass die Streitkräfte dank der Auftragstaktik, einer professionellen Ausbildung gepaart mit Flexibilität, Mut und einem stark ausgeprägten Solidaritäts- und Gemeinschaftssinn als Markenzeichen der Inneren Führung auch unter den Bedingungen der Pandemie einsatzbereit und handlungsfähig sind. Der Generalinspekteur stellt fest, wie sehr sich die Führungskräftebildung unter den Bedingungen der Pandemie auszahlt. „Auftragstaktik wird gelebt, die Motivation und das Auftreten unseres Personals findet hohe Anerkennung und wird überall hochgeschätzt. Es zeigt sich, wie gut das Konzept der Inneren Führung verinnerlicht ist.“

Wilke Rohde

Jahrgang 1983, ist Bildungs- und Erziehungswissenschaftler, ehemaliger Presseoffizier und arbeitet seit Anfang 2020 als Redakteur des IF-Magazins am Zentrum Innere Führung in Koblenz.



Foto: Bundeswehr/Fabian Schier

Kurz gefasst:

Covid-19 dominiert in der ersten Jahreshälfte 2020 weltweit das Geschehen in Politik und Gesellschaft. Welche Auswirkungen hat das Corona-Virus auf die Streitkräfte? „Pandemie als Führungsaufgabe“ beschäftigt sich mit aktuellen Herausforderungen, Chancen und perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten der Bundeswehr unter besonderer Betrachtung der Auswirkungen auf das Personal und die Führungskultur in der Bundeswehr, das Krisenmanagement sowie die Ausbildung und Digitalisierung der Streitkräfte. Grundlage des Beitrags waren Hintergrundinformationen des BMVg, des KdoSanDstBw und des KdoTerrAufgBw. Außerdem haben sich 15 Interviewpartnerinnen und -partner zu den Themen geäußert.

erhalten. In der Krise haben sich Auftragstaktik, Diskussionskultur und der offene Dialog mit Parlament und Gesellschaft bewährt, resümieren alle befragten Experten. Vielen in der Bevölkerung sei plötzlich bewusst geworden, dass es keine Wehr- und Zivildienstleistende mehr gibt und wie wertvoll eine starke Reserve für die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr unter Covid-19 ist. In Anbetracht einer möglichen weiteren Erkrankungswelle rät das GIDS dazu die personelle Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr mit Blick auf Schlüsselkompetenzen weiter zu stärken. Perspektivisch geht es darum, Frühwarnsysteme weiterzuentwickeln

Energieeffizienz

Enormes Potential im europäischen Verteidigungsbereich



Foto: picture alliance / dpa-Zentralbild/dpa/Bernd Wüstneck

Die Truppen der EU-Mitglieder sind große Energieverbraucher – und ihr Potenzial für Energieeinsparungen ist bisher noch nicht erschlossen. Die Reduzierung ihres Energieverbrauchs käme nicht nur der Umwelt zugute, sondern auch den Truppen selbst, indem Kosten eingespart und ihre Resilienz erhöht würden. In vielen Bereichen der Wirtschaft, wie auch der öffentlichen Verwaltung, wird versucht, die Vorteile der Energieeffizienz zu nutzen, und im Laufe der Zeit sind beeindruckende Ergebnisse erzielt worden. Der Verteidigungssektor hinkt jedoch noch immer hinterher und könnte durch einen energieeffizienten Ansatz signifikante potenzielle Gewinne erzielen.

Die Bereiche Verteidigung und Energie weisen viele Gemeinsamkeiten auf, wahrscheinlich wesentlich mehr als uns bewusst ist. Es gibt unterschiedliche Aspekte, die es näher zu betrachten lohnt. Die Streitkräfte sind ein großer Energieverbraucher. Einer kürzlich von der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) durchgeführten Erhebung

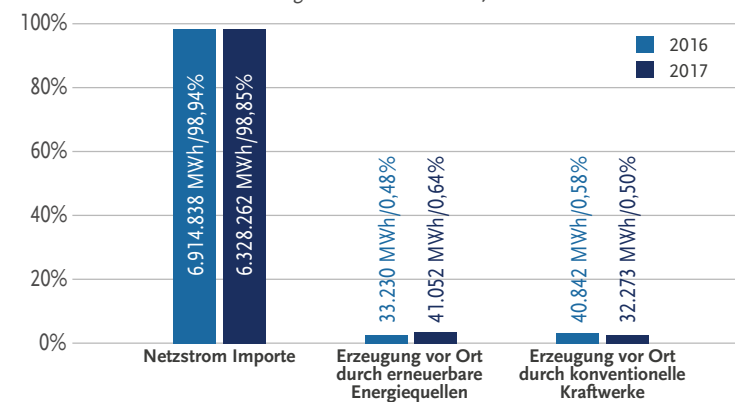
zufolge, lag der gesamte Energieverbrauch der 22 Mitgliedsstaaten im Verteidigungsbereich im Jahr 2016 bei 41,339 Gigawattstunden (GWh) und im Jahr 2017 bei 40,266 GWh. Das ist mehr als der Energieverbrauch von Lettland insgesamt. Ein weiterer interessanter Vergleich: Das US-Verteidigungsministerium ist der größte einzelne Energieverbraucher der Welt.

▲ Der Kampfpanzer Leopard der Bundeswehr ist kein sparsames Fahrzeug: Der Leopard verbraucht im Gelände 530 l Kraftstoff auf 100 km und auf der Straße 340 l auf 100 km.

Energieeffizienz ist Verteidigungseffizienz. Es macht Sinn, sich die Wechselwirkung zwischen Verteidigung und Energie genauer anzusehen. Denn, energieeffiziente Streitkräfte sind effektiver und resilienter. Es liegt auf der Hand, dass energieeffiziente militärische Fahrzeuge, Luftfahrzeuge oder Schiffe eine größere Einsatzreichweite erreichen →

Stromverbrauch von 22 EU-Mitgliedern im Verteidigungsbereich

Stromverbrauch und -mischungen für 2016 und 2017



Stromverbrauch für 2016 und 2017

	2016 (MWh)	2017 (MWh)	△ (2017-2016) (MWh)	(%)
Gesamtstromverbrauch der Streitkräfte von 22 MS	6.988.910	6.401.587	-587.323	-8,40

Der Gesamtstromverbrauch war 2017 um 8,40% niedriger als 2016

1. Es gelten die Bedingungen für die Energiedaten von AT (keine Daten zu Kraftstoffen für den Verkehr für 2016), EL (keine Daten zu Kraftstoffen für den Verkehr für 2016 und 2017), ES (Daten für die Heizung enthalten kein Erdgas), IT (keine Daten) Zu den Kraftstoffen für den Transport in den Jahren 2016 und 2017 werden Daten zur Heizung bestätigt, daher nicht in die Berechnungen einbezogen die Berechnungen).

Grafik: European Defence Agency, Defence Energy Data 2016 & 2017 factsheet/Bundeswehr/Daniela Hebbel

und die Versorgungskette nicht so stark belasten. Diese Auffassung ist nicht neu. Napoleon Bonaparte wird die Aussage zugeschrieben: "Die Amateure diskutieren Taktik - die Profis sprechen über Logistik". Dieses Zitat bezieht sich auf Truppen im Einsatz. Feldlager müssen regelmäßig versorgt werden, was zu den schwierigsten Aufgaben gehört. Die USA haben diese Lektion auf schmerzliche Art lernen müssen: Eine unverhältnismäßig hohe Anzahl an Verlusten sowohl im Irak als auch in Afghanistan ist auf Angriffe auf Konvois zurückzuführen, die Kraftstoff und Wasser zu den Frontverbänden transportierten. Folglich haben die US-Streitkräfte wesentlich früher als ihre europäischen Partner begonnen, Programme für die nachhaltige Energienutzung zu entwickeln. Daher sind sie heute in diesem Bereich wesentlich weiter. Die Europäer holen zwar auf. Die

USA sind aber auch weniger zurückhaltend, ihre Energiedaten offen zu legen (Siehe https://www.acq.osd.mil/eie/OE/OE_index.html).

Resilienz durch Energieunabhängigkeit. Ein weiterer Vorteil von Energieeffizienz zeigt sich, wenn die Streitkräfte zur Unterstützung bei Naturkatastrophen eingesetzt werden. In diesen Fällen sollten sie in der Lage sein, vollständig autonom zu agieren, um die Nutzung lokaler Ressourcen so gering wie möglich zu halten, da diese im Katastrophenfall naturgemäß knapp sind. Diese Überlegungen sind auch für Truppen im Grundbetrieb am Heimatstandort relevant. Sie müssen voll einsatzfähig bleiben, selbst wenn die zivile Energieversorgung aufgrund eines Konflikts oder einer Naturkatastrophe nicht gewährleistet werden kann. Zu diesem Zweck sind Militärstützpunkte

in der Regel mit Dieselgeneratoren ausgestattet, mit Hilfe derer die Stromversorgung am Laufen gehalten werden kann, selbst wenn das nationale Stromnetz ausgefallen ist. Diese Lösung ist praktisch und effektiv, stößt jedoch an ihre Grenzen, da sie nur so lange funktionieren kann, wie die Kraftstoffvorräte ausreichen. In der Regel reichen die Kraftstoffvorräte nur für ein paar Wochen, und wenn diese aufgebraucht sind, ist der Stützpunkt nicht mehr einsatzfähig. Durch eine Reduzierung des Verbrauchs und eine Ergänzung der Dieselgeneratoren durch erneuerbare Energiequellen könnte die Einsatzfähigkeit verlängert werden. Die USA sind gegenwärtig bei der Umsetzung dieses Ansatzes etwas weiter als Europa.

Energieeffizienz als geopolitische Dimension. Schließlich gibt es noch einen dritten, indirekten Aspekt, weshalb es sich lohnt, über den Zusammenhang zwischen Verteidigung und Energie nachzudenken. Vor mehr als einem Jahrhundert traf Winston Churchill, damals First Lord of the Admiralty, die historische Entscheidung, von Kohle auf Erdöl als primäre Treibstoffquelle der Royal Navy umzustellen. Erdöl hatte viele Vorteile: Es hatte einen doppelt so hohen Energiewert wie Kohle, sodass die Kessel kleiner ausfallen und die Schiffe doppelt so weit fahren konnten. Zudem waren höhere Geschwindigkeiten möglich und bei der Verbrennung von Erdöl entstand nicht so viel Rauch. Die Flotte wurde folglich nicht so schnell bemerkt. Dieser umfangreiche technologische Umbau hatte jedoch einen entscheidenden Nachteil: Kohle wurde in England abgebaut, während Erdöl importiert werden musste (die Erdölfelder in der Nordsee waren noch nicht entdeckt worden). Kohle ist in den meisten Ländern verfügbar, während Erdöl nur

in bestimmten Teilen der Erde vorkommt. Mit dem Einzug von Flug- und Fahrzeugen ins Militär wurde diese Entwicklung stark beschleunigt. Vor mehr als einem Jahrhundert entwickelte sich daher eine neue Energiegeopolitik und das Militär wurde vom Erdöl abhängig. Man kann konstatieren, dass die Kriege des 20. Jahrhunderts in gewissem Maße durch die Verfügbarkeit von Erdöl entschieden wurden und dass Erdöl zumindest mitursächlich für die meisten späteren Konflikte war. Der Zusammenbruch der UdSSR erfolgte nach einem langen Zeitraum mit niedrigen Ölpreisen, wodurch sie ihre harte Währung einbüßte. Seit Jahrzehnten ist die MENA-Region (Nahost und Nordafrika) eine Quelle der Instabilität. Es ist kein Zufall, dass es sich um die Region mit den meisten bekannten Erdölreserven handelt. In den 1970er Jahren übernahm die OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) erfolgreich die Kontrolle über den Weltölmarkt und erhöhte dramatisch die Preise. Dies erzeugte zusammen mit einem ständig wachsenden Verbrauch einen gewaltigen Geldfluss von den Verbraucher-/Importländern zu den Erzeuger-/Exportländern. Während Teile dieser Einnahmen dazu verwendet wurden, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und andere, um den extravaganten Luxus der herrschenden Klassen zu finanzieren, wurde ein erheblicher Teil für den Kauf von Waffen und die Rekrutierung von Armeen ausgegeben. Einige Wissenschaftler sind davon überzeugt, dass der massive Finanzfluss in den Erzeugerländern die Entwicklung von Demokratie verhindert hätte. Dies wird auch als „Rohstofffluch“ (resource curse) bezeichnet.

European Green Deal - die Energieperspektive Europas. Das 21. Jahrhundert brachte einige Verän-



Foto: imago images/StockTrek Images/John Parrot

Napoleon Bonaparte zu Pferde im Jahre 1814.
Original von Jean-Louis Ernest Meissonier

derungen. In Nicht-OPEC-Ländern wurde mehr Öl entdeckt, und in letzter Zeit haben neue Technologien den USA die Erschließung von Erdölvorkommen ermöglicht, die vorher nicht gewinnbringend gefördert werden konnten. Somit sind die USA jetzt ein Netto-Ölexporteur. Ihr nach wie vor sehr großer Energiebedarf wird nun von der eigenen Produktion gedeckt, was zu einem bedeutenden Preisverfall geführt hat. Die geologischen Bedingungen in Europa lassen eine vergleichbare Zunahme der Kohlenwasserstoffgewinnung nicht erwarten, zumal die EU-Politik eindeutig die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen zu

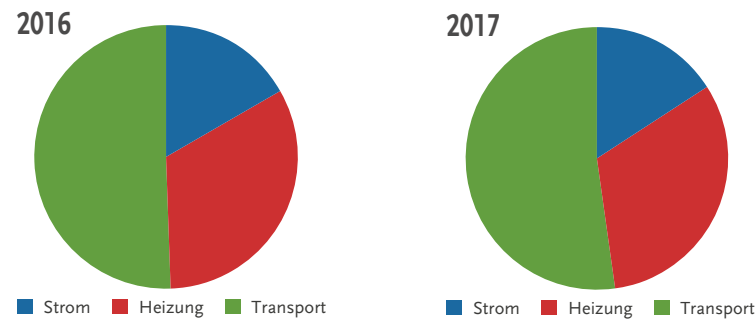
reduzieren versucht, wie es auch der *European Green Deal* beweist, der im Dezember 2019 von der Europäischen Kommission vorgestellt wurde. Der Sicherheits- und Verteidigungssektor kann im Verhältnis zu seinem großen Energieverbrauch beim Umbau auf nachhaltige Energieresourcen eine wichtige Rolle einnehmen, darüber hinaus hat er das Potential, für den gesamten öffentlichen Bereich eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Da die Entwicklungen im Energiebereich das strategische Umfeld des 21. Jahrhunderts beeinflussen werden, ist es zudem von entscheidender Bedeutung, dass der →

Verteidigungssektor ein umfassendes Verständnis davon erlangt.

Die Zukunft: Das Konsultationsforum für Nachhaltige Energie im Bereich der Verteidigung und Sicherheit. 2015 rief die Kommission auf Ersuchen des Rates der Europäischen Union das Konsultationsforum für Nachhaltige Energie im Bereich der Verteidigung und Sicherheit (*Consultation Forum for Sustainable Energy in the Defence and Security Sector - CF SEDSS*) ins Leben, um Synergieeffekte bei der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie in den Streitkräften besser zu nutzen. Die beiden ersten Phasen der Beratungen im Konsultationsforum SEDSS dauerten von Oktober 2015 bis Oktober 2017 bzw. von Oktober 2017 bis August 2019. Die dritte Phase, die am 1. Oktober 2019 begonnen hat, wird vier Jahre dauern.

Verteilung Energieverbrauch

Verteidigungsbereich von 22 EU-Mitgliedern



Grafik: European Defence Agency, Defence Energy Data 2016 & 2017 factsheet/Bundeswehr/Daniela Hebbel

Eine Plenarsitzung ist im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft für Ende Oktober 2020 in Berlin geplant. In dem Konsultationsforum, das aus dem EU-Förderprogramm *Horizon 2020* für Forschung und Innovation finanziert wird, kommen Experten aus den Verteidigungsministerien der 27 Mitgliedsstaaten plus der Schweiz, Norwegens und Serbiens zusammen.

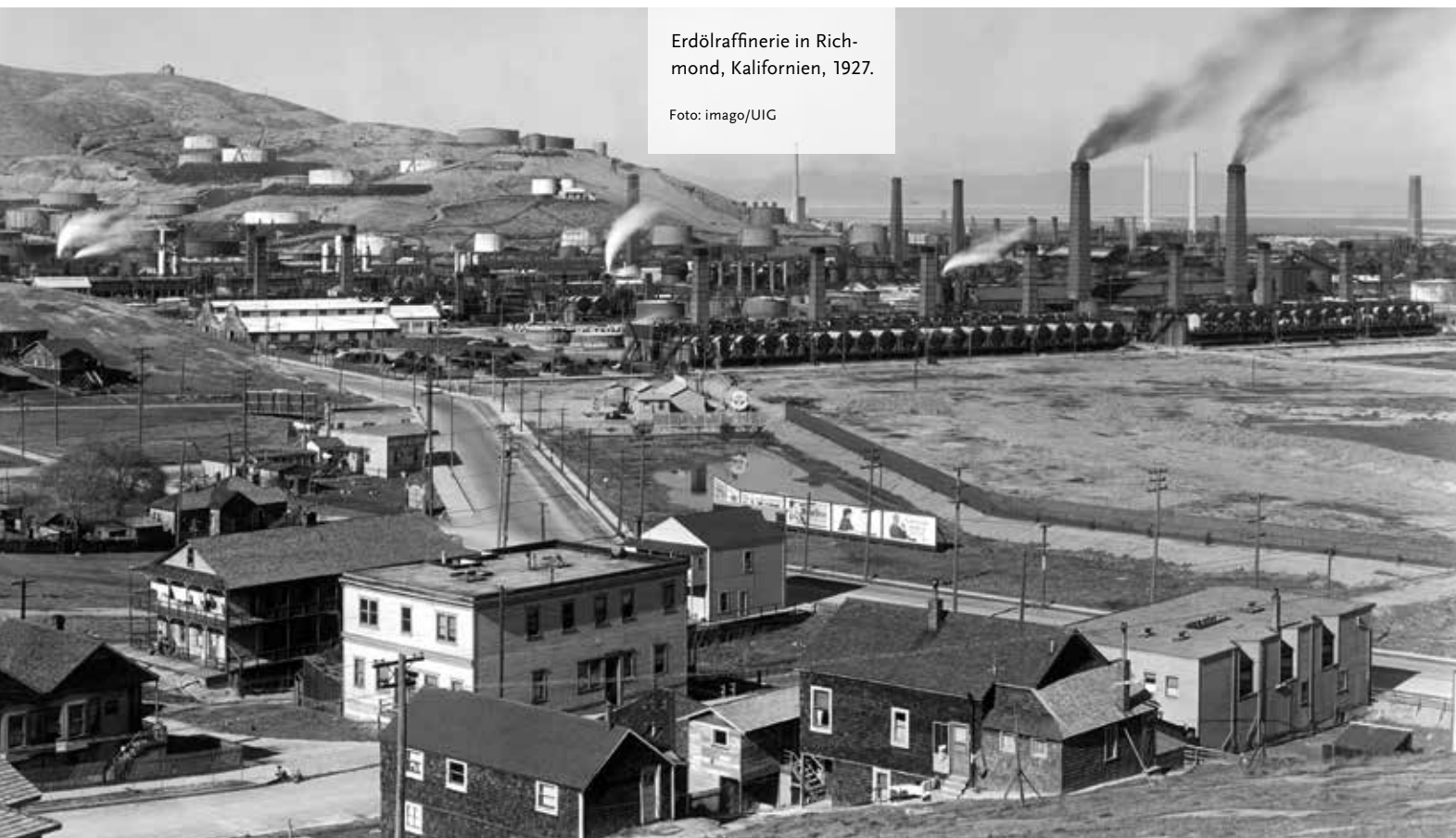
Inspiziert von den allgemeinen Erfahrungen mit abgestimmten Verfahren, zielt das CF SEDSS darauf ab, den Bereich Verteidigung und Sicherheit vollständig in die EU-Energiegesetzgebung einzubeziehen, um den Herausforderungen zu begegnen und Chancen bestmöglich zu nutzen. Auf den ersten Treffen des Konsultationsforums stellte sich heraus,

dass die Mitgliedsstaaten sehr unterschiedliche Ansätze verfolgten: Einige hatten bereits eine nachhaltige Energiepolitik auf nationaler Ebene umgesetzt, mitunter auch sehr wirkungsvoll, während andere diesen Aspekt in der Verteidigungspolitik noch nicht bedacht hatten. In den vergangenen Jahren der ersten beiden Phasen haben sich die Experten über bewährte Verfahren ausgetauscht, mit der EU-Energiegesetzgebung vertraut gemacht, über die fortschrittlichsten Lösungen aus der Industrie und Wissenschaft informiert, ihre Kenntnisse über verfügbare Finanzmittel oder Finanzierungsinstrumente erweitert und sich darüber zu einer engen Gemeinschaft verbunden.

Liegenschaften mit Potential. Militärbauwerke stellen das größte Potenzial für Energieeffizienz und erneu-

erbare Energie dar, da beides dort oft vernachlässigt wurde, obwohl die für den zivilen Sektor entwickelten Technologien gerade in den Liegenschaften effektiv genutzt werden können. Während gemäß der Bestimmungen von *Horizon 2020* die meisten militärspezifischen Gebäude nicht in die Zuständigkeit des CF SEDSS fallen, ist der größte Teil von ihnen, wie Kasernen, Büros, Krankenhäuser, Akademien und Wohneinrichtungen, in energietechnischer Hinsicht funktional mit zivilen Gebäuden identisch und kann entsprechend ebenso modernisiert werden. Vattenfall stellt beispielsweise zurzeit die Wärmeversorgung der Franz-Josef-Strauß-Kaserne in Albstadt am Main auf Biogas um, wodurch eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um insgesamt etwa 3.000 Tonnen pro Jahr im Vergleich zu den aktuellen Werten mit Kohle erwartet wird.

Der Verteidigungssektor besitzt auch große Landflächen. Einige davon könnten für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien genutzt werden. Die französische Regierung plant gegenwärtig, auf 2.000 Hektar militärischer Liegenschaften Solaranlagen zu installieren. Andere Arten von Installationen zur Erzeugung erneuerbarer Energien wie beispielsweise Windkraftanlagen können durch Interferenzen mit Radarsystemen mit Schwierigkeiten verbunden sein, wobei auch diese Herausforderungen überwindbar sein dürften. Die Experten haben darüber hinaus Richtlinien erstellt und fünfzehn Projektideen für die Zukunft erarbeitet. Das bemerkenswerte Fachwissen der Experten, ermöglichte ebenfalls die Beschäftigung mit rechtlichen, administrativen, regulatorischen Fragen. Maßnahmen zur



Erdölraffinerie in Richmond, Kalifornien, 1927.

Foto: imago/UiG



Das ist eine Biogasanlage zur Energieerzeugung in Form von Gas. Das Gas wird im Generator in Strom umgewandelt. Eine Biogasanlage erzeugt auch in der Franz-Josef-Strauß Kaserne in Albstadt den Strom.

Fotos: imago images/Countrypixel/ Fritz Rupenkamp

Energieeffizienz machen erhebliche Vorabinvestitionen notwendig, wobei die angestrebten Einsparungen erst in den Folgejahren zu verzeichnen sind, so dass der Ausgleich der anfänglichen Ausgaben erst Jahre später möglich wird: In vielen Ländern lassen die Haushaltsregeln einen solchen Ausgleich jedoch nicht zu, weil die Energiekosten als Betriebsausgaben (operational expenditure), die Investitionen hingegen als Investitionsausgaben (capital expenditure) angesehen werden. Bei Strom aus erneuerbaren Quellen ist es Militärverwaltungen zudem häufig nicht gestattet, überschüssigen Strom, der auf Flächen oder in Gebäuden erzeugt wurde, die ihrer Kontrolle unterliegen, auf dem freien Markt zu verkaufen. Trotzdem gibt es einige wenige erfolgreiche Beispiele: Ein solches ist die Installation von Solaranlagen für das Militärkrankenhaus Kaduna durch Daystar Power, ein

gemeinsames Projekt der Bundeswehr und der Nigerianischen Armee, das gemeinsam mit der KfW ermöglicht wurde.

Herausforderungen und Chancen durch Energieeffizienz. Die Experten haben darauf hingewiesen, dass die Kommunikation zwischen dem Verteidigungsbereich und den für die Energie zuständigen öffentlichen Verwaltungen zuweilen problematisch ist, zumal es den Finanzinstituten der einzelnen Länder bisher nicht gelungen ist, auf die Bedürfnisse des Militärs zugeschnittene wirksame Instrumente zu entwickeln. Das sind die wichtigsten strukturellen Herausforderungen für die nächsten Jahre, an denen die Kommission mit den EU-Mitgliedsstaaten arbeiten wird, um ein besseres Verständnis und eine bessere Koordinierung zwischen den verschiedenen Zweigen der öffent-

lichen Verwaltungen sowie mit den öffentlichen und privaten Finanzinstitutionen zu erreichen. Der Ansatz des CF SEDSS bringt vielfältige Vorteile. Erstens erhöht die Energieeffizienz und ein größerer Anteil erneuerbarer Energien die Resilienz der Streitkräfte im Grundbetrieb sowie im Einsatz. Zweitens wären erhebliche Einsparungen bei den Energiekosten möglich - ein äußerst wichtiges Interesse in Zeiten knapper Haushalte. Drittens können die Streitkräfte einen entscheidenden Beitrag zu einem wichtigen nationalen Ziel leisten. ■

Ditte Juul Joergensen

Jahrgang 1966, Generaldirektorin für Energie der Europäischen Kommission (DG ENER), vorher Kabinettschefin der Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager und Direktorin für WTO und rechtliche Angelegenheiten (DG TRADE).



Massimo Maraziti

Jahrgang 1958, Politischer Referent Generaldirektion Energie (DG ENER) der Europäischen Kommission.



Kurz gefasst:

Die EU-Kommission hat 2015 das Konsultationsforum für Nachhaltige Energie im Bereich der Verteidigung und Sicherheit (CF SEDSS) ins Leben gerufen, um in den Streitkräften Synergieeffekte bei der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energie besser zu nutzen. Die Truppen der EU-Mitglieder verbrauchen zusammen so viel Energie wie Lettland insgesamt. Ihr Potenzial für Energieeinsparungen sollte erschlossen werden, da es der Umwelt zugutekäme, gleichzeitig enorme Kosten einsparen und die Resilienz der Truppen erhöhen würde.

Fotos von oben nach unten: EU/Jennifer Jacquemart, privat

Foto: Daystar Power



Die Corona-Krise in Israel

Chance für einen Interessenausgleich mit den Palästinensern?



Die Corona-Krise traf Israel weniger hart als Deutschland, dessen Bevölkerung neun Mal größer ist. Anfang Mai registrierten die Behörden in Israel 230 Tote und 16.000 Infizierte. Diese vergleichsweise niedrigen Zahlen des jüdischen Staates sind auch eine Folge der Kooperationen zwischen Israelis und Palästinensern. Diese Zusammenarbeit könnte neue Perspektiven für die Zeit nach der Pandemie eröffnen.

Am 27. Februar 2020 wurde in Israel die erste Infektion mit dem Virus SARS-CoV-2 registriert. Die israelischen Behörden reagierten schnell und verhängten unverzüglich Einreiseverbote für Reisende aus Italien, woher der erste Infizierte kam, und später auch für Menschen aus China. Angesichts steigender Zahlen durch heimkehrende Israelis mussten sich ab dem 8. März alle

Einreisenden in Quarantäne begeben. Am 18. März wurde die Einreise für Touristen generell verboten. Nun galt es, die Ansteckungen im Inland zu verlangsamen. Laut Gesundheitsministerium steckten sich 15 Prozent der Israelis an öffentlichen Plätzen an, vor allem in Restaurants, Supermärkten und Geschäften. Bereits Anfang April führte Israel daher eine Mundschutzpflicht für alle öffent-

▲ Märkte und Einkaufszentren haben in ganz Israel wieder geöffnet, nachdem sie vorübergehend für mehr als einen Monat geschlossen wurden, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern, das die COVID-19-Krankheit verursacht.

lichen Plätze ein, drei Wochen vor Deutschland, wo die Pflicht, Mundschutz zu tragen, nur beim Einkauf und im Nahverkehr gilt. Wenige Tage vor Deutschland führte Israel auch ein umfassendes Kontaktverbot ein und schränkte die Bewegungsfreiheit auf 100 Meter rund um die Wohnung ein. Diese Restriktion wurde von der Polizei überwacht und wegen fallender

Infektionszahlen bereits Anfang Mai aufgehoben.

Inkonsequenz der religiösen Eliten.

Heftige Kritik löste der ehemalige Gesundheitsminister Yaakov Litzman, ein orthodoxer Jude, aus. Lange verhinderte er die Schließung von Synagogen seiner Gemeinschaft. Auf einer Pressekonferenz sagte er Mitte März, Gott allein Sorge dafür, dass kein Jude an Covid-19 gestorben sei und zeigte sich zuversichtlich, dass der Messias bis zum Pessach-Fest (8. April) erscheinen und Israel erlösen würde. Anfang April verstieß er gegen die Regeln seines eigenen Ministeriums und betete mit Besuchern zu Hause in einer Gruppe. Am gleichen Tag wurde der 71-Jährige positiv getestet. Daraufhin mussten auch Premierminister Benjamin Netanjahu und die

Führung des Gesundheitsministeriums in die Quarantäne. Die Corona-Krise beeinträchtigte die zeremonielle Mahlzeit zu Beginn des Pessach-Festes, das höchste religiöse Fest, das fast alle jüdischen Israelis im großen Familienkreis feiern. Kritik lösten dabei Premierminister Benjamin Netanjahu und Staatspräsident Reuven Rivlin aus, die die offiziellen Anweisungen missachteten. Der Premier hatte noch kurz vor Pessach die Israelis dazu aufgerufen, den Abend nur mit der engsten Familie zu feiern. Zum festlichen Abendmahl lud er selbst dennoch seinen älteren Sohn und dessen Freundin ein, die im Haus gegenüber wohnen. Der Präsident lud seine Tochter und ihre Familie ein, wofür er sich immerhin entschuldigte. Religiöse Juden trugen überproportional zur Ausbreitung der Pandemie

bei. 24 Prozent der Israelis wurden in einer Synagoge angesteckt, fünf Prozent in einer jüdischen Religionsschule und ein Prozent in einem Ritualbad. Zur Ausbreitung trug auch das Purimfest Anfang März bei, das durch Geschenksendungen an Verwandte und festliche Mahlzeiten, zu denen die Gläubigen aus religiösen Gründen viel Wein trinken, gefeiert wird. Wegen des politischen Einflusses der Orthodoxen schränkte die Regierung das religiöse jüdische Leben erst am 25. März ein, zwei Wochen nach der Schließung aller Bildungseinrichtungen und Vergnügungstätten und zehn Tage nach der Schließung von Moscheen und Kirchen. Jüdische Gebete in Gruppen von zehn Männern waren dennoch an der Klagemauer in Jerusalem und im Grab der Patriarchen in Hebron gestattet, die als heilige Orte gelten.

Als 300 orthodoxe Männer gesetzeswidrig an der Beerdigung eines berühmten Rabbiners in der orthodoxen Stadt Bnei Brak bei Tel Aviv teilnahmen, griff die Polizei nicht ein. Die 200.000 Einwohner-Stadt Bnei Brak wurde rasch zum Hotspot der Seuche. Die Zahl der Infizierten liegt dort achtmal höher als im säkularen Tel Aviv mit 435.000 Einwohnern. Die meisten Orthodoxen leben in kinderreichen Familien und in kleinen Wohnungen gemeinsam mit den Großeltern. Viele von ihnen boykottieren die säkularen Medien und folgen allein ihren Rabbinern, die anfangs die Schließung von Religionsschulen offiziell ablehnten. Aufgrund der schnellen Ausbreitung wurde die Stadt für zwei Wochen abgeriegelt. Dafür wurden etwa 700 Soldaten des Heimatfront-Kommandos in der Stadt stationiert.

Sie halfen bei der Durchführung von Corona-Tests, brachten ältere Bewohner in Hotels außerhalb der Stadt und verteilten Lebensmittel und Medikamente in Altersheimen. Für ihre Arbeit wurden sie mit Übersetzungskarten jiddischer Wendungen ausgestattet, damit sie sich mit den frommen Juden unterhalten können. Manche Israelis reagierten mit Genugtuung darauf, dass nun ausgerechnet die Orthodoxen, die den Militärdienst ablehnen, auf Hilfe der Streitkräfte angewiesen sind. Andere kritisierten, dass die Soldaten die Sprache der Diaspora-Juden, Jiddisch, lernen mussten und nicht die Orthodoxen die Amtssprache Hebräisch. Weitere 18.000 Soldaten halfen in anderen Gemeinden zum Beispiel in Altersheimen oder bei der Verteilung von Lebensmitteln. Hunderte unter-

stützten die Polizei bei der Kontrolle an Absperrungen, bei den Anspresstellen des Roten Davidstern und bei der Betreuung der Kinder von Ärzten und Pflegepersonal. Bis Anfang Mai erkrankten 217 Soldaten leicht, weitere 800 Soldaten wurden als Risikogruppe isoliert, weil sie zum Beispiel an Asthma, Herzkrankheiten oder Diabetes leiden. Als eine Schutzmaßnahme wurden alle Kantinen in militärischen Liegenschaften geschlossen, das Essen individuell in den Unterkünften der Soldaten verteilt. Weil Israel die Ausbreitung des Virus frühzeitig bremsen konnte, folgte auch die Lockerung der Restriktionen teilweise schneller als in Deutschland. Am 7. Mai wurden die Einkaufszentren und die Fitnessstudios wieder geöffnet, am 10. Mai die Kindergärten und ➔

Palästinensische Muslime versammeln sich am 20. März 2020 um ihre Freitagsgebete vor den verschlossenen Türen der Al-Aqsa-Moschee in der Altstadt Jerusalems zu verrichten. Die Geistlichen hatten die Türen der Moschee und des Felsendoms geschlossen, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen.

Foto: Getty Images/Ahmad Gharabli



Israelische Polizisten mit Gesichtsmasken und Handschuhen am Eingang zum Damaskustor in Jerusalems Altstadt. Am 20. März 2020 hatte Israel nach der Ausbreitung der Coronavirus-Krankheit (COVID19) eine nationale Richtlinie für den Aufenthalt zu Hause verschärft.

Foto: REUTERS/Ammar Awad





Foto: Getty Images/AFP/Jack Guez

▲ Das israelische Ärzteteam des Sheba Medical Center in Tel HaShomer schwenkt Nationalflaggen, zum Überflug der israelischen Luftwaffe (IAF) über das Krankenhaus während der Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag Israels (Yom Ha'atzmaut) am 29. April 2020.

Ende Mai die Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen. Seit dem 31. Mai dürfen Muslime wieder auf dem Tempelberg in Jerusalem beten, aber nur auf dem Plateau vor den Moscheen (in Gruppen von jeweils 50 Männern) und nicht in den Moscheen selbst.

Gemeinsamer Feind erlaubt Kooperation. Die Pandemie führte dazu, dass sich Israelis und Palästinenser einander angenähert haben. Die traditionelle israelisch-palästinensische Feier zum Gedenken an die Opfer des Konflikts zog in den letzten Jahren Tausende an. Ende April wurde sie digital übertragen. Rund 170.000 Menschen aus aller Welt schauten sich die Zeremonie an, die gleichzeitig auf Hebräisch und Arabisch aus den Studios in Tel Aviv und Ramallah übertragen wurde und dieses Mal ohne Stö-

rungen rechtsgerichteter Gegner verlief. Ein positives Beispiel gab am Vorabend des Unabhängigkeitstags Ende April Jerusalems Bürgermeister Moshe Lion. Er bat die Luftwaffe, die Route der Kunstflugstaffel zu Ehren des medizinischen Personals zu ändern, um auch das St. Joseph Krankenhaus zu ehren. Die israelische Staffel überflog somit auch das einzige palästinensische Krankenhaus in Ostjerusalem, das eine Corona-Abteilung betreibt. Vier Ausbildungsflugzeuge der israelischen Luftwaffe flogen über alle Krankenhäuser im Lande und zeichneten Herzen in die Luft. Diesmal nahmen keine Kampfflugzeuge oder Hubschrauber daran teil, um Kosten zu sparen. Die Israelis wurden aufgefordert, das Spektakel von Zuhause aus dem Fenster oder in den Medien zu verfolgen. "Dies war

ein historischer Flug", kommentierte Lion. Im katholischen Krankenhaus und unter der palästinensischen Bevölkerung Ostjerusalems wurde die Geste positiv aufgenommen. "Zum ersten Mal werden wir anerkannt und das macht uns stolz", sagte Klinikdirektor Jamil Kusa, ein Palästinenser. „Ich wünschte, jedes Jahr wäre Corona.“ Die Geste des rechtsgerichteten Bürgermeisters war eine Reaktion auf den Einsatz der palästinensischen Zivilgesellschaft in Ostjerusalem. 81 palästinensische NGOs gründeten das „Jerusalem Bündnis“, um die palästinensische Bevölkerung für die Pandemie zu sensibilisieren und sie zu versorgen. Die drei palästinensischen Krankenhäuser in Ostjerusalem sind tief verschuldet. Der Mangel an Beatmungsgeräten ist besonders groß. Das Bündnis betreibt Aufklärungsarbeit und



Foto: Getty Images/Menahem Kahana

▲ Ein am 21. April 2020 aufgenommenes Foto zeigt die israelische Sanitäterin Tali Marino (31), die während der COVID-19-Pandemie in der israelischen Stadt Kiryat Ono in der Nähe von Tel Aviv für den Rettungsdienst arbeitet. Marino arbeitet im Probenahmeservice und ist seit 17 Jahren für Magen David Adom (MADA) tätig.

organisiert Desinfizierungsaktionen, isoliert die Infizierten und vermittelt Unterkünfte an palästinensische Mediziner aus dem Westjordanland, die wegen der Abriegelung nicht zurückkehren können. Valid Namour, Direktor des Auguste-Victoria-Krankenhauses: „Palästinenser und Israelis haben einen gemeinsamen Feind: das Coronavirus“. Vor dem Ramadan traf sich daher Bürgermeister Lion mit palästinensischen Krankenhausdirektoren und warnte anschließend das israelische Gesundheitsministerium vor einer möglichen Katastrophe. Als Reaktion stellte das Ministerium den Palästinensern Schutzausrüstung zur Verfügung und der israelische Rote Davidstern bildete Kollegen vom Roten Halbmond in der Durchführung von Corona-Tests aus. Dennoch wird diese Kooperation vom Konflikt um Jerusalem über-

schattet. Israel annektierte 1980 die palästinensischen Stadtteile, betrachtet ganz Jerusalem als die vereinte Hauptstadt und verhindert dortige Aktivitäten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Mitte April schloss das Militär deswegen eine neue Klinik im palästinensischen Stadtteil Silwan, in welcher Corona-Tests durchgeführt wurden, weil die medizinischen Geräte vom palästinensischen Gesundheitsministerium zur Verfügung gestellt worden waren. Vier Mitarbeiter wurden sogar festgenommen. Kurz zuvor waren auch zwei palästinensische Politiker, die in Jerusalem Informationsmaterial über die Corona-Pandemie verteilt hatten, inhaftiert worden.

Unerfüllte Versprechungen an palästinensische Arbeiter. Die Pandemie belastet die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und

der Palästinenserbehörde, die weite Teile des Westjordanlandes verwaltet. Die PA steckt in einer tiefen finanziellen Krise, auch weil US-Präsident Donald Trump 2018 die finanzielle Unterstützung der USA für die Autonomiebehörde kürzte. Dennoch erwies sie sich als sehr effizient im Kampf gegen das Virus. Anfang Mai zählte die palästinensische Gesundheitsministerin Mai Alkailah 390 Infizierte im Westjordanland (132 in Ostjerusalem) und zwei Todesfälle. Die Zahl der Infizierten ist um 93 Prozent niedriger als in Israel. Alkailah teilte mit, dass 75 Prozent der Infizierten in Israel arbeiteten oder von Israel-Arbeitern angesteckt worden seien. Nach Ausbruch der Corona-Krise riegelte Israel die Palästinensergebiete ab, half aber der PA im Kampf gegen das Virus. Nachdem am 5. März die ersten palästin-

sischen Infizierten in Bethlehem identifiziert wurden, teilte das israelische Militär sein medizinisches Wissen und die bisherigen Erfahrungen mit der PA, so dass diese die Stadt abriegeln und die Erkrankten isolieren und behandeln konnte. Ganz uneigennützig war dies nicht: Bethlehem grenzt an Jerusalem und die Krankheit gefährdete auch die israelischen Grenzschrützer. Parallel schloss die PA alle Schulen und Universitäten und errichtete örtliche Freiwilligenkomitees, die eng mit den Behörden kooperierten. Die palästinensischen Sicherheitsdienste errichteten Kontrollposten im Westjordanland, um die Corona-Ausbreitung einzudämmen. Aus wirtschaftlichen Gründen schloss Israel Mitte März eine historische Vereinbarung mit der PA. Danach durften registrierte palästinensische Arbeiter aus dem Westjordanland einreisen, wenn sie nicht täglich nach Hause zurückkehrten, sondern in Israel übernachteten. Wer einmal zurückkehrte, durfte nicht mehr einreisen. Die israelischen Arbeitgeber mussten ihren palästinensischen Arbeitern eine angemessene Unterkunft, sanitäre Einrichtungen, erste Hilfe garantieren und ihre Arbeiter kontrollieren, indem sie deren Personalausweise treuhänderisch einbehalten. Die PA ihrerseits erlaubte die Ausreise, wenn Israel angemessene Unterkünfte und medizinische Versorgung für eventuell Erkrankte garantierte. Daraufhin zogen 47.000 der insgesamt 140.000 registrierten Palästinenser vorläufig nach Israel um.

Allerdings sah die Realität anders aus: Viele palästinensische Arbeiter mussten auf Baustellen, in Parks, Fabriken oder Gewächshäusern übernachten. Israel kontrollierte weder ihre Wohnbedingungen noch die Arbeitgeber, die die Personalausweise einkasierten. Daher klagte der israelische Menschenrechtsverein ACRI Ende April vor dem Obersten Gericht. Die Palästinenser seien in Israel medizinisch nicht versichert und die Wenigsten könnten sich eine private Absicherung in Israel leisten. Die meisten palästinensischen Arbeiter, die in Israel obdachlos blieben, kehrten Ende März nach Hause zurück. Angesichts der geschlossenen Grenzübergänge passierten sie den Sicherheitszaun durch längst bekannte Lücken. Früher ignorierte die PA diese illegalen Grenzübertritte, weil die Gehälter dieser Arbeiter ein Drittel der Einnahmen im Westjordanland ausmachen. Weil die zurückkehrenden Arbeiter aber auch die meisten Infektionen verursachten, setzte die PA Freiwillige aus der Grenzregion ein, damit sie zusammen mit der palästinensischen Polizei solche Grenzübertritte verhindern. Manche Aktivisten, die bis vor kurzem gegen den Zaun demonstrierten, weil er zum Teil auf palästinensischem Territorium verläuft, versuchten nun Lücken im Zaun zu flicken. Sie behaupteten, dass die israelischen Soldaten bei unkontrollierten Grenzübertritten nur zuschauen würden. Die israelische Armee dementierte diese Vorwürfe. Im Gazastreifen, wo die Bevölkerungsdichte zu den höchsten der Welt gehört, leben knapp zwei

Millionen Einwohner. Die meisten von ihnen sind arm und fast die Hälfte ist arbeitslos. Am 22. März wurden in Gaza die ersten Infizierten gemeldet, zwei Personen, die aus Pakistan zurückkehrten. Die regierende Hamas schloss daraufhin alle Moscheen und verhängten soziale Distanzierungsmaßnahmen. Ein Palästinenser wurde wegen Verstoßes gegen Quarantänemaßnahmen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Alle 2.000 Einreisenden aus Ägypten wurden für 21 Tage in eigens dafür eingerichteten provisorischen Quarantänezentren isoliert. Anfang Mai meldete das Gesundheitsministerium in Gaza keine Todesfälle und nur 17 Infizierte, die alle unter Quarantäne gestellt und inzwischen genesen sind. Die Isolation der Küstenregion hilft wohl bei der Eindämmung der Pandemie.

Corona - wohl doch keine Chance für bessere Beziehungen. Das liegt auch im Interesse Israels. Eine Ausbreitung der Pandemie dort hätte Israel, das den Küstenstreifen seit der

Machtergreifung der Hamas 2007 abriegelt, um Waffenlieferungen zu unterbinden, vor Herausforderungen gestellt. Das Gesundheitssystem in Gaza wäre bei einer Verbreitung des Virus kollabiert, weil die Kapazität der Krankenhäuser begrenzt und eine Intensivpflege kaum möglich ist. Auch deshalb lieferte Israel Mitte März 200 Corona-Testkits an das Gesundheitsministerium in Gaza. Weitere 680 Kits kamen von der WHO und dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge UNWRA. Zugleich kündigte die Hamas-Regierung in Absprache mit dem israelischen Militär die Schließung der Grenzübergänge an. Wegen der Corona-Krise verhandelte Israel seit April indirekt mit der Hamas. Israel sollte gefangene israelische Zivilisten und die Leichen von Soldaten bekommen – und dafür erhebliche medizinische Hilfe leisten. Die Corona-Krise hatte zunächst zu mehr Kooperation zwischen Israelis und Palästinensern geführt. Der „gemeinsame Feind“ COVID-19 hatte die Menschen zwischen

Mittelmeer und Jordan einander näher gebracht. Die am 17. Mai vereidigte neue Regierung regelte im Koalitionsvertrag, dass sie am 1. Juli die „Vereinbarung mit den USA bezüglich der Einführung der Souveränität“ genehmigen wird. Das Wort „Annexion“ kommt nicht vor und angesichts der heftigen internationalen Kritik ist die Entscheidung unklar. Die Ankündigung könnte die gute Kooperation mit den Palästinensern bei der Eindämmung der Pandemie wieder zunichte machen. Eine große Lieferung medizinischer Geräte von den Vereinigten Arabischen Emiraten über Israel könnte an der Grenze gestoppt werden, weil die Palästinenserbehörde die Sicherheitskooperation mit Israel wegen der Annexionspläne gestoppt hatte. Palästinensische Polizeikräfte, die mit israelischer Genehmigung gegen das Virus um Jerusalem eingesetzt worden waren, haben sich nun wieder zurück gezogen. ■



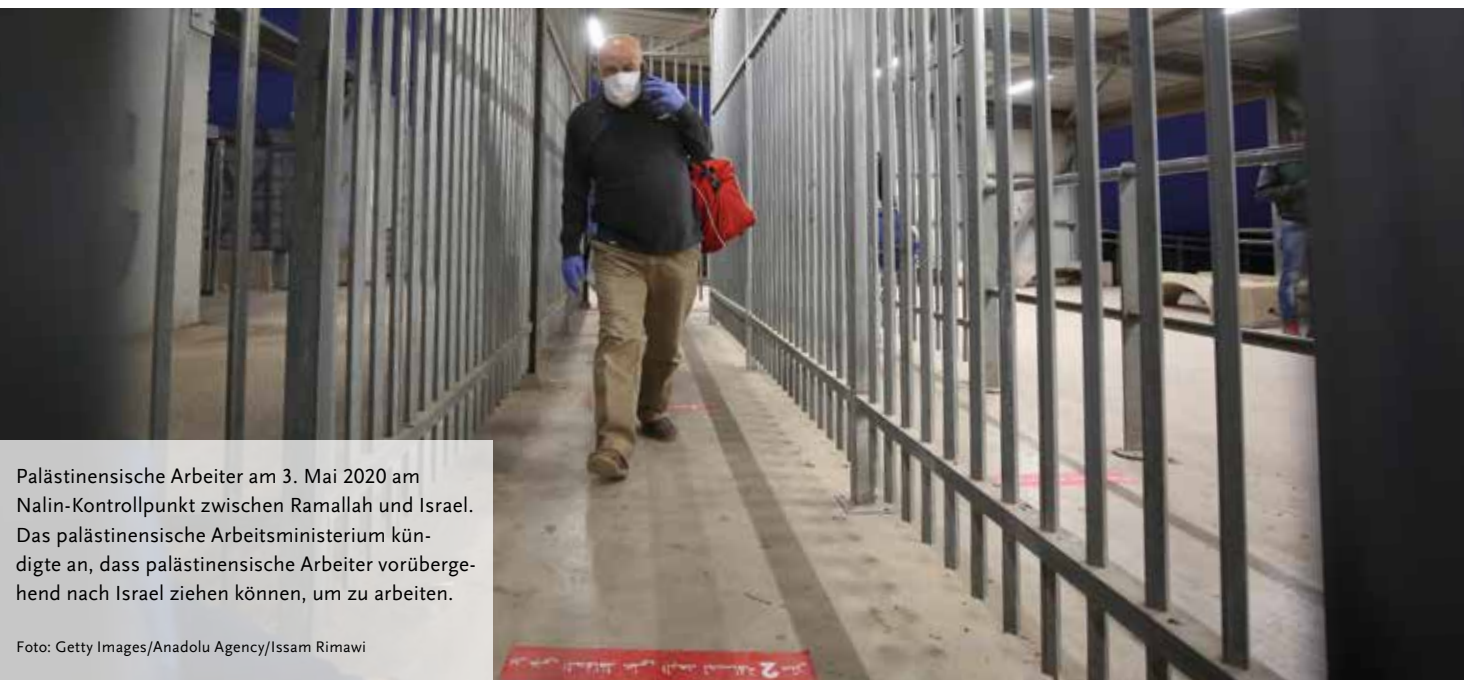
Foto: privat

Igal Avidan

Jahrgang 1962, ist Journalist, Politikwissenschaftler und Buchautor und referiert zu israelischer Politik und den israelisch-palästinensischen Beziehungen. Zuletzt veröffentlichte er das Buch „Mod Helmy: Wie ein arabischer Arzt in Berlin Juden vor der Gestapo rettete“

Kurz gefasst:

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie stellt Israelis wie Palästinenser vor besondere Probleme. So sind beide Seiten wirtschaftlich eng verflochten. In der Krise entstanden neue Formen der Kooperation. So unterstützte die israelische Armee auch palästinensische Einrichtungen. Die neue Regierung enttäuscht leider die Hoffnung auf eine nachhaltige Verbesserung der Beziehungen sogleich.



Palästinensische Arbeiter am 3. Mai 2020 am Nalin-Kontrollpunkt zwischen Ramallah und Israel. Das palästinensische Arbeitsministerium kündigte an, dass palästinensische Arbeiter vorübergehend nach Israel ziehen können, um zu arbeiten.

Foto: Getty Images/Anadolu Agency/Issam Rimawi



Ältere palästinensische Männer, die schützende Gesichtsmasken tragen, führen am 10. Mai 2020 im Zentrum der Stadt Hebron im Westjordanland ein Gespräch.

Foto: Getty Images/AFP/Hazem Bader

Der Grenzgänger

Belarus zwischen Moskau und Brüssel



Trotz der Corona-Pandemie fand am 9. Mai 2020 in Minsk eine Militärparade zum 75. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg statt.

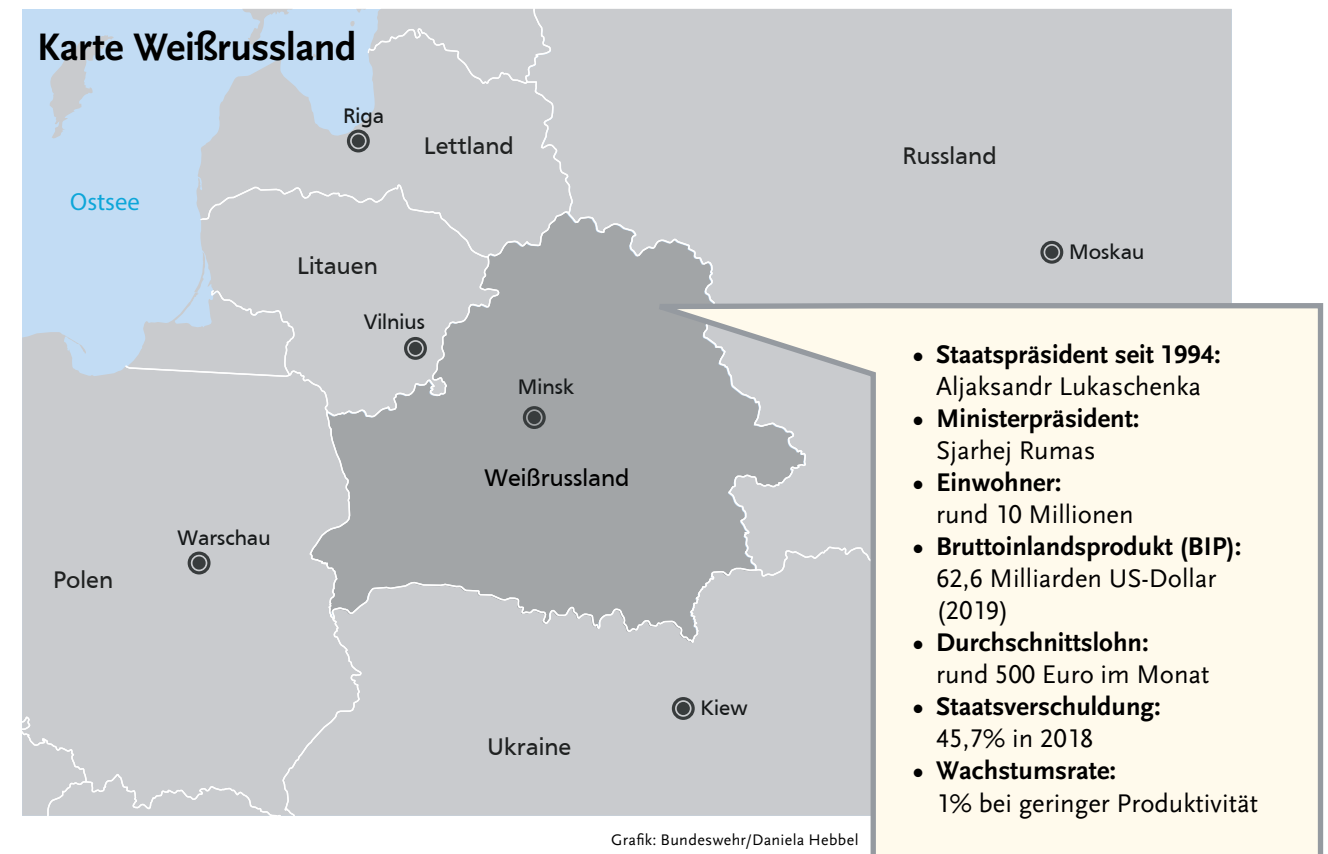
Foto: Getty Images/AFP/Sergei Capon

„Es gibt absolut keine Katastrophe“, beharrt Aljaksandr Lukaschenka, Präsident von Belarus (Weißrussland). Die postsowjetische Republik ignoriert das neue Coronavirus (SARS-CoV-2). Das Regime betreibt vor allem „Desinformation“ über die Krankheit, berichten Journalisten aus Minsk. Die Bevölkerung misstraut den offiziellen Angaben zu den Zahlen der Infizierten und Verstorbenen. Der Präsident gibt sich unbeeindruckt und schließt eine Quarantäne in Belarus aus: „Was werden wir dann fressen?“ Es „werde weltweit Hunger herrschen, darüber meckern schon die Anführer der Industrienationen“.

Gegen Corona hilft laut Lukaschenka Wodka, Arbeit auf dem Traktor, Hockey spielen und ein Dampfbad. Vor allem die russischen Medien spotten über den Präsidenten, der verboten hat, Schulen und Theater zu schließen, auch die belarussische Fußball-Liga läuft weiter. Auf die Kritik reagieren die

regierungsgesteuerten Fernsehsender in Minsk beleidigt. Sie amüsieren sich über die nach wie vor überfüllte Moskauer Metro und den Niedergang der freien Wirtschaft, schließlich unterstützte der Kreml nur die Staatskonzerne. Mit dem Ausbruch der Pandemie in China geht Minsk deutlich moderater um. So hatte

Lukaschenka im März persönlich angeordnet, zwei Transportflugzeuge mit Hilfsgütern, Masken und Desinfektionsmitteln nach China zu schicken: „Diese Hilfe der Weißrussen wird dem befreundeten chinesischen Volk helfen. Sagt uns, was wir noch für Euch tun können. Belarus wird immer ein treuer und verläss-



licher Freund des Großen China sein.“ Während andere Staaten ihre Bevölkerung auffordern, zu Hause zu bleiben, greift Lukaschenka auf Kriegsrhetorik zurück: „Es ist besser, stehend zu sterben als auf Knien.“

Lukaschenka - großer Demokrat.

„Dass ich kein Diktator bin, ist 100 Prozent sicher, weil es meinem Charakter widerspricht“, konterte Lukaschenka die Frage eines BBC-Journalisten. „Ich bin sogar ein größerer Demokrat als Sie. Ich habe ein größeres Verständnis für den demokratischen Prozess und dieses Wort als Sie.“ Seit nunmehr 26 Jahren wiederholt er das Mantra aller autoritären Herrscher: „Die Freiheit der Menschen ist der höchste Wert“. Im kommenden August sind Präsidentschaftswahlen in Belarus geplant. Dass Lukaschenka wiedergewählt wird, steht schon heute fest. Seit 1994 sitzt Präsident Luka-

schenka an den Schalthebeln der Macht. Der Populist hält sich strikt an die Verfassung, schließlich ermöglicht sie ihm eine unbegrenzte Wiederwahl. Das scheindemokratische politische System erstreckt sich auch auf das Parlament: Die Volksvertretung wird regelmäßig neu gewählt. Gleichwohl bewerten die OSZE, die EU und internationale Menschenrechtsorganisationen die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stets als unfair und gefälscht. Das US-Außenministerium hat Belarus zuletzt im März als „undemokratisches Land“ bezeichnet. In dem „autoritären Staat“ würden die demokratischen Standards und die Menschenrechte in allen Lebensbereichen verletzt. Der Präsident als „Alleinherrscher“ respektiere die rechtsstaatlichen Prinzipien nicht, die Bürger könnten die Regierung nicht frei wählen. Außerdem würden die Dissidenten festgenommen und

gefoltert. Ähnliche Beurteilungen veröffentlicht auch die EU seit 2004. Zusammen mit den USA verhängten die Europäer Sanktionen gegen die politische Klasse unter Führung Lukaschenkas und begründeten dies mit der Niederschlagung friedlicher Proteste und weiteren Menschenrechtsverletzungen. Davon unbeeindruckt hält Lukaschenka an seinem Kurs der „Stabilisierung des Landes“ fest: Eine Opposition lässt er weiterhin nicht zu. Wie alle seine Biographen betonen, konnte der aus der Landwirtschaft stammende Politiker vor allem die Menschen, die in den Staatsbetrieben arbeiten, davon überzeugen, dass liberale demokratische Reformen nichts für Belarus wären. Ansonsten würden Kriminalität und Korruption das Land beherrschen. Die Staatsbetriebe würden bankrottgehen und eine Massenarbeitslosigkeit das Volk in Armut stürzen. Allein →

Lukaschenka könne den Menschen das Leid ersparen, das Russland wegen der Privatisierungen und anderer Reformen nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 durchgemacht habe. So gelang es Lukaschenka, unter dem Deckmantel eines Kämpfers gegen Korruption und Oligarchen-Kapitalismus, einen totalitären Polizeistaat aufzubauen. Im Westen brachte ihm das den Ruf „des letzten Diktators Europas“ ein. Mit Sprüchen wie: „besser Diktator als schwul“ oder „den Präsidentensessel würde ich an eine Frau nicht abgeben, denn wir Slawen sehen nicht gerne, wenn eine Frau Präsident ist. Es ist ein rein männlicher Beruf“, sorgte er in den russischen Medien für Schlagzeilen.

Politisches System wie Russland.

Belarus machte eine ähnliche politische Entwicklung wie Russland seit Präsident Putins Machtübernahme:

Während zu Beginn eine demokratische Entwicklung möglich schien, entwickelte sich die Regierung unter Lukaschenka schnell zu einem autoritären Regime. Wie der Politikwissenschaftler Jörg Forbrig betont, handelt es sich um ein auf „den Präsidenten zugeschnittenes System“: sämtliche Staatsinstitutionen und Medien sind ihm zugeordnet. Die Stabilität dieses Systems wurde jahrelang unterschätzt. So meinte Forbrig noch 2011, dass die „Tage des belarussischen Diktators gezählt“ seien. Die „Kritik von innen“ werde in dem „Maße zunehmen, wie Lukaschenka die Bedürfnisse seiner Bevölkerung, ganz zu schweigen von denen seiner Nomenklatura, nicht mehr befriedigen kann“. Noch überraschender war die These, wonach die Nachbarn in Ost und West an einer demokratischen Entwicklung in Minsk interessiert seien und zum

Amtsverzicht oder Sturz Lukaschenkas beitragen würden. Warum sollte ausgerechnet der Kreml mit Putin an der Spitze an einer Demokratie in Belarus interessiert sein und damit einen der wenigen Militärpartner Russlands entmachen? Nach dem Beispiel Präsident Putins lässt auch Lukaschenka regelmäßig erfolgreiche Geschäftsleute und Manager festnehmen, um deren Betriebe zu nationalisieren. Um dem Volk zu dokumentieren, dass er nicht auf dem anderen Auge blind ist, müssen sich auch Vertreter der Geheimdienste und des Staatsapparats wegen Korruption vor Gericht verantworten. Zuletzt wurde Andrej Wtjurin inhaftiert, vormals Leiter des Sicherheitsdienstes des Präsidenten. Zusammen mit anderen Beamten soll er staatliche Gelder unterschlagen haben. Die kritischen Kommentatoren vor Ort bewerteten

diese Maßnahme als Teil einer PR-Kampagne für die Wiederwahl des Präsidenten im August. Lukaschenka selbst wies in eine andere Richtung: „Die Verhaftung hat nichts damit zu tun, dass er fast ein Agent des russischen Botschafters war“. Dazu muss man wissen, dass der russische Botschafter Michail Babitsch auf Drängen Lukaschenkas vor einem Jahr aus Minsk abgerufen worden

war. Europäische Diplomaten sahen darin einen „Akt der Emanzipation“ von Russland.

Macht gegen Öl. Von 1995 bis 1999 verhandelten Russland und Belarus über die Schaffung eines gemeinsamen Unionsstaates. Dessen Gründung wurde jedoch ebensowenig realisiert wie die Vereinbarung über die Einführung einer gemeinsamen

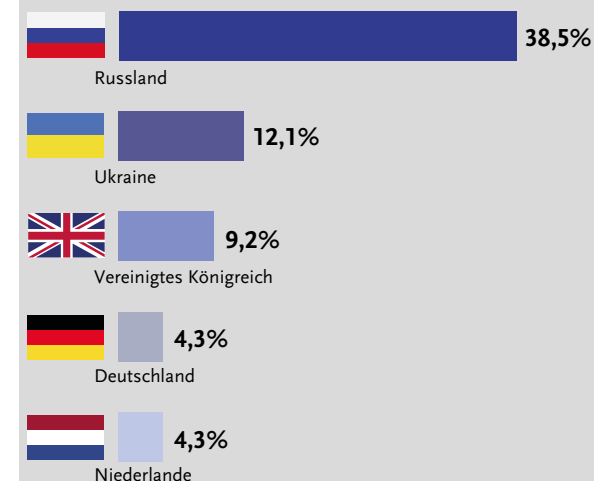
Währung, die 2008 kommen sollte. Dank der Mitgliedschaft in der Euro-Asiatischen Wirtschaftsunion (EAWU) hat Minsk gleichwohl enorme finanzielle Vorteile vom zollfreien Handel mit Russland. Auch die militärische Zusammenarbeit funktioniert zwischen beiden Ländern, so wie sie in der „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“ festgeschrieben wurde. ➔



Weißrussland Import/Export

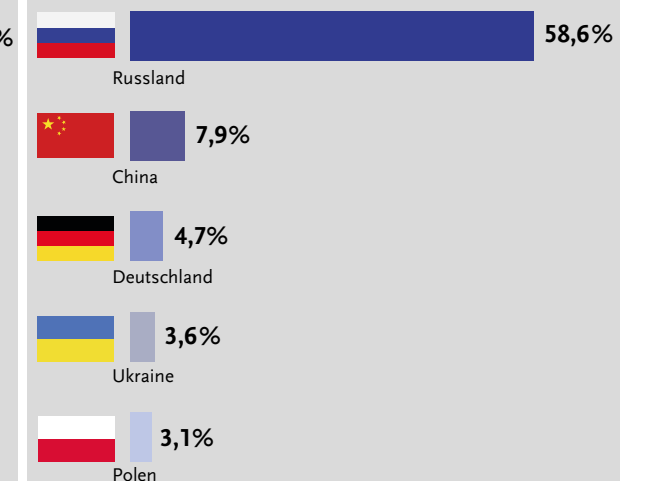
Top 5 Exportländer 2018

Anteile an der Warenausfuhr insgesamt



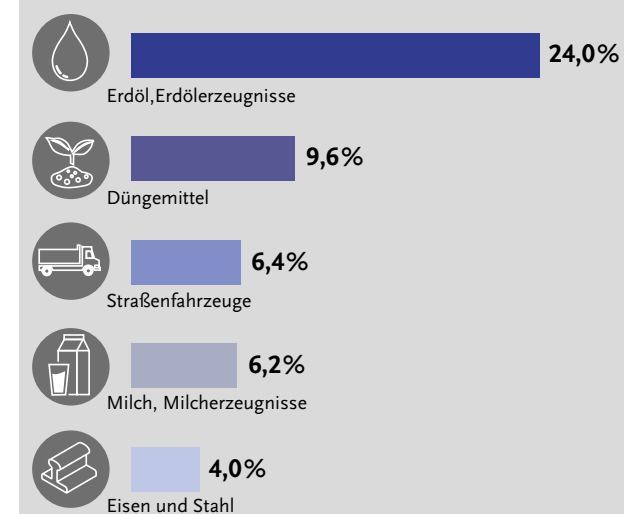
Top 5 Importländer 2018

Anteile an der Wareneinfuhr insgesamt



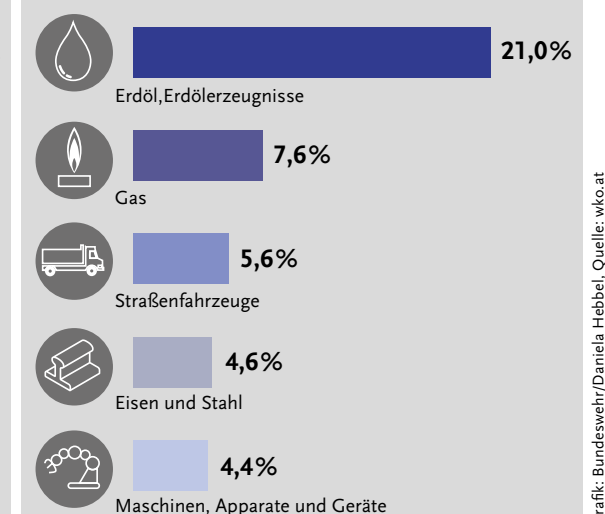
Top 5 Exportgüter 2018

Anteile an der Warenausfuhr insgesamt



Top 5 Importgüter 2018

Anteile an der Wareneinfuhr insgesamt



Grafik: Bundeswehr/Daniela Heibel, Quelle: wko.at



Seit dem 16. März 2020 hat Russland unangekündigt wieder Grenzkontrollen eingeführt und damit den freien Personenverkehr zwischen Russland und Weißrussland einseitig aufgehoben. Wegen des Coronavirus hat Russland am 30. März die Grenzen vollständig geschlossen.

Foto: Getty Images/AFP/Sergei Gapon



Die Firma Lukoil, ein russischer Mineralölkonzern, ist seit 1992 in Belarus tätig.

Foto: picture alliance/dpa//RIA Novost/Iliya Pitalev

Die Weißrussen erinnerten ihre Moskauer Verbündeten zuletzt gerne an das russische Sprichwort „Freunde erkennt man in der Not“. Sie fühlen sich von ihrem Militärpartner im Stich gelassen, seit Russland am 16. März 2020 ohne Vorwarnung wieder Grenzkontrollen einführt und damit den freien Personenverkehr einseitig aufhob. Präsident Lukaschenka zeigt sich empört, schließlich habe er 1995 mit dem russischen Ministerpräsidenten Viktor Tschernomyrdin die Grenze abgeschafft. „Es ist merkwürdig, dass in der russischen Regierung niemand weiß, dass es zwischen beiden Staaten völkerrechtlich keine Grenze mehr gibt“. Russlands Außenminister Sergei Lawrow erwiderte darauf Ende April: „Vor zweieinhalb Jahren

führten unsere weißrussischen Nachbarn einseitig einen visa-freien Verkehr mit 80 Ländern ein. Dadurch verletzen sie die Vereinbarungen mit Russland über den visa-freien Verkehr, da die visapflichtigen Ausländer so durch Belarus frei nach Russland einreisen können“. In diesem Informationskrieg kommt die Corona-Pandemie Minsk und Moskau gerade recht. Der eigentliche Hintergrund für das Zerwürfnis ist der seit einem Jahr dauernde wirtschaftliche und politische Konflikt um die Gas- und Ölpreise. Belarus verdient bis zu 7 Milliarden US-Dollar jährlich allein am Re-Export von Öl-Erzeugnissen nach Westeuropa. Als Moskau 2019 die Ölpreise erhöhte, führte dies zum Bruder-Zwist. Lukaschenka berichtete den

Medien aus vertraulichen Vier-Augen-Gesprächen mit Präsident Putin: Danach drängte Russland wiederholt auf die Schaffung eines gemeinsamen Unionsstaates. Der Souveränitätsverzicht sei der politische Preis für billiges russisches Öl.

Russen und Weißrussen sind ein Volk? Danach ging Wladimir Putin in die Gegenoffensive: Die Gründung eines Unionsstaates sei „richtig, da das russische und das weißrussische Volk ... das gleiche sind, wie das ukrainische und das russische Volk das gleiche sind, sowohl im ethnischen Sinne des Wortes als auch aus dem Blickwinkel unserer Geschichte, unserer geistigen Wurzeln“. Damit aber das russische Öl zollfrei an die weißrussischen

Raffinerien geliefert werden könne, müsse es gemeinsame übernationale Gesetze und Institutionen geben, schließlich subventioniere Russland damit einen fremden Staat, erklärte der russische Präsident bei der Jahrespresse-Konferenz im Dezember 2019.

Da Minsk darauf nicht einging – Lukaschenka sprach von „zu Kreuze kriechen“ – stoppten die großen russischen Ölkonzerne im Januar 2020 ihre Lieferungen nach Belarus. Daraufhin stürzte der belarussische Rubel um 25 Prozent ab, Raffinerien mussten schließen. Eine schwere Wirtschaftskrise folgte; Lukaschenka sprach von einem „Wirtschaftskrieg“. Der Minsker Politologe Artjom Shraibman analysierte den Konflikt und kommt zu dem Schluss, dass

Lesetipps:

Alexejewitsch, Swetlana: Secondhand-Zeit. Suhrkamp. Berlin 2015. Belarus. Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 24 bis 26. Bonn 2011. Der Fall Belarus. Osteuropa-Zeitschrift. Berlin 2010.

Akudowitsch, Valentin: Der Abwesenheitscode. Suhrkamp. Berlin 2013.

Shraibman, Artjom: Oil Spoils the Russia-Belarus Romance. Moskau Carnegie Center. 28.01.2020

die autoritären Regime Russlands und von Belarus ihre Macht nicht teilen können. „Die Union zwischen Russland und Belarus kann man aus heutiger Sicht nur für die Zukunft konservieren.“ Die politische Klasse in Minsk zieht aus der Krise die Lehre, dass es „keine festen Freunde mehr“ gebe. Auftrieb erhält so der seit drei Jahrzehnten vorhandene pro-europäische belarussische Nationalismus.

Die Ukraine als Faustpfand. Noch vor einem Jahr hatte Lukaschenka in seiner Botschaft an das Volk die „Verstärkung der Streitkräfte der NATO und der USA in den Nachbarländern“ als Bedrohung bewertet. Im Februar empfing er US-Außenminister Mark Pompeo überraschend freundlich, der in Minsk die Ziele seines Besuches so beschrieb: „Die USA möchten Belarus hel- ➔



Foto: picture alliance/AP Photo/Nikolai Petrov

Foto: Alamy Stock Photo/Panther Media GmbH

▲ Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka (links) und der US-Außenminister Mike Pompeo haben während ihres Treffens in Minsk am 1. Februar 2020 Grund zur Freude. Pompeo strebt eine Verbesserung der Beziehungen mit Belarus an.

fen, einen eigenen souveränen Staat zu bilden“. Die amerikanischen Energieerzeuger seien bereit, Minsk mit dem benötigten Öl zu Marktpreisen zu beliefern. Die Transporte könnten über Polen, Litauen und die Ukraine organisiert werden. Wie zuvor die EU-Politiker, so betonte auch Pompeo, müsse Minsk nicht zwischen Russland und den USA wählen. Washington „respektiere“ die Integration von Belarus mit Russland. Dieser erste hochrangige Besuch aus den USA seit einem Vierteljahrhundert markiert einen Wandel in den belarussisch-russischen Beziehungen. Minsk hatte vorsorglich die russische Eroberung der Krim im Jahr 2014

nicht anerkannt und betreibt nach wie vor eine von Moskau unabhängige Politik gegenüber der Ukraine. Entsprechend verzichtete die Europäische Union auf Sanktionen gegenüber Belarus und verfolgt eine aktive Annäherungspolitik, um eine weitere Konfliktregion im benachbarten Osten zu vermeiden. Entsprechend misstrauisch und aufmerksam beobachtet der Kreml die Entwicklung. Die neue westliche Politik wird als Versuch bewertet, Russland aus Belarus zu verdrängen und das Land zu „ukrainisieren“. Moskau fürchtet die langfristige Eingliederung von Belarus in die NATO. ■

Aschot L. Manutscharjan

Dr., Jahrgang 1956, ist freier Publizist und Experte für internationale Sicherheitspolitik. Der Politikwissenschaftler hatte einen Lehrauftrag für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Er ist durch zahlreiche Veröffentlichungen über Russland, die Kaukasus Region und Zentralasien hervorgetreten.

Kurz gefasst:

Das innenpolitische Tauwetter in Belarus und der sich zuspitzende wirtschaftlich-politische Konflikt mit dem Hauptverbündeten Russland führten zu einer Kehrtwende der Politik der USA und der EU gegenüber dem autoritären Regime von Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Diese Annäherungspolitik zielt darauf ab, die sicherheitspolitische Lage in Osteuropa angesichts des weiter schwelenden Konflikts mit Russland in der Ostukraine zu entspannen.



Kursänderung: Gewissen vor Ehre

Die junge Bundesmarine und ihre Beziehung zur Vergangenheit

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/picture alliance/dpa/ap



Die Aufstellung der Bundeswehr über zehn Jahre nach dem Kriegsende: Aus den Händen des ersten Verteidigungsministers, Theodor Blank, nehmen 160 Angehörige der Marinelehrkompanie 1956 ihre Ernennungsurkunden in Empfang. Ausgebildet und geführt wurden die jungen Soldaten der Bundeswehr besonders in den ersten Jahren von kriegsgedientem Personal. Die meisten Ausbilder hatten im Zweiten Weltkrieg gedient

Mit ihrer Gründung 1956 stand die Bundesmarine, wie alle Teilstreitkräfte der Bundeswehr, vor der Herausforderung eines Neuanfangs. Wie gelang es, mit dem belastenden Erbe der Kriegsmarine umzugehen? Die Bundesmarine brauchte viel Zeit und Engagement, um gegen die konservative Grundströmung einen progressiven Aufbaueinst zu setzen.

Am 23. Mai 1945 verhafteten britische Soldaten Großadmiral Karl Dönitz, den Nachfolger Adolf Hitlers als nationalsozialistisches Staatsoberhaupt, in Flensburg. Ein Jahr später verurteilte der Militärgerichtshof Nürnberg ihn wegen „Verbrechen gegen den Frieden“ und „gegen das Kriegsrecht“ zu zehn Jahren Gefängnis. Sein Vorgänger

im Amt des Oberbefehlshabers der Marine, Großadmiral Erich Raeder, wurde für die „Planung und Führung eines Angriffskriegs“ zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, aber schon 1955 aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Etwas mehr als eine Dekade nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Auflösung der Kriegsmarine feierte die

Marine der Bundesrepublik Deutschland – die Bundesmarine – im Januar 1956 ihren Geburtstag.

Ein Neuanfang mit Booten und Besatzungen der Kriegsmarine.

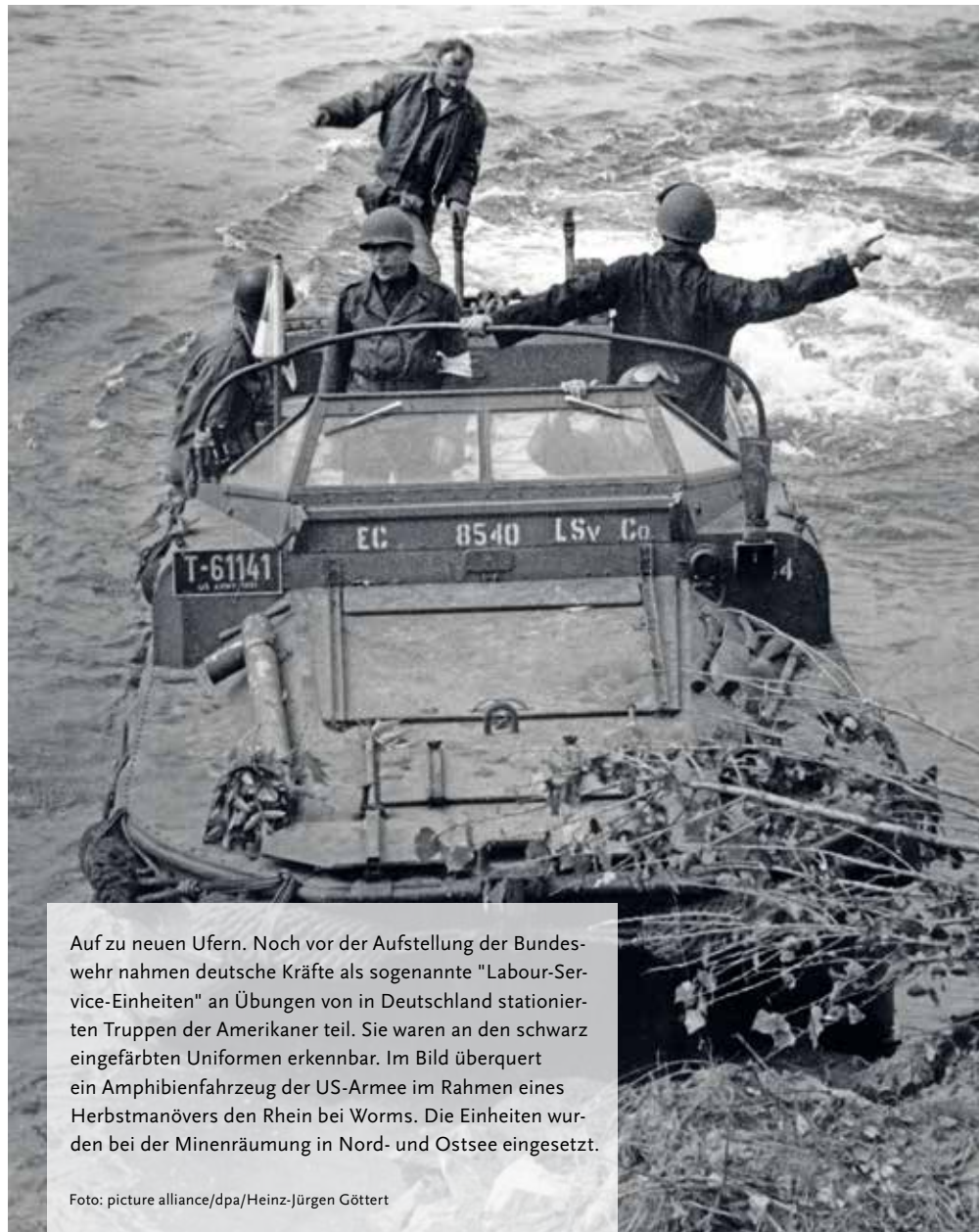
Die Bundesmarine entstand aus verschiedenen Vorgängerorganisationen und Hilfsverbänden unter alliierter Kommando von 1945 →

bis 1956. Ideell und konzeptionell wurde die maritime Streitkraft vor allem durch die Denkfabrik des Naval Historical Teams (NHT) in Bremerhaven geprägt, das für die USA deutsche Seekriegserfahrungen gegen die Sowjetunion aufarbeitete. Das NHT bildete auch den Kreis der Bundesmarine-Gründungsväter, ihre Mitglieder besetzten Schlüsselstellen: Vizeadmiral Friedrich Ruge, ab 1956 erster Inspekteur, sein Stellvertreter Konteradmiral Gerhard Wagner, der kommissarische Leiter Marine, Kapitän zur See Karl-Adolf Zenker, sowie der zweite Wehrbeauftragte der Bundeswehr, Vizeadmiral a.D. Hellmuth Heye. Alle gehörten zuvor zum obersten Führungskreis unter Dönitz. Im NHT entstand 1951 unter Wagner die nach ihm benannte Wagner-Denkschrift, die „Magna Charta“ der Marine. Gemeinsam mit der Himmeroder-Denkschrift, die zur Bundeswehrkonzeption und Wiederbewaffnung ausgearbeitet wurde, schrieben beide Dokumente den Verteidigungsauftrag fest und bildeten die Grundlagen für den späteren NATO-Beitritt. Die Bundesmarine sollte als Bündnismarine ein „Teil der atlantischen Marinen“ sein. Konzeptionell betrachtet war die Neuausrichtung der Marine unter Parlamentshoheit und NATO-Beitritt 1955 gelungen. Doch ihr demokratisches Selbstbild musste erst durchgesetzt werden, denn viele der Offiziere und Soldaten waren kriegsmarinegedient und -sozialisiert. Einerseits war ihre Aufnahme wegen ihrer geistigen Prägung und Vergangenheit ein Wagnis, andererseits war ihre Expertise unverzichtbar, um eine einsatzfähige Marine aufzubauen.

Die Geburtsstunde: Erste Rede, tiefe Zweifel. Am 16. Januar 1956 überreichte Verteidigungsminister Theodor Blank den neuen Marine-

soldaten ihre Ernennungsurkunden. Zenker, der kommissarische Leiter der Marine, hielt zur Indienststellung in Wilhelmshaven eine Rede. Er stellte die Bundesmarine in eine Traditionslinie der 1848er Reichsflotte und an die Seite der NATO aber er widmete sich auch den ehemaligen Großadmiralen Dönitz und Raeder: Die aus „nachträglich geschaffene[m] Recht“ und aus

„politischen Gründen“ Verurteilten trügen wie die Kriegsmarine „kein Makel“. Sie stünden „stellvertretend“ für die neuen Soldaten, die auch damals im guten Glauben einer verantwortungslosen politischen Führung gedient haben“. Seine Worte schlugen in der Öffentlichkeit und in der Politik hohe Wellen. Viele Augen blickten zweifelnd auf die neuen Seestreitkräfte, zumal die Himmeroder-



Auf zu neuen Ufern. Noch vor der Aufstellung der Bundeswehr nahmen deutsche Kräfte als sogenannte "Labour-Service-Einheiten" an Übungen von in Deutschland stationierten Truppen der Amerikaner teil. Sie waren an den schwarz eingefärbten Uniformen erkennbar. Im Bild überquert ein Amphibienfahrzeug der US-Armee im Rahmen eines Herbstmanövers den Rhein bei Worms. Die Einheiten wurden bei der Minenräumung in Nord- und Ostsee eingesetzt.

Foto: picture alliance/dpa/Heinz-Jürgen Göttert

Denkschrift noch davon sprach, mit der Bundeswehr „etwas grundlegend Neues zu schaffen“. Die SPD-Fraktion des Bundestages stellte darauf eine Große Anfrage und zweifelte, ob „in den künftigen Seestreitkräften der Geist einer kraftvollen Demokratie [...] lebendig werden kann, wenn ihren Angehörigen von ihren Vorgesetzten Leute als Muster vorgehalten werden, die sich zu Wortführern des totalitären Staates der Unmenschlichkeit gemacht haben?“ Um die Rede zu erklären, äußerte sich Ruge gegenüber dem Verteidigungsministerium: „Die ganze Marine fühlt sich zu Unrecht verurteilt und kämpft um ihren guten Ruf, der eine der Grundlagen des Wiederaufbaus ist. [...] Schweigen wäre als Drücken aufgefasst worden.“ Der Umgang mit dem Erbe der Kriegsmarine war

wesentlich für das Selbstverständnis der kriegserfahrenen Soldaten. Für viele war die Inhaftierung der ehemaligen Oberbefehlshaber ein Grund nicht in die Bundesmarine einzutreten. Die Marine musste ein Aufbaudilemma überwinden: Es galt neue Soldaten zu gewinnen und zu halten, aber ohne eine Aufarbeitung der Vergangenheit konnte ein Neuanfang nicht gelingen.

Notwendiger Wandel: Aufbaugeist statt Korpsegeist. Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus fand in der frühen Bundesmarine kaum statt, wenn überhaupt, dann im Persönlichen. Oft wurde die Kriegsmarine stärker gewürdigt, als dass man sich von ihr distanziert hätte. 1957 beispielsweise wurde an der Marineschule Mürwik, mit viel Engagement

des späteren Konteradmirals Karl Hinrich Peter, ein Gedenkstein für Kapitän zur See Wolfgang Lüth aufgestellt. Lüth war der letzte Kommandeur der Offizierschule mit Sitz der Reichsregierung Dönitz, bis er dort in den letzten Kriegstagen versehentlich von einem deutschen Wachposten erschossen wurde. Der damals 31-Jährige galt als einer der erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten des Weltkrieges und war zum NS-Kriegshelden stilisiert worden. Ehrendes Totengedenken wurde über die öffentliche und kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gestellt. Ein weiteres Beispiel für die zurückhaltende Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit der Marine war das „Glücksburger-Ereignis“ von 1958: Bei der Rüstzeit zum →



Karl Dönitz (Bildmitte), ehemaliger Großadmiral, Oberbefehlshaber der Wehrmacht und Hitlers Nachfolger wurde 1946 zu einer zehnjährigen Haftstrafe verurteilt. Das Bild zeigt die Verhaftung in Flensburg. Während die Hauptkriegsverbrecher während der Nürnberger Prozesse (1945-1949) zu Todes- oder langen Haftstrafen verurteilt wurden, war die Bundeswehr bei ihrer Aufstellung 1956 trotz Protesten in der Bevölkerung darauf angewiesen, kriegsgedientes Personal einzustellen.

Foto: picture alliance/dpa/UPI



Überall in der Marine gab es Ende der 50er Jahre ambivalente Debatten über die Mentalität und die geistige Ausrichtung des Personals in Führungsverantwortung. Das demokratische Selbstbild musste durchgesetzt werden, ohne das Personal zu verlieren. In der Zeit des ersten Inspektors, Admiral Friedrich Ruge (rechts im Bild), sahen Teile des kriegsgezeiten Personals den guten Ruf der Marine beschädigt.

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/UPI



Trotz seiner umstrittenen und kontrovers diskutierten Vergangenheit in der Kriegsmarine machte sich Konteradmiral Rolf Johannesson (1900-1989) für die Umsetzung der Inneren Führung in der Marine stark. Er setzte sich beispielgebend für einen radikalen Umbruch im Denken ein. 1956 forderte er: „Der Ersatz durch das Gewissen ist eine der unauslöschlichen Konsequenzen des [Attentats auf Hitler] vom 20. Juli 1944.“

Foto: Bundeswehr/Trinkhans

Wandlung“ vollziehen, um zu erkennen, dass „jeder von uns, wissentlich oder unwissentlich [...] am Aufbau und der Erhaltung des Dritten Reiches mitgewirkt hat [...] Erst diese Erkenntnis, dass jeder von uns belastet ist, schafft die Basis gemeinsamer Gesinnung, die über trennende Meinungen hinweg zusammenführen mag.“ Um den Wandel vollziehen zu können, setzte Johannesson auf das Gewissen. Bereits 1956 hatte er gefordert: „Der Ersatz der Ehre durch das Gewissen ist eine der unauslöschbaren Konsequenzen des 20. Juli.“ Gerade die Anerkennung des deutschen Widerstandes in der jungen Bundesmarine war keine Selbstverständlichkeit, denn ein Großteil der ehemaligen Kriegsmarineoffiziere war nicht am 20. Juli 1944 beteiligt, sondern dem NS-Regime treu ergeben. Ausnahmen bildeten Admiral Wilhelm Canaris, Marineoberstabsrichter Berthold von Stauffenberg und Korvettenkapitän Alfred Kranzfelder, die aktiv am Widerstand gegen Hitler mitwirkten.

Thema „Die Tradition der Marine“ verließen nahezu alle Marineoffiziere aus Protest den Versammlungsraum. Der wehrpolitische Berater der SPD, Dr. Friedrich Beermann, hatte erklärt, dass ihm Reichpietsch und Köbis, als hingerichtete Hauptbeteiligte der Marineunruhen von 1917, weit näher stünden, als Dönitz und Raeder. Der spätere Generalmajor Beermann war dabei ein Wegbereiter der Inneren Führung, er prägte den Begriff „Staatsbürger in Uniform“.

Alte Ansichten und neue Einsichten. In den 1950er Jahren verstanden sich viele Marinesoldaten und deren Offiziere noch nicht als Staatsbürger in Uniform. Als Selbstverständnis der Bundeswehr war die Innere Führung zwar offiziell anerkannt, aber noch nicht in den Soldatenköpfen und -herzen verankert.

Konteradmiral Peter erinnerte sich, dass manche die Innere Führung zwar als „etwas radikal Neues à la Scharnhorst“ betrachteten, andere es aber als „inneres Gewürge“ oder „weiche Welle“ bezeichneten. Viele fühlten sich aufgrund ihrer Sozialisation in den Vorgängermarinen - und nach dem Matrosenaufstand von 1918 - noch immer einem alten Korpsgeist verpflichtet. General Ulrich de Maizière, ein Gründervater der Bundeswehr, bewertete die Grundhaltung der Marine kritisch: „Positiv: geschlossenes Corps, fast wie ein Orden, hohes Maß an Kameradschaft u. Zusammenhalt. Negativ: Vergangenheit ist nicht bewältigt. Mit wenigen Ausnahmen stammen die führenden Männer der Marine aus dem Stabe Dönitz. Fühlen Treueverpflichtungen [...] Glauben nichts falsch gemacht zu haben,

haben keinerlei Schuldgefühl, lehnen Männer des 20.7. ab. Die innere Situation kann nur schrittweise – wenn überhaupt – abgebaut werden.“ Die Reserviertheit gegen den deutschen Widerstand und das Obrigkeitsdenken aus der Kaiserlichen-, Reichs- und Kriegsmarine blieben häufig präsent. Viele Offiziere der frühen Bundesmarine machten ihre Verantwortung -entgegen der Inneren Führung- immer noch von Befehl und Gehorsam, oder einem Ehrgefühl abhängig, welches dem eigenen Gewissen übergeordnet wurde. Das Selbstbild des „unpolitischen Soldaten“, das Dönitz selbst pflegte, um für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges keine Verantwortung zu tragen, wurde auch von vielen ehemaligen Kriegsmarinesoldaten bedient. Ein Beispiel dieser Ansicht, aber auch des einsichtigen

Wandels, war Vizeadmiral a.D. Hellmuth Heye. Als ehemaliges Mitglied des NHT und Crew-Kamerad Ruges von 1914, sagte er als CDU-Abgeordneter zur Zenker-Rede im Bundestag: „[Dönitz und Raeder] waren militärische Befehlshaber, sie trugen keine politische Verantwortung.“ 1964 sprach er sich als Wehrbeauftragter jedoch für den selbstverantwortlichen Soldaten aus und kritisierte die Zustände in der Bundeswehr öffentlich: „Es gibt in der Bundeswehr viele Gegner der inneren Führung. [...] Wenn wir das Ruder nicht jetzt herumwerfen, entwickelt sich die Bundeswehr zu einer Truppe, wie wir sie nicht gewollt haben. Der Trend zum Staat im Staate ist unverkennbar.“ Aufgrund seiner Äußerungen und den darauffolgenden Reaktionen trat Heye noch im selben Jahr zurück.

Wandel durch Erkenntnis. Die Gründerväter der Bundesmarine vereinte eine belastende Vergangenheit, aber auch die Erkenntnis, dass ein geistiger Wandel vollzogen werden musste. Ein Beispiel ist Konteradmiral Rolf Johannesson, ab 1957 erster Kommandeur der Seestreitkräfte. Er erklärte 1956: „Jetzt ist der Staat vor der Armee da.“ Johannesson war als ehemaliger Kriegsmarineoffizier nicht ohne Schuld und Fehler, aber er förderte eine kritische Auseinandersetzung mit der Diktatur und ein Bekenntnis zur Demokratie. Im Schreiben „Innere Ausrichtung des Offizierkorps“ an Ruge verlangte er, dass sich die Beziehung zum neuen Staat nicht in einem „Ja zur gegenwärtigen formalen Demokratie erschöpfen darf, sondern aus dem Erleben ihres inneren Sinnes heraus“. Offiziere mussten eine „innere

Demokratie und Bündnis als Tradition. Trotz aller Herausforderungen wurde die Bundesmarine eine verlässliche Teilstreitkraft und Bündnispartner. Ihre Bündnisfähigkeit erinnert stark an die Gründungsidee der Reichsflotte von 1848, der ersten gesamtdeutschen Marine. Im Auftrag der Nationalversammlung der Frankfurter Paulskirche erarbeitete Prinz Adalbert von Preußen die Denkschrift über die Bildung einer deutschen Kriegsflotte. Er stellte fest, dass die deutsche Marine ohne eine Allianz mit einer anderen großen Seemacht zum Schutz unseres Handels viel zu schwach seyn“ werde. Über 100 Jahre später gelang es mit der Bundesmarine an die Denkschrift anzuknüpfen. Die Grundpfeiler der Marine von Bündnis und Demokratie, verband Peter drei Jahre nach der Lüth-Gedenkstein- →

Setzung exemplarisch miteinander. Im Herbst 1960 unternahm er als verbandsführender Korvettenkapitän mit seinen Minensuchbooten eine Übungsfahrt nach Frankfurt am Main. Er verdeutlichte der Bevölkerung und seinen Soldaten den Brückenschlag der Deutschen Revolution von 1848 und der Bundesmarine. Peter leistete erfolgreiche Überzeugungsarbeit, denn neben den Medien, besuchten zehntausende Bürger und Bürgerinnen seine Boote. Er schaffte es, den Auftrag und die Geschichte der Bundesmarine im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Für einen Moment rückte er die Marine in die Mitte der westdeutschen Gesellschaft. Am Reiseziel der Paulskirche angekommen, hielt

Peter eine wegweisende Rede: „Die gleichen Farben wiederum mit dem Adler im Wappenschild – wehen heute über den Schiffen unserer jungen Bundesmarine. Sie wehen auch über unserem 3. Minensuchgeschwader, das im Rahmen der Verteidigungsgemeinschaft der freien Völker seine Pflicht zu erfüllen versucht. Wir stehen nicht im geschichtslosen Raum, sondern knüpfen an beste Traditionen der Vergangenheit an.“ Peter stellte die Bundesmarine eindeutig in die Tradition von 1848: Er präsentierte die Bundesmarine nicht als bloßen Kriegsmarine-Nachfolger, sondern als legitimen Vertreter im Bündnis von Demokratie und Freiheit. Die Initiative von Peter trug bei Soldaten wie bei Bürgerinnen und

Bürgern maßgeblich dazu bei, die Bundesmarine als Flotte mit demokratischer Tradition zu sehen.

Schrittweise zu neuen Ufern.

Offiziere wie Peter, Zenker, Heye, Wagner, Johannesson und Ruge sind Gründerväter der Bundesmarine, die in ihrer eigenen Biografie Widersprüche vereinten, die sinnbildlich für den Diskurs in der Bundesmarine in den Anfangsjahren stand. Sie reflektierten ihre Vergangenheit und traten für die Aufarbeitung ein. Überdies gelangten sie zur Einsicht, dass Geschichte nicht mit Tradition gleichzusetzen ist. Ruge hatte die Bundesmarine schon 1957 in einem Kommandeursbrief auf neue Traditionen vorbereitet, um

Foto: Bundeswehr/Wolff

ein geistiges „Auflaufen“ zu vermeiden. Ihre Generation, die nicht immer unbelastet war und nach unseren Wertmaßstäben angreifbare Entscheidungen fällte, bewältigte die innere Kursänderung aber nicht abrupt, sondern „schrittweise“. Ruges Leitspruch „Beschränkt in den verfügbaren Mittel - unbeschränkt im Denken“ wurde auf die Marine übertragen. Die Bundesmarine bewältigte einen gewaltigen Richtungswechsel, der bis heute gültig ist: Demokratie statt Diktatur, Selbstverantwortung über Obrigkeitsdenken, Gewissen vor Ehre, Bündnis vor Weltmacht und Verteidigung statt Angriff. Es brauchte viel Zeit bis der Wandel vollzogen, die biografischen Kontraste zusammengewachsen

Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

und die Innere Führung in der Bundesmarine verankert war. In den Seestreitkräften wurde aufgrund der unterschiedlichen Generationen und deren Sozialisation erst allmählich „der Geist einer kraftvollen Demokratie“ lebendig. Neben dem Wirken der progressiven Vordenker pflegten viele der Offiziere ihre alten Netzwerke. Auch die Gründerväter der Bundesmarine standen noch mit Dönitz bis zu seinem Tode in Kontakt. Die selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wurde zwar schon Ende der 1950er Jahren eingeleitet, aber ihre Umsetzung dauerte fort - bis in die 1980er Jahre. Es gab in der jungen Bundesmarine keinen einheitlich Gründergeist. Zu Beginn wurde die Marine

gleichzeitig durch eine progressive und eine konservative Geistesströmung geprägt. In der Mehrheit war die Geisteshaltung zwar konservativ, aber die progressive setzte sich durch. Alte Denkstrukturen wurden nach und nach aufgebrochen und verworfen. Ein Beispiel hierfür ist auch Zenker. Trotz seiner Rede von 1956, die er wahrscheinlich nicht allein verfasste, wurde er 1961 zum zweiten Inspekteur der Bundesmarine ernannt und förderte neue Traditionen: Der Eckernförder-Marinehafen wurde nach Korvettenkapitän Alfred Kranzfelder, dem Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, benannt.

Die Einbindung in internationale Bündnisse und daraus im Laufe der Zeit entstandene multinationale Einsatzverpflichtungen im Rahmen von EU und NATO haben besonders in den Anfangsjahren wesentlich zur Akzeptanz und der Verankerung der Bundesmarine in Politik und Gesellschaft beigetragen.

Die damalige Miss Bremen besucht die erste Marine Lehrkompanie in Wilhelmshaven. Die Integration der Bundeswehr als Parlamentsarmee in die Gesellschaft wird nicht erst durch moderne Ereignisse, wie den jährlich stattfindenden Tag der Bundeswehr, aktiv gepflegt.



Michael Fuckner

Jahrgang 1986, trug zum Aufbaugeist der jungen Bundesmarine auf der diesjährigen Historisch Taktischen Tagung der Marine vor. Er lebt in Leipzig und ist Jugendoffizier in Halle an der Saale.

Kurz gefasst:

Die Gründung der Bundesmarine 1956 war kein absoluter Neuanfang. Viele Soldaten der jungen Bundesmarine stammten aus der Kriegsmarine. Ihre Erfahrung und Expertise war unverzichtbar, aber ihre weitverbreitete unkritische Haltung zur Kriegsmarine belastete das Vertrauen aus Gesellschaft und Politik. Das Verhältnis zwischen alten Korpsgeist und neuen Aufbaugeist war angespannt. Die Innere Führung mit dem Gewissen als letzte Entscheidungsinstanz, musste sich gegenüber einem überkommenen Ehrgefühl erst etablieren. Auch die Gründungsväter der Marine standen in einer ambivalenten Beziehung zum neuen demokratischen Selbstbild und dem Widerstand des 20. Juli, doch setzten beide als neue Traditionen der Marine durch.

Foto: Bundeswehr/Ismael Albar



Eine ältere Frau wird auf COVID-19 getestet. In der Siedlung Shphamandla in Khatleng, südlich von Johannesburg in Südafrika, fand am 22. Mai 2020 eine Screening- und Testkampagne zur Bekämpfung der Ausbreitung des Virus statt.

Foto: picture alliance/AP Photo/Themba Hadebe

Der ersten Corona-Welle hat Afrika getrotzt

Überraschung für den Westen

Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler, der schon in seiner vorherigen Tätigkeit als IWF-Direktor in Afrika einen Schwerpunkt seines Engagements sah, formulierte es einmal so: „Jedes Nachdenken über Afrika fängt bei den Bildern im Kopf an. Bei Afrika denken viele vor allem an Wörter, die mit K anfangen: Krisen, Konflikte, Kriege, Katastrophen, Krankheiten, Korruption...“ Anfang des Jahres wurde dieser Galerie von Stereotypen ein weiterer Begriff hinzugefügt - allerdings mit einem C als Anfangsbuchstaben: Corona.

Das erstmals in der zentralchinesischen Provinz Wuhan aufgetretene Virus, das sich spätestens seit Jahresbeginn 2020 über die Welt auszubreiten begann, wurde in den Medien sehr früh als eine Bedrohung neuer Qualität wahrgenommen. Doch nicht in den Metropolen der amerikanischen Ostküste, in Großbritannien, Norditalien oder Spanien, wo COVID-19 bis heute abertausende Menschenleben forderte, befürchtete man die höchsten Infektionszahlen. Das Schlimmste erwarteten Experten

für den afrikanischen Kontinent, wahre Schreckens-Szenarien wurde entworfen. „In Afrika drohen nach den Krankenhäusern ganze Staaten zu kollabieren“, schrieb der Berliner Tagesspiegel noch Ende April. Und eine Überschrift im Schweizer Tageblatt hieß Anfang Februar: „Das größte Problem ist Afrika“. Viele europäische Medien sahen eine Katastrophe geradezu biblischen Ausmaßes auf unseren Nachbarkontinent zukommen, dessen Staaten weder in Sachen Prävention noch vom Organisationsgrad der Gesund-

▲ Frauen mit Gesichtsmasken verkaufen Anfang Mai 2020 Lebensmittel auf dem Markt in Lagos, Nigeria. Nigeria begann mit einer schrittweisen Lockerung seiner strengen Maßnahmen, obwohl die bestätigten Fälle von Infizierten mit dem Coronavirus weiter zunehmen.

heitssysteme in der Lage wären, ein Massensterben zu verhindern.

Afrika weniger betroffen. Am 14. Februar 2020 schien das Unheil seinen Lauf zu nehmen: Corona hat Afrika erreicht, wurde gemeldet. Viel war zuvor darüber spekuliert worden: Touristische Hotspots wie Südafrika oder Kenia, von Geschäftsleuten frequentierte Staaten wie Nigeria oder Angola, galten als klassische „Einfallstore“. Doch der erste Fall trat in Ägypten auf. Elf Tage später meldete auch das algerische

Gesundheitsministerium den ersten Fall von COVID-19 im Land. Ein infizierter Italiener war eine Woche zuvor in das nordafrikanische Land gereist. Tags darauf, am 26. Februar, gab der senegalesische Gesundheitsminister Abdoulaye Diouf Sarr auf einer Pressekonferenz den ersten Virusbefund in Westafrika bekannt. Beim Infizierten handelte es sich um einen seit zwei Jahren im Lande lebenden Franzosen; er hatte nach der Rückkehr von einem Heimatbesuch ein Privathospital zur Untersuchung aufgesucht, das ihn umgehend unter Quarantäne gestellt hat. Zeitgleich meldete Tunesien einen Fall. Am 5. März erreichte Corona auch Südafrika, ein 38-jähriger Südafrikaner hatte sich in Italien infiziert.

Drei Monate später darf zumindest vorläufig konstatiert werden, dass Afrika von der Pandemie weit weniger betroffen ist, als die Vereinigten Staaten, Westeuropa oder Südamerika — auch wenn es zu früh für

eine abschließende Bilanz ist. Der Kontinent der Krisen, Konflikte und Krankheiten scheint im Kampf gegen Corona eine eigene, afrikanische Form der Pandemie-Bekämpfung gefunden zu haben.

Rund 17 Prozent der Weltbevölkerung leben auf dem afrikanischen Kontinent. Bis Ende Mai wurden aber nur zwei Prozent der weltweiten Corona-Fälle in Afrika gemeldet. In Zahlen bedeutet das: Bislang (Stand: Ende Mai) haben sich in Afrika laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) mehr als 150.000 Menschen nachweislich mit dem Virus infiziert – unter Vernachlässigung einer vermutlich hohen Dunkelziffer. 4.250 Todesfälle wurden auf dem gesamten Kontinent in Verbindung mit der Lungenkrankheit COVID-19 gemeldet. Zum Vergleich: Als in Europa 100.000 Corona-Fälle gemeldet waren, gab es dort bereits 4.900 Todesfälle. Beobachter machen vor allem fünf Faktoren für den

bislang milden Verlauf in Afrika verantwortlich:

- **Der Faktor der Verzögerung.** Relativ lange blieb Covid-19 eine Krankheit der Ausländer, der Rückkehrer, der eigenen Oberschicht. In der afrikanischen Bevölkerung ist die Mobilität kleiner als auf anderen Kontinenten. Das bedeutet, dass Menschen zumeist ihre Region nicht verlassen. Hinzu kommt die geringe internationale Anbindung vieler afrikanischer Gebiete. Beides verhinderte mutmaßlich eine rasche Ausbreitung.
- **Das Klima.** Dass es ausgerechnet in Nord- und Südafrika mit den dort tiefer liegenden Temperaturen die meisten Covid-19-Fälle gibt, wurde als Hinweis gedeutet, dass das Virus in einer kühlen, feuchten Umgebung besser überlebt als im warmen, tropischen Klima. Zudem spielt sich das →

Foto: picture alliance/AP Photo/Sunday Alamba

Leben der Afrikaner überwiegend im Freien ab, so dass sie direkter Sonnenbestrahlung häufiger ausgesetzt sind, was die Ausbreitung des Virus möglicherweise hemmt.

- **Demografie.** Unbestritten ist der Einfluss des Alters. Für ältere Menschen ist das Risiko, an Covid-19 zu sterben, viel höher als für jüngere. Die afrikanische Bevölkerung ist relativ jung. 60 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 25. Das bedeutet, dass es in Afrika zu weniger Todesfällen infolge von COVID-19 kommt, weil die Risikogruppen kleiner sind. Es gibt auch keine Altersheime – an diesen Hotspots war es in Europa zu gehäuften Ausbrüchen unter den Bewohnern gekommen.
- **Die Bevölkerungsdichte.** Auch wenn Megacities wie Lagos,

Johannesburg oder Kinshasa einen anderen Eindruck vermitteln – Afrika ist im Vergleich mit anderen Kontinenten eher dünn besiedelt. Im Schnitt wohnen in Afrika 42 Personen auf einem Quadratkilometer. Im von Corona am wenigsten betroffenen (und am dünnsten besiedelten) deutschen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sind es 69, im US-Bundesstaat New York 10.000.

- **Eine vermutete hohe Dunkelziffer.** Einige Länder verfügen nicht über die nötigen Einrichtungen, Tests durchzuführen. Noch heute wird in den meisten afrikanischen Ländern wenig getestet, auch aus Kostengründen, was auf viele unerkannte Infektionen schließen lässt. Aber nicht zwangsläufig: Denn wären die realen Infektionsraten tatsächlich höher als die offiziellen,

müsste sich das in einer Sterblichkeit niederschlagen. Bis jetzt gibt es dafür aber keine Anzeichen.

Neben diesen Faktoren spielt eine vielleicht entscheidende Rolle, dass die meisten afrikanischen Staaten sehr früh und sehr konsequent auf die drohende Pandemie reagiert haben. Ausgangssperren wurden oftmals weitaus früher beschlossen als in den Industriestaaten. Von den 54 afrikanischen Staaten hatten Ende April 42 Länder ihr öffentliches Leben heruntergefahren – mit strengeren Auflagen und Beschränkungen als zum Beispiel Deutschland.

Musterschüler Südafrika? Noch Ende März lag die Zahl der offiziell mit COVID-19 Infizierten bei lediglich 1.500. Dennoch verhängte die ANC-Regierung von Präsident Cyril Ramaphosa am 26. März eine

der strengsten Ausgangssperren weltweit. Eine Woche zuvor hatte man die Grenzen geschlossen. Menschen durften ihre Häuser nur in Ausnahmefällen verlassen, auf Zuwiderhandlungen stand bis zu einem Monat Haft. Polizei unterstützt von Militär setzte die Ausgangssperre durch. Dafür gab es Lob von der WHO, der Weltgesundheitsorganisation. Afrikas einziger Industriestaat gewann damit vor allem eins: Zeit. Bis heute (Stand: Ende Mai) erkrankten in Südafrika lediglich 29.240 Menschen an COVID-19, 611 Menschen verstarben, 680.175 Tests wurden durchgeführt. Am 1. Juni wurde die Ausgangssperre aufgehoben, Menschen dürfen jetzt wieder ihre Häuser verlassen – jedoch nur, um zur Arbeit zu gehen, wichtige Dinge zu kaufen oder für Arztbesuche. In der Öffentlichkeit besteht weiterhin Maskenpflicht.

„Anfangs hat Südafrika in der Tat vernünftig und entschlossen auf das Heraufdämmern der Pandemie reagiert – und die Bevölkerung auch mitgezogen“, so Wolfgang Drechsler, der als „Handelsblatt“-Korrespondent in Südafrika lebt. „Allerdings hat die Regierung mit einer inzwischen kaum noch nachvollziehbaren Überbürokratisierung vieler Entscheidungen zuletzt viel Wohlwollen verspielt. Während Deutschland seine Bürger trotz gewisser Einschränkungen wie Erwachsene behandelt hat, ist Südafrika zu einem ‚nanny state‘ geworden, der glaubt, seine Menschen wie kleine Kinder mit abstrusen Vorschriften gängeln zu können, etwa dem Verbot, Alkohol oder Sommerkleidung zu kaufen – Winterkluft ist erlaubt.“ Drechsler musste schon zwei Mal auf dem Weg vom Supermarkt nach Hause Polizisten auf eine Wache begleiten,

weil er nicht den kürzesten Weg nach Hause genommen hatte und ein anderes Mal die Ausgangssperre 21 Uhr um zehn Minuten überzogen hatte.

Früh reagiert - gut vorbereitet.

Im westafrikanischen Senegal begann man bereits im Januar, als erste internationale Warnungen ergingen, mit der Planung von Maßnahmen gegen die Pandemie, wie der „Guardian“ schreibt. Die Regierung schloss die Grenzen, initiierte einen umfassenden Plan zur Rückverfolgung von Kontakten und bot, da es sich um eine Nation von Haushalten mit mehreren Beschäftigungen handelt, jedem einzelnen Coronavirus-Patienten ein Bett in einem Krankenhaus oder einer kommunalen Gesundheitseinrichtung an. Mit einem bemerkenswerten Resultat: Das Land mit 16 Mil-



Polizistinnen und ein Soldat auf einer Patrouille in den Straßen von Johannesburg/Südafrika Ende März 2020. Die sehr strengen Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 in Südafrika wurden mit Staatsgewalt durchgesetzt. Bei Missachtung der Ausgangssperre drohte bis zu einem Monat Gefängnis.

Foto: imago images/Xinhua/Yeshiel Panchia



Auf einem Wohnhaus in Kapstadt in Südafrika ist eine Werbetafel angebracht, auf der die Menschen aufgefordert werden, Gesichtsmasken zu tragen. Die Provinz Westkap, zu der auch Kapstadt gehört, hat sich zum Coronavirus-Hotspot des Landes entwickelt und macht mehr als die Hälfte der bestätigten Fälle des Landes aus.

Foto: picture alliance/AP Photo/Nardus Engelbrecht



Um die Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern, wurde dieser Markt desinfiziert. Dakar/Senegal Ende März 2020.

Foto: imago images/Le Pictorium/Sadak Souici



Krankenschwestern, die sich in der Abteilung für Infektionskrankheiten um Coronavirus-Patienten kümmern, nehmen an einem Zumba-Tanz-Fitness-Kurs auf dem Parkplatz vor dem Lehr-, Überweisungs- und Forschungs Krankenhaus der Kenyatta University teil, Nairobi/Kenia im Mai 2020.

Foto: picture alliance/AP Photo/Brian Inganga

lionen Menschen hat bislang nur 30 Todesfälle zu beklagen. Demnächst soll es 1-Dollar-Diagnose-Kits geben, mit denen das Virus in 10 Minuten erkannt werden kann. Ghana mit 30 Millionen Einwohnern hat eine ähnliche niedrige Zahl an Todesopfern wie Senegal, was zum Teil auf ein umfangreiches System zur Kontaktverfolgung zurückzuführen ist, bei dem eine große Anzahl von Gemeindegesundheitspersonal und Freiwilligen sowie andere innovative Techniken wie „Pooltests“ eingesetzt werden, bei der mehrere Blutproben zusammen getestet und nur dann separat verarbeitet werden, wenn ein positives Ergebnis gefunden wird. Die Vorteile dieses Ansatzes werden derzeit von der WHO untersucht. Ghana, hat so mehr als 161.000 Menschen testen lassen. Dies ist nach Südafrika die zweithöchste Rate des Kontinents. Inspiriert vom britischen Weltkriegsveteran Captain Tom Moore, der mit einem Spenden-Marathon am Rollator anlässlich seines 100. Geburtstags für das nationale Gesundheitssystem (NHS) umgerechnet 36 Millionen

Euro gesammelt hat, machte sich in Ghana der 95-jährige Joseph Hammond auf einen langen Weg: Wie Moore ist auch er ein Veteran des Zweiten Weltkriegs, in einer Woche legte er 23 Kilometer zurück und konnte umgerechnet 23.000 Euro einsammeln. „Ich habe im Krieg gekämpft, der vor 75 Jahren endete. Jetzt stehen wir vor einem weiteren unsichtbaren Krieg – gegen COVID-19“, sagte Hammond in einer Videobotschaft. Laufen will er, bis er 550.000 Euro eingesammelt hat, um damit „alte Menschen und die vielen Helfer zu unterstützen, die an der Front kämpfen, um COVID-19 aus Afrika zu werfen“.

Ausgangssperre als Geldquelle.

„In der Republik Kongo begannen die Ausgangssperren Ende März“, erinnert sich Ronnie Nsafou-Batchi. Das sonst so wuselige Brazzaville wirkte plötzlich wie ausgestorben. „Die Leute hielten sich auch tatsächlich daran“, so der der 39-jährige Englischlehrer und NGO-Gründer. „Die Ausgangssperre ist inzwischen

aufgehoben, aber Beschränkungen gibt es immer noch. Kirchen und Restaurants sind geschlossen, die Märkte haben an den Wochenenden ebenfalls zu, sind nur in der Woche gelegentlich geöffnet“, sagt er. „Vor allem für die Polizei bescherten die Beschränkungen ein Zusatzgeschäft. Wer keine Maske trägt oder nach der Ausgangssperre um 20 Uhr noch auf der Straße angetroffen wird, muss zehn US-Dollar bezahlen. Das wandert dann direkt in die Tasche des Polizisten. Auch deshalb befolgen die Leute die Regeln sehr strikt“, so Nsafou-Batchi. In dem ostafrikanischen Zwergstaat Dschibuti begann der Lockdown bereits am 18. März – Märkte und Geschäfte blieben bis 22. Mai komplett geschlossen. Das frühe und konsequente Vorgehen hat vor allem mit der großen Präsenz von Chinesen im Land zu tun. 2,5 Prozent der Bevölkerung, insgesamt 25.000 Menschen, wurden mit Hilfe chinesischer Ärzte bislang auf Corona getestet. 1.241 Fälle waren positiv, 20 Menschen starben. „Jetzt dürfen Märkte

wieder besucht werden, es besteht Maskenpflicht. Wer keine hat, kann sich eine leihen – für zwei Stunden Marktbesuch kostet das 150 Franc (76 Euro-Cent), für vier Stunden 400 Franc (2 Euro)“, berichtet Tata Omar, der als Fremdenführer arbeitet. In Ägypten, dem ersten von Corona befallenen afrikanischen Land, lag die Zahl der Betroffenen Ende Mai bei 20.793, gerade mal 29 Menschen sind gestorben.

Medizinische Nebenfolgen von Corona.

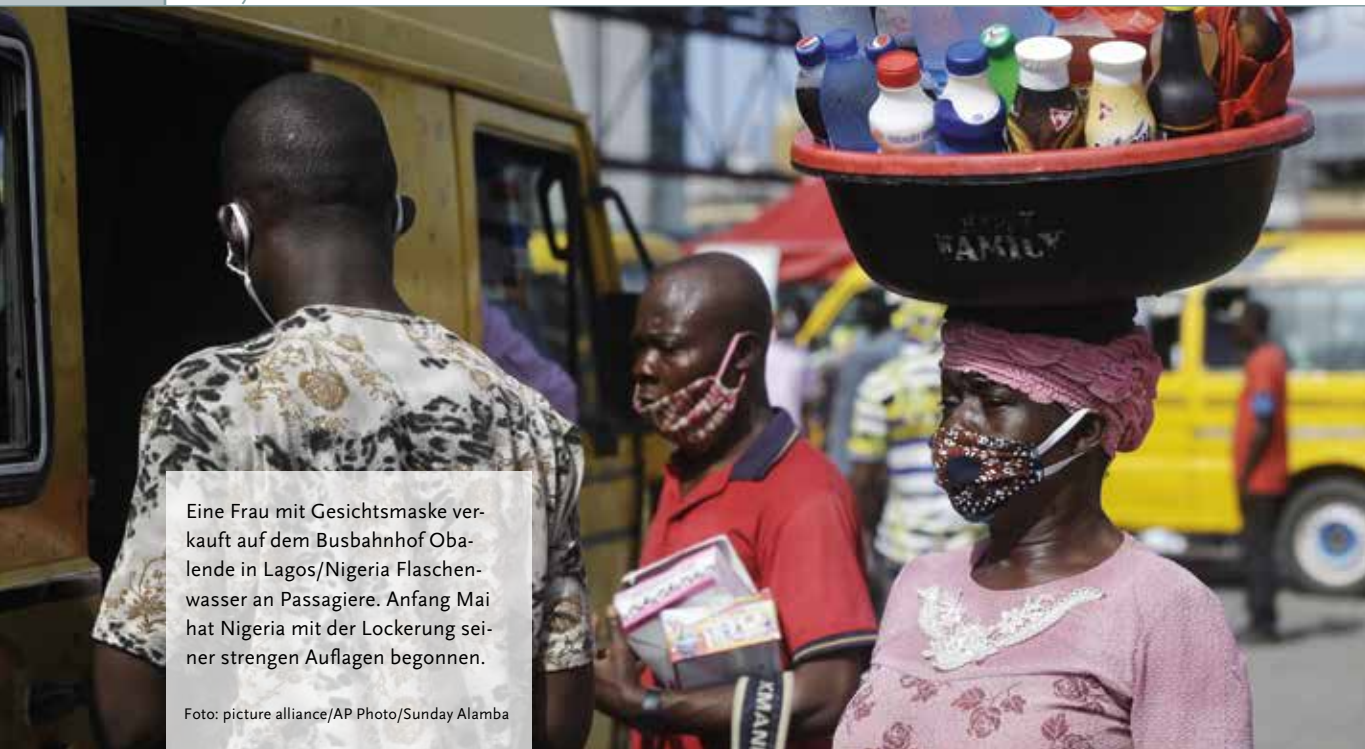
Wütende Menschen, die wie in Deutschland oder den USA die Existenz des Virus oder die Verhältnismäßigkeit der staatlichen Maßnahmen bezweifeln, sind in Afrika selten. „Es ist wohl vor allem der täglichen Konfrontation mit gesundheitlichen Gefahren geschuldet, dass viele Afrikaner das Virus gelassener als anderswo betrachten. Wenn das ganze Leben ein Existenzkampf ist, fällt es schwer, sich über etwas zu sorgen, dass man nicht einmal sieht. Vermutlich haben sich Afrikas Erfahrungen mit anderen Infektionskrankheiten

wie Malaria, Cholera und Tuberkulose, aber auch Aids, bei der Bekämpfung des Corona-Virus als nützlich erwiesen“, so Wolfgang Drechsler. Dabei sind die Folgen, welche die Stilllegung des öffentlichen Lebens für die afrikanischen Gesellschaften haben, oft viel weitreichender als im Westen. Von „Kollateralschaden“ spricht Anne Jung, Referentin für Globale Gesundheit bei der Hilfsorganisation Medico International, gegenüber der Deutschen Welle (DW). Sie verweist vor allem auf medizinische Folgen, weil andere prophylaktische Maßnahmen vernachlässigt werden. So fallen zum Beispiel Routineimpfungen für Kinder gegen Masern aus. 117 Millionen Kinder in 24 Ländern, der Großteil davon in Afrika, könnten demnach wegen der Pandemie ihre Masernimpfungen nicht erhalten, heißt es in einer aktuellen Studie der WHO. Das wiederum könnte zu einem Wiederaufleben von Infektionskrankheiten wie Masern oder Polio sorgen. Die Nichtregierungsorganisation „Stop TB Partnership“ warnt, dass es durch

COVID-19-bedingte Störungen der Gesundheitsversorgung in Subsahara-Afrika zwischen 2020 und 2025 6,3 Millionen zusätzliche Tuberkulosefälle und zusätzliche 1,4 Millionen Tote geben könnte. Gerade in Afrika tritt Tuberkulose häufig in Verbindung mit Aids auf. Einer Studie von WHO und UNAIDS zufolge ist die Behandlung von Aids-Patienten derzeit ebenfalls eingeschränkt. Weil vielerorts die Versorgung mit antiretroviralen Medikamenten nicht mehr gewährleistet werden kann, könnten dieses und nächstes Jahr mehr als 500.000 Menschen zusätzlich in Zusammenhang mit Aids sterben.

Öffentliche Debatte über die Zukunft.

Neben gesundheitlichen „Kollateralschäden“ werden wirtschaftliche Folgen befürchtet. Südafrikas Wirtschaft wird dieses Jahr vermutlich um bis zu 17 Prozent schrumpfen. Ausgehend von einer Arbeitslosenquote von real fast 40 Prozent – offiziell sind es 29 Prozent – sind durch den aktuellen Lockdown bis zu zwei



Eine Frau mit Gesichtsmaske verkauft auf dem Busbahnhof Obalende in Lagos/Nigeria Flaschenwasser an Passagiere. Anfang Mai hat Nigeria mit der Lockerung seiner strengen Auflagen begonnen.

Foto: picture alliance/AP Photo/Sunday Alamba

Millionen Jobs zusätzlich verloren gegangen. Dies hat direkte Auswirkungen für fünf bis zehn Millionen Menschen, die unmittelbar von diesen Arbeitsplätzen abhängen. Wolfgang Drechsler: „So hat sich die Staatsverschuldung seit 2009 fast verdreifacht und zu einer brandgefährlichen Schuldenspirale geführt. Der extrem strikte Lockdown dürfte nicht nur die noch junge schwarze Mittelschicht hart treffen, sondern es der Regierung auch fast unmöglich machen, die bevorstehende humanitäre Krise zu schultern, die bereits jetzt weite Teile der Bevölkerung erfasst hat.“ Unterernährung war bereits vor der Pandemie ein Problem, aktuell herrscht aber vor allem in den Vorstädten und Elendsquartieren, Townships genannt, Nahrungsmittelknappheit. Trotz dieser Herausforderungen – es gibt auch Beobachter, die glauben, Südafrika könne gestärkt aus der Pandemie hervorgehen. Die Regierungspartei ANC kam gemeinsam mit den Oppositionsparteien ihrer politischen Verantwortung nach und führte mit zwar harten, aber

transparent kommunizierten und überwiegend akzeptierten Entscheidungen durch die Krise. Die Erfahrungen aus dem wochenlangen Stillstand des wirtschaftlichen und sozialen Lebens wurden trotz der im Land herrschenden Ungleichheit überwiegend als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen, der sich auch die Wirtschaft nicht verschloss. Im Land, das sich als „Regenbogennation“ versteht, gibt es eine öffentlich geführte Debatte über alternative Wirtschaftssysteme, den generellen Wert von Arbeit und die Rückbesinnung auf das Gemeinwohl. „Als sich das Virus auf dem Kontinent ausbreitete, hat Afrika schnell reagiert und bis zum heutigen Tage sind die registrierten Fallzahlen vergleichsweise niedrig“, lobte UN-Generalsekretär Antonio Guterres. „Wenn wir uns am Bild der Massenmedien orientieren, lernen wir heute alles darüber, wie Afrikaner sterben, aber nichts darüber, wie sie leben“, schrieb der schwedische Erfolgsautor Henning Mankell, der einen Teil seines Lebens in Mosambik lebte. In der Corona-

Berichterstattung deutscher Medien kam Afrika kaum vor – auch, weil das prognostizierte große Sterben bislang ausgeblieben ist. ■

Harald Stutte

Jahrgang 1964, bereist seit seinem 22. Lebensjahr regelmäßig afrikanische Staaten und ist mit einer Südafrikanerin verheiratet. Er lebt in Hamburg und ist Politikredakteur und Buchautor.

Kurz gefasst:

Viele befürchteten die höchsten Infektionszahlen in Afrika. Wahre Schreckens-Szenarien wurden entworfen mit kollabierenden Staaten. Dazu ist es aus verschiedenen Gründen nicht gekommen. Erfahrungen mit anderen Infektionskrankheiten hatten die afrikanischen Staaten schnell und gezielt reagieren lassen. Dennoch sind medizinische, wirtschaftliche und soziale Folgen auf dem Kontinent zu erwarten. Diese werden jedoch weitgehend als gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe verstanden.



Foto: privat

Wie wirken die Medien?

Die mediale Darstellung und Wahrnehmung der Bundeswehr



Foto: Bundeswehr/Torsten Kraatz

Besondere Relevanz bei der Wahrnehmung der Bundeswehr durch die Bürgerinnen und Bürger hat das Fernsehen.

Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) wird jährlich ermittelt, wie die Bevölkerung die Bundeswehr wahrnimmt. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Bundeswehr von den Bürgerinnen und Bürgern insbesondere über die Medien wahrgenommen wird. Im persönlichen Lebensumfeld wird die Bundeswehr hingegen seltener registriert. Die Bedeutung der Medien als Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft nimmt folglich zu. In diesem Zusammenhang stellen sich die Fragen, wie die Bundeswehr in den Medien dargestellt wird und ob sich diese Medienbilder auf die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung und Bewertung der Streitkräfte auswirken.

Die Medienberichterstattung gibt häufig nur ganz bestimmte Teile der Umgebung wieder und fixiert sich dabei oft auf negative Ereignisse (Negativismus). Die Medien bevorzugen bei der getroffenen Auswahl von Themen und

Beiträgen die seltenen Ereignisse, sie verhalten sich also anti-repräsentativ. Zudem bestimmen gewisse Faktoren einer Nachricht, ob diese als berichtenswert eingestuft wird oder nicht. Je mehr Nachrichtenfaktoren, wie z.B. Neuigkeit, Tragweite, Dramatik,

Kuriosität oder Konflikt, eine Nachricht aufweist, umso größer ist ihr Nachrichtenwert (Nachrichtenwerttheorie). Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch den Produzenten der Medienbeiträge zu, denn Journalisten →

fungieren im Prozess der Nachrichtenentstehung als eine Art Schleusenwärter (Gatekeeper), da sie die Inhalte selektieren und Prioritäten setzen, womit sie den Informationsfluss steuern. Studien konnten zeigen, dass sich nur wenige Journalisten in Deutschland intensiv mit dem Politikressort beschäftigen. Also dem Ressort, in dem die häufig komplexen sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen angesiedelt sind. Hinsichtlich der politischen Orientierung der befragten Journalisten resümieren die Forscher, dass sich die Journalistinnen und Journalisten in Deutschland im Durchschnitt selbst eher links der politischen Mitte verorten. Auf einer Skala von 1 bis 100, bei der die Zahl 1 für „politisch links“ und die Zahl 100 für „politisch rechts“ steht, liegt der Mittelwert der politischen Grundhaltung der Journalisten bei 38. Diese Faktoren tragen möglicherweise dazu bei, dass eine Überbetonung einer eher bundeswehrkritischen Perspektive in der generellen Medienberichterstattung wahrgenommen wird (News Bias).

Medienberichte über die Bundeswehr – neutral, aber problemorientiert. Bundeswehrangehörige selbst kritisieren häufiger, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger sich nicht richtig informieren, sondern vorgefertigte Meinungen aus den Medien übernehmen. Zudem zeigen sich die Soldatinnen und Soldaten enttäuscht darüber, dass, aus ihrer Sicht, Negativschlagzeilen über die Bundeswehr vorherrschen und, dass nur über die Schattenseiten der Einsätze berichtet wird.

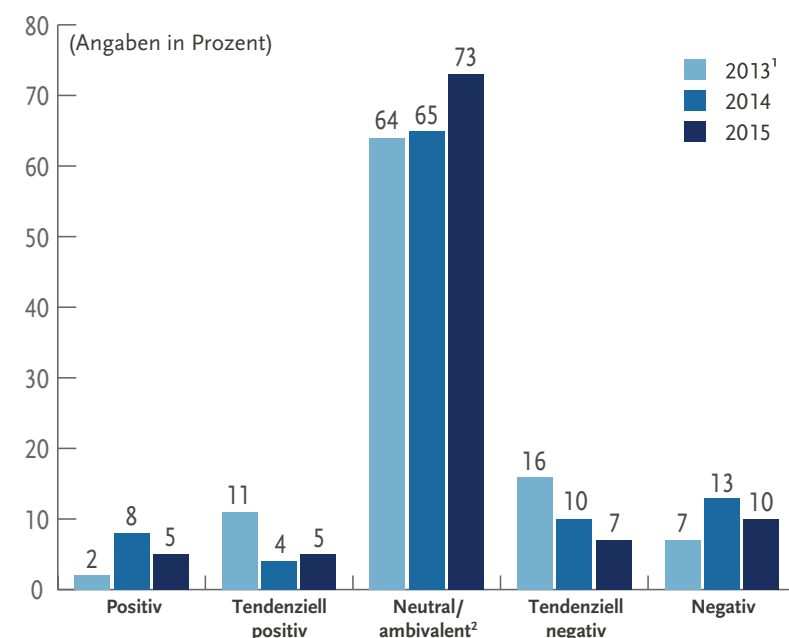
Wie wird die Bundeswehr also in den Medien dargestellt? Der generelle Medientenor über die Bundeswehr lässt sich anhand der Ergebnisse der Medienanalysen der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) bzw.

des Zentrums Informationsarbeit Bundeswehr (ZInfoABw) näher beleuchten (vgl. Abbildung 1). Die Medienresonanzanalyse bedient sich einer inhaltsanalytischen Methode – erfasst und codiert alle relevanten Beiträge mit Bundeswehrbezug der zugrundeliegenden Auswahl unterschiedlicher Medien. Codiert werden sowohl die Präsenz als auch die Tonalität von Themen und Akteuren. Der Zeitvergleich der Ergebnisse verdeutlicht, dass der Großteil der Berichterstattung über die Bundeswehr und ihre Auslandsmissionen als neutral bzw. ambivalent codiert wird (zwischen 64 und 73 Pro-

zent). Werden Berichte als wertend eingestuft, dann häufiger negativ (zwischen 17 und 23 Prozent) als positiv (zwischen 10 und 13 Prozent). Ein Befund, der sich auch mit einer Medienanalyse deckt, die nicht direkt aus dem Bundeswehrkontext stammt: Die Medienanalyse der Firma Medien Tenor berichtete, dass die Beiträge der betrachteten Fernsehnachrichten über die Bundeswehr überwiegend neutral formuliert waren (80 Prozent). Nur gelegentlich wurde negativ kommentiert (13 Prozent) und noch seltener positiv (7 Prozent). Weiterhin unterliegt die Bericht-

Abbildung 1

Tonalität der Berichterstattung über die Bundeswehr und ihrer Auslandsmissionen im Zeitvergleich



Anmerkungen:

1) Der Medienresonanzanalyse des Jahres 2013 lag ein kleineres Medienpanel zugrunde. Somit sind die Ergebnisse des Jahres 2013 nur eingeschränkt mit den Daten der beiden Folgejahre vergleichbar; 2) Ohne Bewertung bzw. positive und negative Aspekte gleichgewichtet.

Datenbasis: Medienresonanzanalysen der AIK 2013 und des ZInfoABw 2015 und 2016.

Quelle: ZMSBw/Meike Wanner; Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel



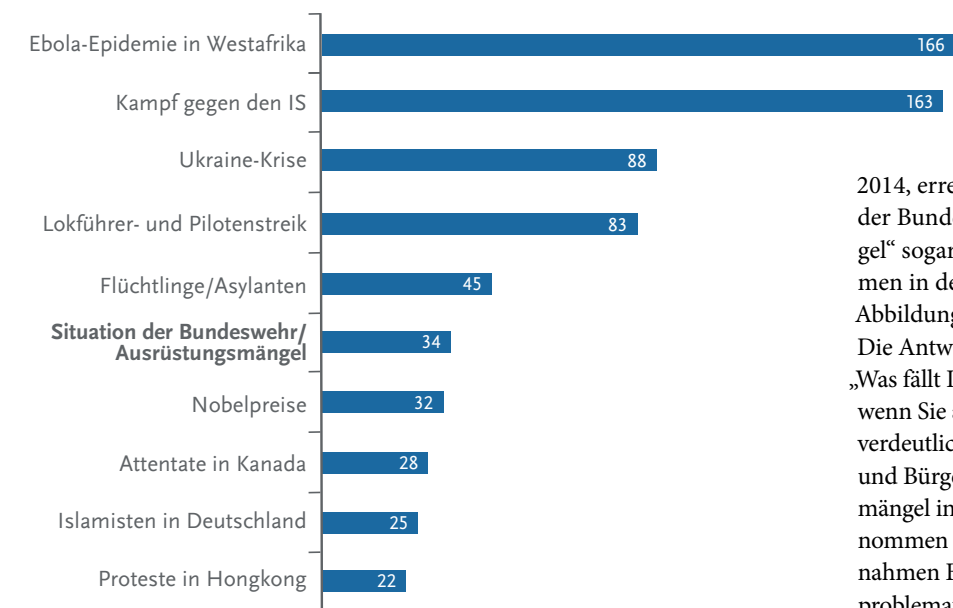
Foto: Bundeswehr/Ingo Bicker

Auch beim Eurofighter gab es Mängel: Der Hersteller hatte die Truppe gewarnt, dass sich am Rumpfhinterteil des Jets "Herstellungsfehler an einer großen Zahl von Bohrungen" entdeckt worden seien. Deswegen ist auch die Auslieferung neuer Jets durch "Airbus Defence and Space" zunächst verzögert worden.

Abbildung 2

Medienanalyse InfoMonitor Oktober 2014

Top-10-Themen in den TV-Hauptnachrichten, Oktober 2014
(in Sendeminuten)



Untersuchungszeitraum: 01.10 - 31.10.2014

Untersuchte Sendungen: Tagesschau 20:00 Uhr, heute 19:00 Uhr, RTL aktuell 18:45 Uhr, Sat.1 Nachrichten 20:00 Uhr

Quelle: ZMSBw/Meike Wanner; Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

erstattung über die Bundeswehr, aufgrund der Fixierung der Medien auf tagesaktuelle und außergewöhnliche bzw. konflikträchtige Ereignisse, starken Schwankungen. Für die Berichterstattung über den Afghanistaneseinsatz zeigt sich beispielsweise sehr deutlich, dass die Intensität der Berichterstattung insbesondere in Folge von Anschlägen, Gefechten und Todesfällen deutscher Soldaten oder afghanischer Zivilisten zwischenzeitlich deutlich anstieg. Zudem stellen Negativereignisse, die einen hohen Nachrichtenwert aufweisen, den primären Anlass für die Medienberichterstattung über die Bundeswehr dar. Besonders deutlich wurde dies im Rahmen der Bevölkerungsbefragung des Jahres 2014. Ein Thema, das durch die Medien intensiv vor und während des Erhebungszeitraumes der Studie kommuniziert wurde, waren die Ausrüstungsmängel der Bundeswehr. Die Medienanalyse InfoMonitor des Instituts für empirische Medienforschung (IFEM) wies das Thema auf Rang 14 der Top-20-Themen in den Fernsehnachrichten des Jahres 2014 aus. In der Detailbetrachtung für Oktober

2014, erreichte das Thema „Situation der Bundeswehr/Ausrüstungsmängel“ sogar Rang 6 der Top-10-Themen in den Hauptnachrichten (vgl. Abbildung 2).

Die Antworten auf die offene Frage „Was fällt Ihnen ganz spontan ein, wenn Sie an die Bundeswehr denken?“ verdeutlichen, dass die Bürgerinnen und Bürger das Thema Ausrüstungsmängel in den Medien wahrgenommen haben. Viele Nennungen nahmen Bezug auf die Ausrüstungsproblematik der Bundeswehr.

Interessanter Befund zur Wahrnehmung der Bundeswehr. Die betrachteten Medienanalysen



Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sorgte für viele negative Schlagzeilen: Durch die späte Auslieferung standen die Panzer für die schnelle Eingreiftruppe der Nato, deren Führung Deutschland 2019 übernahm, nicht zur Verfügung. Die Verbände, die die sogenannten VJTF-Kräfte (Very High Readiness Joint Task Force) stellen sollten, mussten sich Panzer von anderen Einheiten zusammenleihen - wegen akuter Ausrüstungsmängel.

Foto: Bundeswehr/Maximilian Schulz



Lesetipps:

Wanner, Meike (2019): Das Ansehen der Bundeswehr. Persönliche Einstellung versus Meinungsklimawahrnehmung. Baden-Baden, Nomos Verlag.

Wanner, Meike (2019): Die öffentliche Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr. In: Möllers, Heiner/Jacobs, Jörg (Hrsg.): Bundeswehr und Medien. Ereignisse – Handlungsmuster – Mechanismen in jüngster Geschichte und heute. Baden-Baden, Nomos Verlag. S. 105-122.

Wanner, Meike (2015): Die mediale Darstellung der Bundeswehr. Analyse von Einflüssen auf die öffentliche Wahrnehmung und Bewertung der Streitkräfte. In: Biehl Heiko/Schoen, Harald (Hrsg.): Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Wiesbaden, Springer VS. S. 179-205.

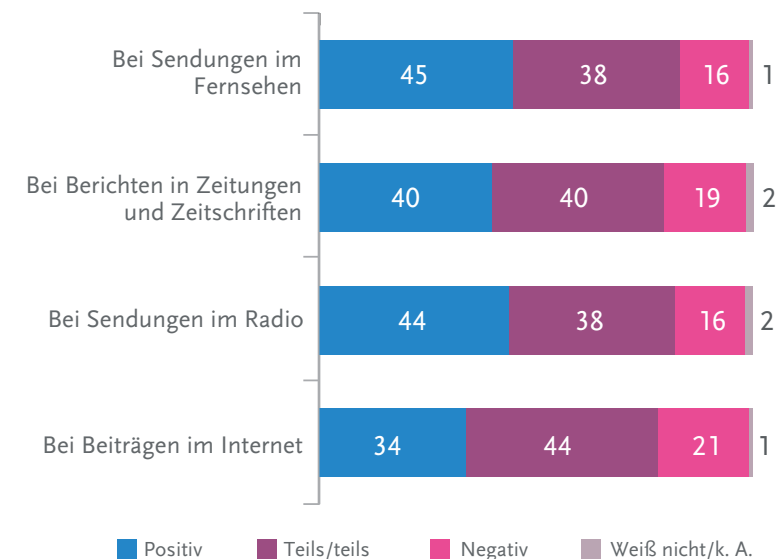
Würich, Sabine/Scheffer, Ulrike (2014): Operation Heimkehr. Bundeswehrsoldaten über ihr Leben nach dem Auslandseinsatz. Berlin: Christoph Links Verlag.

und Befragungsergebnisse legen die Annahme nahe, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung und Bewertung der Streitkräfte in den Medien eher negativ ausfällt. Die nachfolgenden Studienergebnisse, die aus Vergleichbarkeitsgründen aus demselben Jahr stammen, zeigen diesbezüglich jedoch einen interessanten Befund. Obwohl die Bundeswehr vor allem medial vermittelt wahrgenommen wird und die Medien oftmals aufgrund negativer Ereignisse über die Bundeswehr berichten, werden die

Bewertung der Wahrnehmung der Bundeswehr

Abbildung 3

Und wie war bei diesen Gelegenheiten Ihr persönlicher Eindruck von der Bundeswehr? (Angaben in Prozent)



Datenbasis: Bevölkerungsbefragung 2014 des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr.

Quelle: ZMSBw/Meike Wanner; Grafik: Bundeswehr/Daniela Hebbel

Streitkräfte nur von einer Minderheit auch negativ in den Medien wahrgenommen (vgl. Abbildung 3). Die Anteile der Bürgerinnen und Bürger, die angaben, dass sie durch die Medienberichterstattung einen negativen Eindruck von der Bundeswehr bekommen haben, liegen zwischen 16 Prozent (in Sendungen im Fernsehen oder im Radio) und 21 Prozent (in Beiträgen im Internet). Der Großteil der Bundesbürger nimmt die Streitkräfte in den Medien teils positiv, teils negativ (zwischen 38 und 44 Prozent) oder positiv (zwischen 34 und 45 Prozent) wahr. Ein Befund, der sich in allen Erhebungen der Folgejahre bestätigt.

Medienberichte wirken – aber nur kurzfristig. Aufgrund der Ergebnisse der Medienresonanzstudien, dass Bundeswehrberichte, wenn sie wertend eingestuft wurden, eher

negativ als positiv und aufgrund der Erkenntnis, dass häufig problembezogen über die Bundeswehr berichtet wird, erstaunt das Ergebnis, dass nur so wenige Bürgerinnen und Bürger von einer negativen Wahrnehmung der Bundeswehr in den unterschiedlichen Medien berichten. Empirische Untersuchungen konnten in der Vergangenheit aufzeigen, dass selbst eine intensive Medienberichterstattung über besonders kritische Ereignisse, etwa den Skandal um die Totenschädelknochen deutscher Soldaten auf einem Gräberfeld in Afghanistan, die öffentliche Meinung über die Bundeswehr nur kurzfristig signifikant beeinflusst hat. Es ist daher anzunehmen, dass bereits bestehende Voreinstellungen zur Bundeswehr sowie eine Reihe weiterer Kontextfaktoren einen Einfluss darauf ausüben, ob Medienberichte über die Streitkräfte wahr-

genommen und wie diese bewertet werden. Die generelle Einstellung der Bundesbürger zu den Streitkräften ist überaus positiv. Das belegen die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung des ZMSBw seit vielen Jahren. Die dargestellten Befunde zur Wahrnehmung und Bewertung der Streitkräfte verdeutlichen auch, dass sich die generelle Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Bundeswehr als stabil und gegenüber Beeinflussungsversuchen robust erweist.



Foto: privat

Meike Wanner

Dr., Soziologin, Jahrgang 1980, ist Projektleiterin im Forschungsbereich Sicherheitspolitik und Streitkräfte am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam. Forschungsinteressen: Quantitative und qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung, Innere Führung, Sicherheitspolitik, Meinungsklimaforschung, Wahrnehmungsphänomene, Medienwirkungsforschung.

Kurz gefasst:

Im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr wurde die Wehrpflicht ausgesetzt, die Truppenstärke verringert sowie Bundeswehrstandorte geschlossen oder zusammengelegt. Als Folge der beschriebenen Veränderungen nehmen persönliche Begegnungen im Alltag und Erfahrungsmöglichkeiten zwischen den Bürgern und den Streitkräften sukzessive ab. Die Bedeutung der Medien, als Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, nimmt zu. In diesem Zusammenhang stellen sich die Fragen, wie die Bundeswehr in den Medien dargestellt wird und ob sich diese Medienbilder auf die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung und Bewertung der Streitkräfte auswirken.



20. August 1980

Kabinett billigt erstes
Ehrenzeichen der Bundeswehr



Foto: SZ Photo/ap/dpa/picture alliance

Das Bundeskabinett unter Bundeskanzler Helmut Schmidt billigt auf seiner Sitzung vom 20. August 1980 die Einführung des ersten Ehrenzeichens der Bundeswehr. Mit Erlass vom 6. November 1980 stiftet Verteidigungsminister Hans Apel offiziell das Ehrenzeichen anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr. Mit dieser Auszeichnung in vier Stufen (Ehrenmedaille, Ehrenkreuz in Bronze, Silber und Gold) sollen bundeswehrspezifische Verdienste und über die Norm hinausgehende Pflichterfüllung gewürdigt werden. Mit der Neufassung des Stiftungserlasses vom 13. August 2008 stiftet Verteidigungsminister Franz Josef Jung das Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit als fünfte Stufe. Außerdem wird das Ehrenzeichen um zwei Sonderformen erweitert: das Ehrenkreuz in Silber mit rotem Rand für herausragende Leistungen, insbesondere hervorragende Einzeltaten ohne Gefahr für Leib und Leben und das Ehrenkreuz in Gold mit rotem Rand für solche Leistungen unter Gefahr für Leib und Leben.

Himmeroder Denkschrift

Die Himmeroder Denkschrift vom 9. Oktober 1950 enthält politische und militärische Überlegungen zu neuen, westdeutschen Streitkräften. Das Dokument ist Geheime Bundessache. Sein brisanter Inhalt ist nur Bundeskanzler Konrad Adenauer bekannt.

Impuls für die Denkschrift ist unter anderem der am 25. Juni 1950 ausgebrochene Korea-Krieg. Er führt zu Kriegsängsten in der Bevölkerung. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ kommentiert am 29. Juni 1950: „Der Korea-Krieg sei ein für den Kalten Krieg typischer Stellvertreterkrieg“. Er würde mit Wissen und Billigung der Sowjetunion

geführt. Die Deutschen ziehen Parallelen zwischen dem geteilten Korea und dem geteilten Deutschland: Sie fühlen sich durch einen möglichen Angriff Moskaus auf das wehrlose Westdeutschland bedroht. Adenauer erteilt deshalb den Auftrag zu prüfen: Welchen Beitrag könne die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland zur Verteidigung Euro-

pas gegen einen kommunistischen Angriff leisten? Dazu treffen sich 15 Militärexperten zu einer geheimen Klausurtagung im Zisterzienserkloster Himmerod in der Eifel vom 5. bis 9. Oktober 1950. Sie sind alle ehemals hochrangige Offiziere der Wehrmacht: fünf Stabsoffiziere und zehn Generale sowie Admirale. Alle sind durch die NS-Zeit politisch nicht belastet und von der Bundesregierung sowie den Alliierten akzeptiert. Sie schaffen 1950 mit der Himmeroder Denkschrift Grundlagen für den 1955 beginnenden Aufbau der Bundeswehr. Die Militärexperten erarbeiten in vier Ausschüssen gemeinsam die Denkschrift. Sie gliedert sich in fünf Abschnitte: Militärpolitische Grundlagen, Operative Lage der Bundesrepublik, Organisa-

tion des Deutschen Kontingentes, Ausbildung und Inneres Gefüge. Bei den Ausbildungsfragen knüpfen die Experten an die Erfahrungen von Reichswehr und Wehrmacht an. Beim Inneren Gefüge heißt es dagegen: „Damit sind die Voraussetzungen für den Neuaufbau von denen der Vergangenheit so verschieden, dass ohne Anlehnung an die Formen der alten Wehrmacht heute grundlegend Neues zu schaffen ist. (...) Die Verpflichtung Europa gegenüber (...) überdeckt alle traditionellen nationalen Bindungen.“ „Das deutsche Kontingent darf nicht ein „Staat im Staate“ werden. Das Ganze wie der Einzelne haben aus innerer Überzeugung die demokratischen Staats- und Lebensform zu bejahen.“ Die Denkschrift fordert rein nationale Verbände bis zur Korpsstärke, keine Integration in gemischten Verbänden. Keinesfalls sollen deutsche Soldaten als „Soldaten zweiter Klasse“ in alliierte Strukturen eingebunden sein. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben starke Luftwaffen und Marinen. Deshalb sehen die Experten den Schwerpunkt deutscher Streitkräfte beim Heer: Es soll eine Stärke von 250.000 Mann in zwölf Divisionen mit insgesamt 3.600 Panzern haben. Die zwölf Divisionen sind im April 1965 tatsächlich komplett aufgestellt und werden der NATO unterstellt. Aus dem Himmeroder Expertenkreis gehen sieben Generale/Admirale für die Bundeswehr hervor. Sie steigen in höchste Ränge auf: Adolf Heusinger wird erster Generalinspekteur, Hans Röttiger wird erster Inspekteur des Heeres und Friedrich Ruge erster Inspekteur der Marine, Dr. Hans Speidel und Johann Adolf Graf von Kielmansegg werden als Alliierte Oberbefehlshaber Europa Mitte zu Viersterne-Generalen befördert. (ub)

Lesen Sie unser ausführliches Feature zum Thema „70 Jahre Himmerod“ in der nächsten Ausgabe der if.



Ansicht der Klosterkirche von Himmerod. Zum Zeitpunkt der Klausurtagung 1950 stand nur noch die Ruine der Kirche, die nach der Säkularisierung 1802 abgetragen worden war. Sie wurde ab 1952 wieder aufgebaut.

Foto: imago/imagebroker/Manfred Vollmer



1. Juli 1990

Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion



Foto: SZ Photo/ap/dpa/picture alliance

Die DDR führt die Deutsche Mark anstelle der DDR-Mark ein. Sie schafft damit die Voraussetzungen für die Soziale Marktwirtschaft und die Übernahme der bundesdeutschen Sozialversicherung, Sozialhilfe sowie Arbeitsrechtsordnung. Das Umweltrahmengesetz der DDR gleicht in Ansätzen den Vorschriften für den Natur-, Emissions- und Strahlenschutz der Bundesrepublik. Das staatliche Außenhandelsmonopol der DDR wird aufgehoben und das bundesdeutsche Steuer- und Zollrecht eingeführt. Die Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhändanstalt) soll die volkseigenen Betriebe (VEB), die bisher Abgaben an den Staat abzuführen hatten, sanieren, privatisieren oder stilllegen und die volkseigenen Güter und Wälder übernehmen. Mit dem In-Kraft-Treten des Staatsvertrages am 1. Juli werden außerdem die Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze aufgehoben.



Die Welt im Web

Europäische Truppen und Energieeffizienz

Konsultationsforum für nachhaltige Energie im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich (CF SEDSS)

Das CF SEDSS der Europäischen Kommission bringt Verteidigungsexperten der EU-Mitgliedstaaten bei der Verteidigungsagentur (EVA) zusammen, um eine nachhaltige und resiliente Energienutzung durch ihre Truppen zu forcieren.



Die Seite des CF SEDSS ist eine Unterseite der Europäischen Verteidigungsagentur. Sie liefert nicht nur detaillierte Informationen über den Stand, Umfang und Ziele (factsheets) der Konsultationen, sondern berichtet im Info Hub auch über neueste Projekte der EVA, wie jenes zur Verbesserung von militärischen Sensoren, und bietet neuste Verteidigungsdaten aller 27 EU-Mitglieder als download an. www.eda.europa.eu/european-defence-energy-network/consultation-forum

Corona

Robert Koch-Institut

Aktuelle Informationen, grundlegende Erkenntnisse sowie Warn- und Sicherheitshinweise – wer in der COVID-19-Krise zuverlässig und wissenschaftlich abgesichert auf dem Laufenden bleiben will, ist auf der

Homepage des Robert Koch-Instituts (RKI) an der richtigen Adresse. Das RKI ist die zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Gesundheitsüberwachung und -prävention. Neben der Corona-Lage bieten die Seiten des Berliner Instituts Informationen zu weiteren Infektionskrankheiten, Krankheiten in Reiseländern, Impfungen oder auch Antibiotika-Resistenzen. Darüber hinaus ist das RKI für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes zuständig. So veröffentlicht die Instituts-eigene Onlinezeitschrift Journal of Health Monitoring Informationen zur Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland. Zusammengefasst gibt es diese Informationen in Themenheften zu einigen Schwerpunkten wie „Blindheit und Sehbehinderung“ sowie im umfassenden Bericht über die „Gesundheit in Deutschland 2015“. www.rki.de



Die Situation von Frauen im lockdown

Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung, Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) fokussiert in der Studie „Women at the core of the fight against COVID-19“, „warum Frauen von COVID-19 stärker betroffen sind als Männer“. Eine traditionell stärkere Einbindung im Haushalt fördere unbezahlte Zwangsabhängigkeit. Häusliche Gewalt gegenüber Frauen hat 2020 weltweit zugenommen. Während in der Gesundheitsbranche (u.a. 70 Prozent Krankenschwestern) weibliche Arbeitnehmerinnen dominieren, sind Frauen z.B. in der Bekleidungsindustrie häufiger arbeitslos und drohen eher zu verarmen als Männer. Die Studie ist Teil des lesenswerten OECD-Dossiers „Tackling Coronavirus“. www.oecd.org/coronavirus/en/



Geschichte

Der Nordkorea-Konflikt

Interessenlagen, Konfliktdimensionen, Lösungswege



Michael Staack
Verlag Barbara Budrich GmbH,
Dezember 2019
198 Seiten
ISBN:
978-3-8474-2339-3
Preis: 36,- €

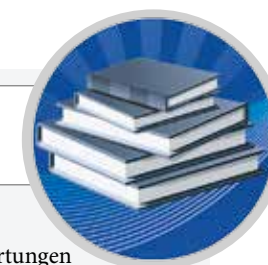
Neben einigen Reportagen über Nordkorea findet der Leser

kein aktuelles deutschsprachiges Sachbuch über die historischen Hintergründe und die sicherheitspolitische Entwicklung auf der koreanischen

Halbinsel. Diese Lücke schließt der empfehlenswerte und gut strukturierte Sammelband des Instituts für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, herausgegeben durch M. Staack. Die renommierten Autoren analysieren die Haltung der USA, Chinas, Russlands, Deutschlands und der EU im Korea-Konflikt; besonders detailliert sind die Texte über die Chancen einer Denuklearisierung der Region.

Die Korea-Expertin I-Mi Suh legt überzeugend dar, warum die Multilateralisierung der Korea-Verhandlungen eine Kompromissfindung „ungemein schwieriger“ macht. Bedenkenswert

sind auch die Bewertungen des Entspannungsprozesses im Lichte der drei Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Machhaber Kim Jong Un. Zuerst schien es, der neue Kurs gegenüber Pjöngjang könne das Risiko einer nuklearen Eskalation neutralisieren und zu einem ernsthaften Dialog führen. Tatsächlich scheiterte dieser Ansatz jedoch ebenso wie die „Sonnenscheinpolitik“ Südkoreas, die beide Länder einander annähern und in einer Entspannungspolitik münden sollte. Nordkorea betrachtet derartige Versuche als eine Bedrohung des Regimes. (ama)



Buchtipps

1870/71

Der Mythos von der deutschen Einheit

In „1871- Der Mythos der deutschen Einheit“ nimmt sich der als Journalist tätige Historiker Tillmann Bendikowski einem als bereits gut erforscht geltenden Thema an. Das Werk beinhaltet eine Vielzahl historischer Facetten, welche die deutsche Reichsgründung im Spiegelsaal von Versailles noch anderthalb Jahrhunderte später und dreißig Jahre nach der deutschen Einheit interessant erscheinen lassen. Dementsprechend verrät bereits der Titel, dass es sich hierbei um eine innovative Auseinandersetzung mit der deutschen Reichsgründung und der damit einhergehenden Einheit handelt. Bendikowskis Werk ist deswegen kein normatives Geschichtsbuch, sondern vielmehr eine Reevaluation der bisher bekannten nationalen Narrative. Auf subtile Art und Weise erfährt der Leser mehr über die Mechanismen, welche zur Bildung nationaler Mythen und deren geschichtspolitischer Rezeption beitragen. Inhaltlich fokussiert sich der Autor auf den Zeitraum der Jahre 1866 bis 1871. Dabei bietet er der Leserschaft eine von ihm zusammengestellte Aus-



wahl von neun Tagen, welche das historische Geschehen besonders charakteristisch darstellt. Der gut lesbare, journalistische Schreibstil ermöglicht es vor allem jüngeren Leserinnen und Lesern, sich einem komplexen Geschehen anzunähern. Auch deswegen bleibt die wünschenswerte kontextuelle Tiefe der Darstellung manchmal aus. Instrukтив ausgewählt ist das Bild- und Zitatmaterial, welches das Textverständnis ungemein erleichtert. Das „Dreigestirn“ der Reichseinigung, Wilhelm I., Otto von Bismarck und Helmuth von Moltke, wird nicht, wie einst üblich, posthum verherrlicht. Der Autor stellt stattdessen menschliche Stärken und Schwächen historischer Persönlichkeiten dar und ermöglicht damit einen breiteren Blickwinkel auf die Vergangenheit. Bendikowski versteht es, durch die Schilderung von individuellen Schicksalen, Geschichte menschlich und greifbar zu machen - jenseits nationaler Mythenbildung. (nab)

Tillmann Bendikowski
Verlag C. Bertelsmann, Mai 2020
400 Seiten
ISBN: 978-3-570-10407-1
Preis: 25,- €

Politische Bildung

UN-Blauhelme

Kanada und die Politik des Peacekeepings im 20. Jahrhundert

Jan Erik Schulte
Schöningh Verlag, Februar 2020
521 Seiten
ISBN: 978-3-506-78780-4
Preis: 64,- €



Es geht nicht primär um (kanadische) UN-Blauhelme, sondern darum den Mythos des ‚Peacekeeping‘ als Identitätsstiftendes Merkmal der Kanadier zu etablieren. Der unglücklich gewählte Titel ist bereits der größte Kritikpunkt

an dem Werk Schultes. Das aus einer 2015 eingereichten Habilitation an der Ruhr Universität Bochum entstandene Buch stellt in 13 chronologischen und thematischen Kapiteln, sowie einem Ausblick ins 21. Jahrhundert, die Entwicklung und Verbreitung des Mythos dar. An fast allen UN-Einsätzen und anderen vermittelnden Missionen waren von 1948 bis zur Mitte der 1990er Jahre kanadische Soldatinnen und Soldaten maßgeblich beteiligt. Dazu zählten staatliche, halb- und nichtstaatliche Organisationen und Akteure sowie, wenn auch anfangs mit

geringer Begeisterung, die Streitkräfte. Diese propagierten die Einsätze als Ausdruck der kanadischen Mentalität und als einigendes Band ihrer Nation. Die Kommunikationswege sowie die Kommunikatorinnen und Kommunikatoren werden vor dem Hintergrund der Einsätze, der innen- und außenpolitischen Probleme Kanadas sowie den politischen Agenden der Regierungen vorgestellt. Die Argumentation ist stringent und wird auch für Leserinnen und Leser ohne Kenntnis der kanadischen Geschichte verständlich vermittelt. Ein lesenswertes Buch über Kanada, politische Mythen und die Vermittlung politischer Entscheidungen an die Gesellschaft. (lki)

Building Special Operations Relationships with Fragile Partners

Best Practices from Iraq, Syria, and Afghanistan

2014 verliert die irakische Armee den Kampf gegen ISIS. 2015 erobern die Taliban kurzzeitig die Stadt Kundus zurück. Warum waren die Streitkräfte dieser Länder trotz jahrelanger Trainingsmissionen der NATO nicht in der Lage dies zu verhindern? Wie wirksam sind Maßnahmen von „Train, Advise und Assist“ (TAA) in asymmetrischen Konflikten? Die Autoren untersuchen diese Fragen, um Beratern aus Spezialeinheiten realistische Ziele vorgeben und ihre operationelle Wirksamkeit erhöhen zu können – und, um politischen Entscheidungsträgern ein realistisches Lagebild zu vermitteln. Nur so kann die Strategie angepasst und eine größere Wirkung erzielt werden. Die Studie betrachtet die taktischen Beziehungen zwischen NATO-Spezialeinheiten und ihren lokalen Partnern und untersucht sie auf ihre Wirksamkeit. Das Ergebnis: Die Effektivität aktueller Einsätze in asymmetrischen Konflikten lässt sich durch Aufbau und Erhalt von Beziehungen auf taktischer Ebene steigern, wenn Rahmenbedingungen, Ausbildung und

Anreize auf das Szenario der jeweiligen Mission zugeschnitten sind – letztlich ist jedoch die strategische Ebene für die Konfliktlösung entscheidend. Militärfachliches Vorwissen erleichtert die Lektüre. (syb)

Sebastian Koegler, Torsten Gojowski
Miles Verlag, Februar 2019
120 Seiten
ISBN: 978-3945861882
Preis: 14,80 €



The Rise and fall of cooperative Arms Control in Europe

Dr. Ulrich Kühn
Nomos Verlag, Januar 2020
414 Seiten
ISBN: 978-3-8487-6207-1
Preis: 89,- €

Die Studie des Forschungsbereichsleiters „Rüstungskontrolle und Neue Technologien“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) befasst sich mit der Volatilität der institutionalisierten Kooperation im Bereich der Rüstungskontrolle zwischen Russland und dem Westen. Dabei identifiziert der Autor gemeinsame Interessen und unterschiedliche Interpretationen der Akteure sowie kritische strukturelle Veränderungen. Die Erkenntnisse sollen helfen, Fehler nicht zu wiederholen. Der Autor analysiert dafür Rüstungskontrollmaßnahmen von 1973 bis 2014 zwischen NATO/USA und der Sowjetunion, zwischen NATO und den Post-Sowjetstaaten und zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die durch sie identifizierten fünf Rüstungskontrollregime in Europa im Verfall begriffen und angesichts der derzeitigen Lage und Form nicht mehr geeignet sind, Europas Sicherheit zu garantieren. Insbesondere von Kapitel 3, das die Phasen der Rüstungskontrolle und das jeweilige Level der Kooperation beschreibt, können aufgrund der Detailtreue auch Nicht-Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler profitieren. (syb)



Leben mit der Bombe Atomwaffen in Deutschland

Werner Sonne
Springer Verlag, September 2018
216 Seiten
ISBN: 978-3-658-176167
Preis: 17,99 €



Der Publizist und Journalist Werner Sonne legt mit der populärwissenschaftlichen Veröffentlichung „Leben mit der Bombe, Atomwaffen in Deutschland“ eine wichtige, sicherheitspolitische Publikation mit geschichtlichem Hintergrund vor. Inhaltlich geht es um die Entdeckung und Erforschung der Atombombe sowie um die Instrumentalisierung der Atombombe im politischen Raum seit Beginn der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts bis heute. Staaten wie die USA oder Russland sind als Atommächte politisch kaum erpressbar. Doch es bestehen die Gefahren der Profiliteration (Weiterga-

be von Massenvernichtungswaffen) und des Baus von „schmutzigen Bomben“ (Atomterrorismus). Der Autor zeichnet die einzelnen Phasen der Diskussion um die deutsche Wiederbewaffnung und die Rolle der Verteidigungsminister Strauß und Schmidt im Kontext deutscher Sicherheitspolitik

nach. Die Veröffentlichung ist wichtig, da der INF-Vertrag im Sommer 2019 beendet ist und der gegenwärtig noch gültige NEW-START-Vertrag 2021 auslaufen wird, sodass die gegenwärtige Modernisierung russischer und US-amerikanischer Atomwaffen zu einem neuen, atomaren Rüstungswettlauf führen könnte. Die ungelöste Problematik um die Zwischen- bzw. Endlagerung atomaren Mülls in Deutschland zeigt, dass es für den Themenkomplex um Atomwaffen und Atommüll weiterhin keine politischen Lösung gibt. (ar)

Leseprobe:

Zwischen Washington und Moskau bahnt sich ein grundsätzlicher Konflikt an, der sich zuspitzt und der dringend geklärt werden muß. Die Aufkündigung des historischen INF-Vertrags hat die bisherige Sicherheitsarchitektur grundsätzlich erschüttert – ein Vorgang, der deutsche Interessen ganz unmittelbar berührt. Dahinter steht die noch größere Frage, ob beide Seiten bereit sind, die Abmachungen über die Reduzierung der strategischen Atomwaffen einzuhalten und nach dem Auslaufen des gegenwärtigen NEW-START-Vertrages über 2021 zu verlängern – oder aber mit dem Ziel weitere Reduzierungen neu auszuhandeln. Das gegenwärtige politische Klima gibt wenig Grund zum Optimismus, nicht zuletzt, weil sich mit China ein neuer Spieler etabliert hat, der wenig Neigung zeigt, sich an Abrüstungsverhandlungen zu beteiligen.

Russland Auferstehung einer Großmacht?

Russland ist in internationalen Konflikten beteiligt, paktiert mit Ländern unterschiedlichster Ausrichtung, vergrößert sein Territorium und beiseitigt -mutmaßlich- überall auf der Welt seine Gegner. Ist Russland wieder eine Weltmacht wie russische Politiker behaupten? In seinem Werk analysiert Manfred Quiring die Selbstsicht der russischen Politik. Seine Bilanz fällt gemischt aus. Russland verfüge über ein breites Arsenal von Werkzeugen aus den Bereichen Soft und Hard Power und setzt sie ein, wo sich eine Gelegenheit ergibt. Manchmal habe das Erfolg, oftmals aber nicht. Quiring spricht von „Nadelstichen“, es fehle ein Masterplan. Eher sei das eine Botschaft an das eigene Volk: Auch wenn dein Lebensstandard nicht steigt, tröste dich mit dem Gedanken, dass die Welt uns wieder fürchtet. Dieser Effekt werde durch westliche Medien verstärkt,

die Russlands Aktivitäten fasziniert kommentierten. Der Ratschlag, Europa müsse nur seine eigenen Probleme lösen, dann würde Russland schon kooperieren, wirkt etwas naiv. Das Buch behandelt sicherheitspolitisch relevante Themen, von privaten Militärunternehmen bis hin zu Russlands Engagement in der Arktis oder in Libyen. Jüngste Entwicklungen sind berücksichtigt. Quiring liefert einen guten einsteigergerechten Überblick. Auszüge werden der Leserschaft, die den Autor kennen, aus früheren Werken bekannt vorkommen. (gvk)

Leseprobe:

Auch die deutsche Pop-Gruppe Rammstein, eine der beliebtesten ausländischen Bands in Russland, musste erleben, wie schnell man dort in Ungnade fällt. Bei ihrem Auftritt im Moskauer Luschniki-Stadion küssten sich zwei Band-

Mitglieder auf offener Bühne, um ein Zeichen gegen Homophobie zu setzen. Im offiziellen Russland, wo öffentliche Bekundungen dieser Art in Anwesenheit von Minderjährigen unter Strafe stehen, ein Skandal. Der Parlamentsabgeordnete Witalij Milonow rief [...] »Wenn sie es für möglich halten, sich derartig aufzuführen, dann sollten wir es auch für möglich halten, uns von solchem Müll fernzuhalten«, sie könnten das ja in der Ukraine auführen, sagte Milonow – und setzte noch einen drauf, indem er die Fans der Band als »nicht normal« bezeichnete.



Manfred Quiring
Ch. Links Verlag, April 2020
ca. 280 Seiten
ISBN: 978-3-96289-078-0
Preis: 20,- €

Innere Führung

Rechte Egoshoooter Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat

Rechtsterrorismus und dessen Verbreitung im Internet ist ausgelöst durch das Attentat Anders Breiviks (2011) zum Gegenstand einer breiten soziologischen und politischen Diskussion avanciert und spätestens seit den traurigen Anschlägen von Christchurch (März 2019) und Halle (Oktober 2019) in das Bewusstsein der Weltbevölkerung gerückt. Die Autorinnen und Autoren der taz um den Herausgeber Andreas Speit greifen die bestehenden Ursachen und Wirkungszusammenhänge auf und gehen intensiv auf das Internet als

Brandbeschleuniger rechter Gewaltbereitschaft auf dem Weg zum ‚Attentat im Livestream‘ ein. In neun Beiträgen heben sie die Anonymität der sozialen Netzwerke und des Darknets als Nährboden für das Abhandenkommen von Gefühlen wie Mitleid, gesellschaftliche Verrohung oder Voyeurismus hervor. Ein Milieu, das von Populisten zur Verbreitung von Verschwörungstheorien und zur Mobilisierung rechter Follower gegen klassische Feindbilder, wie Frauen und Juden, genutzt werde. Übergreifender

Tenor des Werks ist die Verharmlosung des Rechtsterrors durch die Politik, etwa durch die Fehldemokratisierung des Attentäters von München (Juli 2016) als gesinnungslosen Amokläufer.



Das Aufsatzwerk ist praxisorientiert geschrieben und richtet sich an oberflächlich interessierte Leserinnen und Leser ohne Bedürfnis nach einer ambivalenten wissenschaftlichen Diskussion.

(row)

Andreas Speit, Jean-Philipp Baech
Ch. Links Verlag, März 2020
208 Seiten
ISBN: 978-3-96289-076-6
Preis: 18,- €



Frontline Leadership Leadership Advice for USAF Junior Officers, Mid-Grade Officers & NCOs

Darell Moyers et al.
Miles Verlag, Februar 2019
80 Seiten
ISBN: 978-3-96776-003-3
Preis: 9,80 €

Die Autoren des englischsprachigen Buches „Frontline Leadership“ haben es sich zum Ziel gesetzt, jungen Führungskräften der US Airforce „bottom-up“-Ratschläge in puncto „Leadership“ beziehungsweise „gutem Führen“ zu geben. Geschrieben wurde das knapp 80-seitige Werk von drei Offiziere der US Airforce und dem deutschen Oberst Dr. Uwe Hartmann.

Die Sicht der Autoren auf einen erfolgreichen militärischen Führer ist klar: dieser wird nicht an der Erfüllungsquote seiner Aufträge gemessen; sondern vielmehr ob es ihm gelingt, andere von der Sache (z. B. einem Auftrag) zu begeistern und Untergebene - gleich welchen Ranges - zu ertüchtigen, Aufträge bestmöglich zu erfüllen. Dabei wird erfrischend offen beleuchtet, was die vermeintlichen Erfolgsfaktoren von „poor leadership“ sind und welche Konsequenzen dies nach sich zieht. Abschnittsweise sind Berührungspunkte zum Konzept der Inneren Führung der Bundeswehr zu erkennen; nämlich dann, wenn es um das Führen mit Auftrag oder den Umgang mit Fehlern geht. In jedem Kapitel schildern zudem Angehörige der Airforce Erlebnisse, in denen sie sich selbst in herausfordernden Führungssituationen wiederfanden und welche Lehre sie daraus gezogen haben. Ein weiterer Pluspunkt sind die zahlreichen Querverweise auf die englischsprachige Literatur, in der das Thema „Leadership“ tiefergehend untersucht wird. (mtw)

Vorsprung durch Leadership Modernes Leadership in der Armee

Im Nachdruck seiner Master Thesis versucht Alessandro Rappazzo, anhand von sechs Thesen die Notwendigkeit eines den Menschen in den Mittelpunkt stellenden Führungsstils aufzuzeigen. Seine Argumentationskette stützt er auf „Mega-Trends“ wie Technologisierung und Generationenwechsel. (Junge) Menschen von heute – so die Grundthese – brauchen von Seiten der Führungskraft vor allem nachhaltige Sinnvermittlung: „Das ‚Wie‘ und das ‚Was‘ wird von den Beteiligten erst voll mitgetragen, wenn das ‚Warum‘ verinnerlicht [...] wurde.“ Modernes Leadership als Erfolgsfaktor für die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte – bei Rappazzo, die der Schweizer Armee. Definitive Stärke des Werks ist das stringente Bemühen, eigene Leadership-Modelle für den Schweizer Kontext zu entwerfen. Leider hält der wissenschaftliche Anspruch in Bezug auf die Quellenlage nicht stand (z. B. Zitate aus informellen Privatgesprächen). Ein Glossar erklärt die verwendeten Fachbegriffe. Dabei fokussiert sich der Autor auch eher auf sein persönliches Begriffsverständnis und weniger auf allgemeingültige Definitionen. Um das Werk für eine breite Leserschaft zugänglich zu machen, wäre hier eine Ausweitung wünschenswert gewesen (z.B. Spezifika des Schweizer Milizsystems) (stk)

Alessandro Rappazzo
Miles Verlag, März 2017
188 Seiten
ISBN: 978-3-945861-49-3
Preis: 22,80 €



Bundeswehr

Erinnerungsorte der Bundeswehr Personen, Ereignisse und Institutionen der soldatischen Traditionspflege

Zentrale Bezugspunkte der Tradition der Bundeswehr sind nach den neuen Traditionsrichtlinien die eigene, über 60jährige Geschichte sowie die Leistungen ihrer Angehörigen. Die Bundeswehrsgeschichte ist gut erforscht, jedoch fehlten bisher Handreichungen mit konkreten Beispielen. Diese Lücke füllt nun Hans-Günter Behrendt. Nach dem Aufzeigen erinnerungskultureller Zugänge werden fast einhundert Erinnerungsorte vorgestellt. Bordenau, Geburtsort des preußischen Militärreformers Gerhard von Scharnhorst, bildet den Auftakt. Es folgen Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime sowie die Väter der Inneren Führung. Identitätsstiftende Ereignisse, wie der erste Auslandseinsatz in Marokko 1960, finden sich ebenso wie Ehrenmaler und denkwürdige Verbände. Ausbildungsstätten der Bundeswehr werden dabei wegen ihrer Prägekraft besonders hervorgehoben. Leider fehlen Beiträge über Bundeswehrosoldaten, die ihr Leben opferten, um Kameraden oder Zivilisten zu retten. Hier hätte Tapferkeit in einer Friedensarmee, die der in Kriegen und Auslandseinsätzen ebenbürtig ist, thematisiert werden können. Besonders lobenswert ist die kommentierte Liste sämtlicher Kasernennamen der Bundeswehr, die es in dieser Form bisher nicht gab. Behrendts Werk ist ein wichtiger Beitrag für die Umsetzung des neuen Traditionserlasses und ein Muss für jeden Vorgesetzten, der Tradition stiftet und pflegt. Zugleich liegt ein spannendes Lesebuch zur deutschen Militärgeschichte vor. (hnh)

Leseprobe:

Die Krahnberg-Kaserne in der Andernacher Aktienstraße ist die erste Kaserne der Bundeswehr. 1937 als Lazarett gebaut, wurde die Kaserne nach der Freigabe durch die französische Armee ab Juni 1955 für die Aufnahme der ersten Soldaten der Bundeswehr hergerichtet (...). Am 02. Januar 1956 rückten 550 ungediente Freiwillige zur Ausbildung ein und bildeten mit zwischenzeitlich übernommenen ehemaligen Soldaten und Angehörigen des Bundesgrenzschutzes die Keimzellen der Waffengattungen des Heeres (...).

Hans Günther Behrendt
Miles-Verlag, Januar 2020
308 Seiten
ISBN:
9783945861943
Preis: 39,80 €



Impressum

if Zeitschrift für Innere Führung

64. Jahrgang
if - Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956
als IFDT Information für die Truppe gegründet.

Herausgeber
Der Kommandeur des Zentrums Innere Führung

Redaktion
Chefredakteur: Jan Marberg (mbg)
Chef vom Dienst: Christopher Steiger
Leitende Redakteurin: Dr. Sarah Reichel (rhl)
Redakteur: Wilke Rohde (row)
Mitwirkende an dieser Ausgabe: Uwe Brammer (ub),
Aschot Manutscharjan (ama), Sylvia Börner (syb),
Helmut Hammerich (hnh), Andreas Rauch (ar),
Lutz Kirchner (lki), Gregor von Kursell (gvk), Stefanie
Kullick (stk), Tobias Wachner (mtw), Gerhard Arnold
(ga), Nicolette Bauer (nab)

Redaktionsbüro
if - Zeitschrift für Innere Führung
Zentrum Innere Führung, Im Dialog
Von Witzleben Straße 17, 56076 Koblenz
Telefon 0261 - 579420 - 5571
E-mail: ZInFueImDialogif@bundeswehr.org

Bildredaktion
Redaktion der Bundeswehr, Andrea Bienert

Mediendesign
Redaktion der Bundeswehr, Daniela Hebbel

Abonnement und Leserservice
infoservice@bundeswehr.org

Vertrieb
Bundesamt für das Personalmanagement
der Bundeswehr II 1.4 Vertrieb,
Brühler Straße 309, 50968 Köln

Druck
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Auflage: 30.000

Hinweis
Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf CD-ROM. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Printversion durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Printversion genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen. Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

Redaktionsschluss
15. Mai 2020

Indische Kampagnen- Antwort auf COVID-19

Berittene Polizisten mit Coronavirus-Helmen als Teil der staatlichen Kampagne zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 während der landesweiten Ausgangssperre, Secunderabat im April 2020.

Foto: Getty Images/AFP/Noah Seelam



Franz Marc Die Skulpturen

Franz Marc
Museum
Kochel a. See
08.03.20
13.09.20



FRANZ
MARC
MUSEUM
KUNST
IM
20. JH

www.franz-marc-museum.de

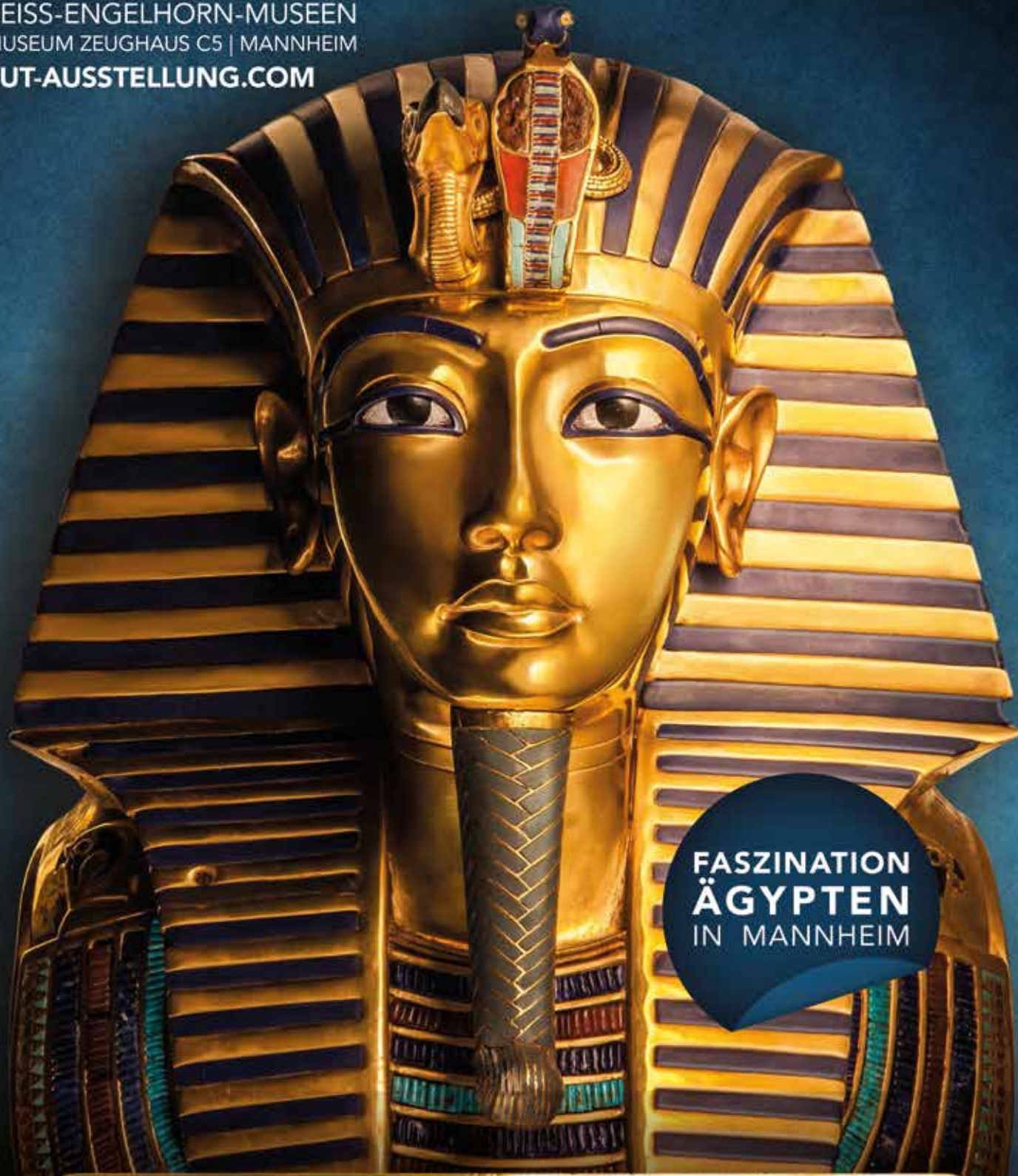
KUNSTMUSEUM
MORITZBURG
HAUPTSTADT
ANHALT

Münchner Merkur
Hauptstadt
Bayern

BR BAYERN 2

30.5.2020–31.1.2021


REISS-ENGELHORN-MUSEEN
MUSEUM ZEUGHAUS C5 | MANNHEIM
TUT-AUSSTELLUNG.COM



**FASZINATION
ÄGYPTEN
IN MANNHEIM**

TUTANCHAMUN

SEIN GRAB UND DIE SCHÄTZE

EINE AUSSTELLUNG VON
 sc exhibitions

IN KOOPERATION MIT
 rem

MORGEN

SWR»

 ETI